

Jahrgangsfragen Was Generationen trennt und was sie verbindet



Themen: Protest und Engagement; Demografie; Digital Natives; intergenerationelle Weitergabe von sozialem Status und Gesundheit; Fürsorge



Inhalt

Titelfoto:

Russische Matrjoschka-Figuren. Hier passt alles zueinander – in der Realität ist das Verhältnis der Generationen komplexer. [Foto: pixabay]

Editorial

- 5 Miles and more
Jutta Allmendinger

Titelthema

- 6 **Jugend auf der Straße**
Fridays for Future und die Generationenfrage
Dieter Rucht
- 10 **Akteure ohne Arena**
Junge Menschen in der internationalen Politik
Anna Holzscheiter
- 13 **Jung und engagiert**
Wie Millennials sich politisch beteiligen
Philippe Joly and Marcus Spittler
- 17 **Abwanderung, Alterung, Frauenschwund**
Die verkannte Gefahr für eine offene Gesellschaft
Katja Salomo
- 20 **Digitale Welt**
Die Jüngeren sind kritischer als die Älteren
Jan Wetzel und Patrick Weber
- 22 **Wohlstand und Intelligenz für alle**
Lebenschancen müssen nicht vom Elternhaus abhängen
Jianghong Li
- 25 **Im Interview: Jan Paul Heisig**
Geld und Gene
Bei der Frage, wie Gesundheit vererbt wird, begegnen sich Soziologie und Biologie
- 28 **Geplatzter Traum?**
Vermögensungleichheit bei Babyboommern und Millennials in den USA
Anette Fasang, Rob Gruijters und Zachary Van Winkle
- 31 **Frühe Netzwerke**
Familienverläufe in jungen Jahren beeinflussen die Fürsorge im Alter
Tiziana Nazio

Aus der aktuellen Forschung

- 34 **Untergraben, verschleiern, verteidigen**
Politische Kommunikation zur Europäischen Union
Christian Rauh
- 36 **#ArewaMeToo**
Ausgerechnet im islamisch geprägten Norden Nigerias begehren die Frauen auf
Medinat Abdulazeez Malefakis
- 39 **Nachgefragt bei Mark Graham:**
Wann ist Plattformarbeit fair?
- 40 **Schutzschild für die Demokratie**
Um die richtige Finanzpolitik muss gestritten werden
Frederik Beck

Aus dem WZB

- 43 **Konferenzberichte**
- 45 **Vorschau: Veranstaltungen**
- 46 **Das Glück am Ende der Straße**
Der Ökonom Raj Chetty erhält den A.SK Social Science Award 2019
Gabriele Kammerer
- 48 **Personalien**
- 50 **Vorgestellt: Publikationen aus dem WZB**
- 52 **Nachlese: Das WZB im Dialog**

Zu guter Letzt

- 54 **Weichzeichner**
Zur Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse taugt der „Tatort“ nur bedingt
Matthias Dell

WZB-Mitteilungen
ISSN 0174-3120

Heft 165, September 2019

Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums
Berlin für Sozialforschung
Professorin Dr. h. c. Jutta Allmendinger Ph.D.

10785 Berlin
Reichpietschufer 50

Telefon 030-25 491-0
Telefax 030-25 49 16 84

Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im
Jahr (März, Juni, September, Dezember)
Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO
unentgeltlich

Redaktion

Dr. Harald Wilkoszewski (Leitung)
Gabriele Kammerer
Claudia Roth
Kerstin Schneider

Korrektorat

Martina Sander-Blanck

Dokumentation

Lisa Heck

Übersetzungen

Gabriele Kammerer (S. 22-24; 36-38)
Britt Maaß (S. 13-16; 31-33)

Texte in Absprache mit
der Redaktion
frei zum Nachdruck

Auflage

9.000

Abonnements: presse@wzb.eu

Foto S. 5: Boris Schaarschmidt

Gestaltung

Kognito Gestaltung, Berlin

Satz und Druck

Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag,
Paderborn



Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) betreiben rund 190 deutsche und ausländische Wissenschaftler problemorientierte Grundlagenforschung. Soziologen, Politologen, Ökonomen, Rechtswissenschaftler und Historiker erforschen Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner Gesellschaften. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen. Von besonderem Gewicht sind Fragen der Transnationalisierung und Globalisierung. Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte
- Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und SPD. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.





Miles and more

Was kann das WZB für mehr Nachhaltigkeit tun? Wie können wir wertvolle Ressourcen effizienter nutzen? Fragen, die unser Institut beschäftigen. Eine interne Kommission sammelt gerade Informationen rund um den Material- und Energieverbrauch. Danach wird das gesamte Haus diskutieren, wo und wie unser Arbeiten nachhaltiger werden kann.

Eine Zahl kennen wir bereits: die dienstlichen Flugmeilen aller Beschäftigten des WZB. 2018 waren das 882.872 bei 426 Flügen, die 204.947 kg CO₂ ausstießen. Ist das bei über 400 Personen viel oder wenig? Vergleichszahlen anderer Institute liegen uns nicht vor. Schauen wir auf uns: Ist jeder Flug nötig? Jede Konferenz? Jede Besprechung? Was könnte Ersatz bieten? Was wären die Folgen? Ende des Jahres werden wir erstmals als Selbstverpflichtung und anonymisiert persönliche Zielgrößen vorlegen. Es geht nicht um einen Pranger, sondern um eine informierte Diskussion, die zu Verhaltensänderungen anregt. Erste Schritte sind eingeleitet: eine verbesserte Technik für Videokonferenzen und weniger Sitzungen unseres Wissenschaftlichen Beirats, ergänzt durch schriftliche Berichte – allein das spart 20 transatlantische Flüge im Jahr.

Es kann allerdings nicht nur um Flugmeilen gehen. Wir brauchen eine wissenschaftspolitische Diskussion darüber, wie wir Forschungserfolge zukünftig bewerten. Was sind die Zielgrößen für Vorträge, Gäste, Konferenzen? Wie messen wir internationale Sichtbarkeit und Vernetzung jenseits persönlicher Kontakte? Wie können wir weiter einen guten Dienst an unseren Scientific Peers leisten? Was ist mit den vielen Begutachtungen, den Berufungskommissionen? Wie schenken wir der jungen Wissenschaftsgeneration die nötigen Erfahrungen auf dem internationalen Parkett und die Begegnungen, Beziehungen und Bereicherungen, die sich daraus ergeben? Antworten auf diese Fragen zu finden, bedeutet einen langen Prozess für das WZB. Aber wir stehen damit sicherlich nicht allein.

Jutta Allmendinger

Jugend auf der Straße Fridays for Future und die Generationenfrage

Dieter Rucht

Summary: The climate strike movement Fridays for Future is heralded as a new generation of protest. The years of widespread political passivity finally seem to be over as a fresh set of (really) young people take to the political stage. Declaring the birth of a new political generation is a long-standing tradition, particularly in the media. Yet empirical analysis shows that these movements are not emblematic of entire generations. Even Fridays for Future calls for a healthy dose of skepticism.

Kurz gefasst: Die Klima-Bewegung Fridays for Future wird als Inbegriff einer neuen Protestgeneration gefeiert: Endlich, nach Jahren einer verbreiteten politischen Passivität, träten nun Jugendliche, und dieses Mal die ganz jungen, auf die politische Bühne. Die Ausrufung immer neuer politischer Generationen hat Tradition, vor allem in den Medien. Die empirische Untersuchung aber zeigt meist, dass diese Bewegungen nicht für ganze Generationen stehen. Auch bei Fridays for Future sind Zweifel angesagt.

Ist in den Medien von politischen Generationen die Rede, so bildet meist die studentisch geprägte 68er-Bewegung eine Hintergrundfolie. Damals, so der Mythos, habe eine ganze Generation von jungen Leuten gegen bestehende Herrschaftsstrukturen und bürgerliche Normen rebelliert. Die Frontlinien waren klar, die Attitüde auf beiden Seiten aggressiv. Teils wird die Revolte als Ausdruck eines Generationenkonflikts interpretiert, in dem sich „die Jugend“ von „den Vätern“ distanziert habe, die die Nazi-Herrschaft geduldet oder sogar aktiv unterstützt hatten. Dieses Bild eines Generationenkonflikts, gefördert durch eher kulturell als politisch gemünzte Slogans der Protestbewegung („Trau keinem über Dreißig“), ist einseitig und durch empirisch gestützte Arbeiten weitgehend widerlegt worden (die Historikerin Christina von Hodenberg etwa sprach 2018 vom „anderen Achtundsechzig“). Aber das Bild bleibt prägend und hat vielfach die Klage über angeblich unpolitische Nachfolgegenerationen angeleitet, die, gemessen an den „Revolutionären“ von damals, als zu harmlos befunden wurden.

Ganz gleich, ob nun das politische Engagement von Jugendlichen als vorhanden oder gerade als abwesend beschrieben wurde – immer wieder neue Generationen wurden stilisiert. Ein Beispiel ist die Ausrufung einer „Generation Golfkrieg“ durch das Magazin *Der Spiegel* (5/1991). Überrascht wurde vermerkt, dass sich an den Protesten gegen den Golfkrieg sehr viele Schüler und Studierende beteiligten – eine „neue Protest-Generation“, lautete die Schlussfolgerung. Nicht lange danach rückte das Gegenstück, die „Generation Golf“, in den Blickpunkt und avancierte zum Titel eines 2000 erschienenen Buches von Florian Illies. Im Unterschied zur politisierten „Generation Golfkrieg“ und der ebenfalls als politisch eingestuften „Generation X“, die sich unter anderem den ökologischen Problemen zuwandte, sei die „Generation Golf“ gänzlich unpolitisch; sie erfreue sich an überbordendem Konsum und Markenbewusstsein, für das symbolisch das VW-Produkt Golf stehe. Nur wenige Jahre später, angesichts des Irakkriegs im Frühjahr 2003, konstatierte *Der Spiegel* erneut eine Generation Golfkrieg, wenngleich in Form der lediglich rhetorisch gemeinten Frage, ob „auf die Generation Golf nun die Generation Golfkrieg“ folge, da sich „vor allem junge Menschen in der Friedensbewegung [engagierten]“. Der zweiseitige Artikel ist mit einem Foto vom „Schülerprotest in Berlin“ illustriert (*Der Spiegel* Nr. 13/2003). Empirische Studien, wie etwa in einem von Stefaan Walgrave und mir 2010 herausgegebenen Band, ergaben allerdings, dass die Altersstruktur der Demonstrierenden in acht untersuchten Ländern breit gefächert war. Es waren bei Weitem nicht nur Jugendliche auf der Straße.

Es ist müßig, alle sonstigen publizistischen Entdeckungen politischer wie unpolitischer Generationen zu beschreiben („Generation Y“, „Generation Z“, „Generation Zero“, „Generation Weltuntergang“, „Millennials“ ...). Das Grundmuster ist weitgehend identisch. Aktuelle, meist unerwartete Entwicklungen liefern den Stoff für eine Trendbehauptung, die zwar auf reale Entwicklungen Bezug nimmt, diese aber stark über- oder untertreibt und zum Merkmal einer ganzen Generation erhebt. Übergangen wird, dass die Proklamation einer politischen Generation in den meisten Fällen auf die Mehrheit der jeweiligen Generation beziehungsweise Alterskohorte nicht zutrifft. Eine jeweilige Minderheit der jungen Generation war jedoch in jeder Phase seit Bestehen der Bundesrepublik politisch aktiv. Einschlägige Untersuchungen, darunter auch die seit 1953 im mehrjährigen Abstand durchgeführten Shell-Jugendstudien, belegen zwar über die Zeit hinweg gewisse Schwankungen des politischen Interesses und Engagements; sie geben aber keine Hinweise auf spektakuläre generationsgebundene Prozesse der Politisierung und Entpolitisierung.

Der Imperativ des Nachrichtenwerts in Verbindung mit dem wachsenden Zeit- und Wettbewerbsdruck, dem die Medien unterliegen, steigert deren Drang, immer neue politische Generationen zu verkünden. Verstärkt wird dies durch die Praxis, auf der Jagd nach neuen und von der Jugend geprägten Themen bevorzugt junge Volontärinnen und Praktikantinnen ins Feld zu schicken, die dazu tendieren, sich von der Emphase der Protestierenden anzustecken lassen, während es ihnen an Kenntnissen zu jugendlichen Protestwellen der Vergangenheit mangelt.

Als Stammvater des Generationenkonzepts gilt der Kultur- und Wissenssoziologe Karl Mannheim mit seiner 1928 publizierten Schrift „Das Problem der Generationen“. Bereits 1875 hatte allerdings Wilhelm Dilthey ähnliche Vorstellungen einer generationellen Prägung in „Abhängigkeit von denselben großen Tatsachen und Veränderungen“ entwickelt, die einen Kreis von Individuen zu einem „homogenen Ganzen“ werden lassen. Mannheim widmete sich besonders den „beschleunigten Umwälzungserscheinungen der unmittelbaren Gegenwart“ und spürte in diesem Zusammenhang der Rolle jeweils „neuer Kulturträger“ nach. In Abgrenzung zur statistisch definierten Alterskohorte betonte er den Stellenwert einer generationellen Bewusstseins-, Erfahrungs- und Erlebnisschichtung. Angehörige einer solchen Altersgruppe haben eine ähnliche Sicht auf gesellschaftliche Prozesse und konkrete Ereignisse und vergemeinschaften sich dadurch, ohne jedoch, wie bei der Marx'schen „Klasse für sich“, notwendig als ein politisches Kollektivsubjekt aufzutreten.

Hier ist nicht der Raum, um Mannheims Theorie zu würdigen. Festzuhalten bleibt seine Einsicht, dass innerhalb einer bestimmten Generation ganz konträre Verarbeitungsformen gesellschaftlicher Entwicklungen vorliegen können. Um dem Konzept einer politischen Generation im engeren Sinne näherzukommen, ist es wichtig, eine Unterscheidung vorzunehmen: So existieren zum einen gesellschaftliche beziehungsweise kulturelle Prägefaktoren, die tendenziell die Gesamtbevölkerung betreffen und aufgrund ihrer Wucht und Totalität so gut wie unentrinnbar sind (zum Beispiel Extremsituationen des Kriegs oder der Entbehrung in Nachkriegszeiten). Solche Faktoren beeinflussen zeitgleich alle Generationen, können aber durchaus generations- und kontextspezifische Formen der Betroffenheit aufweisen, zum Beispiel im Falle der „Flakhelfer“- beziehungsweise „Luftwaffenhelfergeneration“ (Rolf Schörken) oder, bezogen auf die Nachkriegsjahre, als „skeptische Generation“ (Helmut Schelsky) oder „stumme Generation“ (Benjamin Möckel). Davon analytisch zu unterscheiden ist das Konzept politischer Generationen. Es verlangt eine Bestimmung des Politischen und bedarf zudem einer je empirischen Füllung. Das Attribut „politisch“ sollte nicht auf die Phase und die Träger des politischen Entscheidungsaktes verkürzt werden, sondern auch den gesamten Prozess einschließen, also Vorgänge der Bündelung und Artikulation gesellschaftlicher und politischer Interessen vor, aber auch nach politischen Entscheidungen.

Mit der Zuordnung politischer Haltungen und Handlungen an eine spezifische Generation verbindet sich die Unterstellung, relevante Teile oder gar die Gesamtheit dieser Generation würden sich darin von anderen Generationen deutlich unterscheiden. Im Vergleich mehrerer gleichzeitig existierender Generationen wäre somit zu zeigen, dass bestimmte Einstellungen und Verhaltensweisen vorrangig oder gar exklusiv einer bestimmten Altersgruppe zuzuordnen sind. Qualitative Sozialforschung kann hierbei Pionierarbeit leisten, beispielsweise im Sinne von Grounded Theory, Typenbildung und auch des theoretischen Samplings. Am Ende aber bleibt es Sache breit angelegter quantitativer Forschung zu prüfen, inwieweit sich ein markantes Profil einer politischen Generation – in Differenz zu anderen Generationen – nachweisen lässt.

Dass eine politische Bewegung überwiegend von jungen Leuten getragen wird, ist keine Seltenheit. Erinnert sei an Jugendbewegungen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, die Hausbesetzerbewegung der niederländischen Provos in der Mitte der 60er-Jahre, die Schüler- und Lehrlingsproteste im Windschatten der 68er-Bewegung und die bereits erwähnten Protestkampagnen gegen die Irakkriege 1991 und 2003. Äußerst selten sind dagegen von ganz jungen Schüler*innen initiierte und durchgeführte Protestbewegungen wie die kurzlebige Kam-



Dieter Rucht ist Fellow des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB und Honorarprofessor am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin.

(Foto: wzb)

dieter.rucht@wzb.eu

pagne zur Verschärfung der Waffengesetze in den USA im Jahr 2018 und die Fridays-for-Future-Bewegung (FFF), die ab Januar 2019 Konturen annahm und inzwischen eine globale Reichweite erlangt hat. Dass es sich hier im Kern um eine Bewegung von „Kindern“ handelt, wie es mediale Schlagworte wie „Kinderkreuzzug“ oder „Bewegung der Wohlstandskinder“ ebenso wie die passende Bildauswahl suggerieren, ist nicht zutreffend. Die am stärksten vertretene und auch organisatorisch dominante Alterskohorte besteht aus – überwiegend weiblichen – Teenagern, wobei sich durchaus Differenzen im Ländervergleich zeigen. Als „neu“ kann jedoch der Sachverhalt gelten, dass eine von dieser Altersgruppe geprägte Bewegung in derartiger Größe und mit derartig breiter und positiver Resonanz die öffentliche Bühne betreten hat.

Zweifel sind allerdings angesichts der Behauptungen angebracht, FFF sei Ausdruck einer ganzen Generation. Selbst wenn man die – vermutlich überhöhten – Angaben der Organisatoren von FFF zur bisherigen Protestmobilisierung zugrunde legt, so ist doch lediglich eine Minderheit der Gymnasiastinnen bei FFF aktiv geworden, ganz zu schweigen von den weitgehend abseits bleibenden Haupt- und Realschülern. Immerhin gab es im Schuljahr 2018/2019, nach Abzug der Grundschüler, rund 8,8 Millionen Schüler und Schülerinnen an allgemeinbildenden und an beruflichen Schulen in Deutschland. Auch hat sich bisher nur eine kleine Minderheit der Studierenden an FFF beteiligt. Eine kollektive und organisierte Unterstützung für FFF von dieser Seite ist weitgehend ausgeblieben.

Dass FFF so schnell wie Occupy und Pulse of Europe von der Bildfläche verschwinden wird, ist unwahrscheinlich. Fraglich ist allerdings, ob die Bewegung ihr aktuelles Mobilisierungsniveau halten kann. Das mediale Interesse wird auf längere Sicht nachlassen, die strukturellen Herausforderungen wachsen, interne Spannungen bahnen sich bereits an, dem aktivistischen Kern droht die Erschöpfung, und generell engagieren sich Jugendliche heute eher situativ als langfristig. Für die heute intensiv Engagierten wird FFF wohl eine anhaltende Prägestkraft entfalten. Ob das auch für die gilt, die eher mitlaufen, oder erst recht jene, die vom Rand aus zuschauen, ob wir also rückblickend von einer Generation FFF sprechen können, ist zweifelhaft.

Literatur

Hodenberg, Christina von: *Das andere Achtundsechzig*. München: C.H. Beck 2018.

Rucht, Dieter/Sommer, Moritz: „Fridays for Future. Vom Phänomen Greta Thunberg, medialer Verkürzung und geschickter Mobilisierung: Zwischenbilanz eines Höhenflugs“. In: *Internationale Politik*, 2019, Juli/August, S. 121–125.

Walgrave, Stefaan/Rucht, Dieter (Hg.): *The World Says No to WAR*. Minneapolis and London: University of Minnesota Press 2010.

Wallström, Mattias/Kocyba, Piotr/De Vydt, Michiel/de Moor, Joost (Hg.): *Protest for a Future. Composition, Mobilization and Motives of the Participants in Fridays For Future Climate Protests on 15 March, 2019 in 13 European Cities*. 2019. Online: <https://osf.io/m7awb/?pid=xcnzh> (Stand 08.08.2019).



„Ich bin für ihre Zukunft hier“. Der ältere Plakatträger auf einer „Fridays-for-Future“-Demo im Mai in der spanischen Hauptstadt Madrid fühlt sich offensichtlich der jüngeren Generation verpflichtet. Welche Formen des Protests unterschiedliche Generationen entwickeln, welche Motivation sie treibt und welche Resonanz sie finden, analysieren die Artikel von Dieter Rucht und von Anna Holzscheiter in diesem Heft. (Foto: Juan Pelegrin Corbacho/Getty Images)

Akteure ohne Arena Junge Menschen in der internationalen Politik

Anna Holzscheiter

Summary: A number of contemporary transnational movements – #MeToo, #BlackLivesMatter, Fridays for Future – are shaped to a large part by adolescents and young adults, with undeniable effects on national and international politics. Nevertheless, the discipline of International Relations still denies political agency to young people. Its default proposition is that international politics and law are shaped solely by adult policy-makers, diplomats and experts. This contribution thus speaks in favor of a strong acknowledgment of the „politics of age“, including inter-generational dynamics, in Political Science analysis.

Kurz gefasst: Aktuell werden eine Reihe transnationaler Bewegungen – #MeToo, #BlackLivesMatter, Fridays for Future – zu einem großen Teil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen, mit unübersehbaren Auswirkungen auf nationale und internationale Politik. Bis heute sind junge Menschen als politische Akteure jedoch in der Disziplin der Internationalen Beziehungen ein blinder Fleck. Es herrscht die Annahme vor, internationale Politik werde ausnahmslos von erwachsenen Berufspolitikern und Berufspolitikerinnen, Diplomaten und Fachexpertinnen gestaltet. Der Beitrag plädiert daher für eine stärkere Berücksichtigung der „Politik des Alters“, einschließlich intergenerationaler Dynamiken in der politikwissenschaftlichen Analyse.

Wäre der damals 17-jährigen Malala Yousafzai der Friedensnobelpreis 2014 auch ohne einen Erwachsenen – Kailash Satyarthi – an ihrer Seite verliehen worden? Ist es tatsächlich vorstellbar, dass Greta Thunberg die nächste Trägerin des Friedensnobelpreises sein wird, wie momentan von den Londoner Buchmachern prognostiziert? Trotz des gegenwärtig massiven öffentlichen Interesses am politischen Aktivismus Jugendlicher im Licht der freitäglichen Klimaproteste wäre eine derartige Würdigung des Einflusses junger Menschen auf nationale und internationale Politik historisch einzigartig. Das gesellschaftliche und politische Engagement junger Menschen, ihre Präsenz im politischen Diskurs und insbesondere ihre Teilhabe im Kontext internationaler Konferenzdiplomatie werden auch jetzt wieder als außerordentliches Moment wahrgenommen, als Ausbruch aus dem vermeintlichen Grundzustand der politischen Teilnahmslosigkeit. So hat sich auch die Wissenschaft im Bereich der internationalen Politik bislang kaum mit Kindern und Jugendlichen als Gestalterinnen und Gestaltern internationaler Politik befasst. Sie muss sich dem Vorwurf stellen, junge Menschen in ihren Rollen als Handelnde und Entscheidungsträger in der internationalen Politik zu missachten.

Bei mehreren politischen Ereignissen seismischen Ausmaßes – insbesondere dem Brexit-Referendum und der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten – hat sich gezeigt, wie deutlich die politischen Präferenzen in unterschiedlichen Altersgruppen divergieren. Auch die arabischen Protestbewegungen 2011 waren eine Konfrontation zwischen den Generationen – einer alten, autoritären Führungselite und einer jungen, nach Lebenschancen und politischer Freiheit strebenden Generation. In den USA hat sich, wie jüngst nach dem Schulmassaker von Parkland, die Konfrontation der Generationen in der Frage des Besitzes und der Regulierung von Waffen offenbart. Transnationale Bewegungen wie #MeToo, #BlackLivesMatter und Fridays for Future schließlich zeigen, wie schnell und effektiv sich junge Menschen auch über nationale und regionale Grenzen hinweg organisieren und Gehör verschaffen können.

So einzigartig die zeitgenössischen Formen der sozialen und politischen Organisation und des Jugendaktivismus auch erscheinen mögen – sie reihen sich doch in eine lange historische Kette von nationalen und internationalen Jugendbewegungen ein. Schüler*innen und Student*innen formierten sich in den späten 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahren zu einer Protestbewegung gegen den Vietnam-Krieg und den Nato-Doppelbeschluss. In den 1980er-Jahren gingen tausende junger Menschen in Deutschland gegen Nuklearenergie und Waldsterben auf die Straße. Zur gleichen Zeit protestierten in Großbritannien tausende Jugendliche in einem landesweiten Schulstreik gegen wirtschaftliche Ausbeutung im Zuge eines Programms der Thatcher-Regierung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Auch die Black-Panther-Bewegung der 1960er- und 1970er-Jahre wurde zu großen Teilen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen. Als Huey P. Newton 1966 gemeinsam mit Bobby Seale die Black Panther Party gründete, war er gerade mal 24 Jahre alt und schon seit Jahren in der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung aktiv.

Trotz dieser immer wiederkehrenden Wellen des Aktivismus junger Menschen in unterschiedlichen Teilen der Welt und trotz des oft geäußerten Bekenntnisses zum Recht auf Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Statusgruppe und Adressaten internationaler Politik, finden die Probleme und Interessen junger Menschen unter 18 Jahren bis heute kaum in der wissenschaftlichen Analyse internationaler Politik Berücksichtigung. Die Vermutung liegt nahe, dass sich die

Unsichtbarkeit von Kindern und Jugendlichen in der Forschung und ihre sehr begrenzten Möglichkeiten der politischen Repräsentation in den Strukturen der Global Governance gegenseitig verstärken. Das Problem liegt weniger darin, dass Kinder und Jugendliche nicht als *Zoon politikon* betrachtet werden. Vielmehr ist die Annahme, dass das politische, soziale und ökonomische Handeln von Kindern und Jugendlichen nicht als folgenreich für internationale Politik – und schon gar nicht für internationales Recht – gesehen wird, hochproblematisch.

Während andere Sozialwissenschaften wie die Soziologie oder die Human Geography die Relevanz von Altersgruppen und insbesondere die Handlungen junger Menschen schon lange in den Blick genommen haben, erscheint die Disziplin der Internationalen Beziehungen in dieser Frage rückständig. Einige wegweisende Arbeiten zur Entstehung und Diffusion von Normen in der internationalen Politik, beispielsweise im humanitären Völkerrecht oder im Bereich der wirtschaftlichen Ausbeutung, unterstreichen zwar den unangefochtenen Status von Kindern und Jugendlichen als besonders verletzbare und schützenswerte Bevölkerungsgruppe – zum Beispiel in Kriegs- und Krisenzeiten. Wichtige internationale Standards wie das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs oder die Ottawa-Konvention (Mine Ban Treaty) zur Ächtung von Antipersonenminen sind unter anderem motiviert vom Verantwortungsgefühl der internationalen Gemeinschaft für Kinder und Jugendliche als außerordentlich hilflose und unschuldige Opfer von Krieg und Gewalt. Geht es aber um die Frage, wer internationale Politik macht, internationale Vereinbarungen schließt und internationales Recht schreibt, dann zeichnet der wissenschaftliche Diskurs ein Bild internationaler Beziehungen als exklusives Reich erwachsener Berufspolitikerinnen, Diplomaten und Fachexpertinnen. Zugleich werden Aspekte des internationalen Schutzes von Kindern und ihren Rechten gerne in den Bereich der „low politics“ verschoben oder nur dann überhaupt als relevant eingestuft, wenn sie klassische Themenfelder der internationalen Politik wie Krieg und Frieden, Handels- und Finanzpolitik berühren. Kinder und Jugendliche werden dann ausnahmslos als Opfer von Konflikten, Gewalt und Ausgrenzung, als Leidtragende transnationaler Strukturen der Ausbeutung und sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit verstanden.

Während Kinder also überproportional als von internationalen Problemen Betroffene dargestellt werden, wird eine eigene Teilhabe an der Ausgestaltung internationaler Kooperation zur Lösung dieser Probleme so gut wie gar nicht berücksichtigt. Selbst die Aushandlung einschlägiger internationaler Vereinbarungen zum besseren Schutz von Kindern und ihren Rechten wird in Forschung und Praxis als Domäne insbesondere von Rechtsexpert*innen porträtiert. Dementsprechend schließen Analysen des internationalen Rechts im Bereich des Kinderschutzes gerne den Einfluss von Nichtregierungsorganisationen, Advocacy-Netzwerken und anderen nicht staatlichen Akteuren ein, finden aber keinen Platz für eine Diskussion des Handlungsspielraums von Kindern und Jugendlichen selbst.

In meinen eigenen Arbeiten zu den Beteiligungschancen von jungen Menschen in der internationalen Politik, insbesondere im Kontext von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), habe ich diese Kritik an der Unsichtbarkeit der *agency* von Kindern und Jugendlichen aufgegriffen. Ähnlich zu anderen wissenschaftlichen Beiträgen, die ebenfalls in historischer Perspektive den Einfluss von Kindern und Jugendlichen auf die internationalen Beziehungen offengelegt haben, bin ich der „Politik des Alters“ auf den Grund gegangen, insbesondere der Frage nach dem Zusammenhang zwischen institutionellen Spielregeln und der Inklusion und Exklusion von Kindern und Jugendlichen in internationalen Debatten und Institutionen. Welche Möglichkeiten für transnationalen Aktivismus und politische Einflussnahme bieten internationale Organisationen und transnationale Netzwerke jungen Menschen? Welche Akteure fechten die Legitimität und Fähigkeit von Kindern und Jugendlichen an, sich innerhalb von internationalen Organisationen an der Diskussion über Sachfragen zu beteiligen? Welche widerstreitenden Auffassungen von Kindheit zeigen sich in der Auseinandersetzung über eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – oftmals von



Anna Holzscheiter ist Leiterin der Forschungsgruppe Governance for Global Health und Professorin für Internationale Politik an der Technischen Universität Dresden. [Foto: David Ausserhofer]

anna.holzscheiter@wzb.eu

diesen selbst lautstark eingefordert? Welche Konflikte treten zutage, wenn sich Kinder und Jugendliche tatsächlich einmal in internationalen Verhandlungen Gehör verschaffen und Vertreterinnen und Vertretern von Staaten gegenüberstehen?

Will man die Partizipation junger Menschen und insbesondere von Kindern in der internationalen Politik analysieren, fehlen schnell die nötigen Daten. Jenseits der häufigen Praxis, Kinder und Jugendliche lediglich als Statist*innen oder in Form folkloristischer Beiträge zu internationalen Ereignissen einzuladen oder sie im besten Falle Schicksalsberichte vortragen zu lassen, sind bislang nur wenige Fälle bekannt, in denen Kinder und Jugendliche aktiv an internationalen Verhandlungen teilgenommen haben. Ein prominentes Beispiel ist hier die Debatte im Kontext der ILO über internationale Standards im Bereich der Kinderarbeit aus den späten 1990er-Jahren. An den wenigen Beispielen der aktiven und tatsächlich politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen vis-à-vis den offiziellen staatlichen Delegierten in der internationalen Politik lässt sich dann auch nachvollziehen, wie umstritten deren Recht auf Partizipation ist und welche Kontroversen politische Forderungen von Kindern nach sich ziehen. Tatsächlich haben internationale Organisationen in den vergangenen zwei Jahrzehnten ihre Permeabilität für Kinder und Jugendliche als Repräsentanten ihrer Altersgruppe erhöht und sind damit dem Recht auf politische Teilhabe, das in der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 verankert ist, nachgekommen. Allzu oft wird dieses Recht auf politische Teilhabe dann aber in eigens für Kinder und Jugendliche geschaffenen institutionellen Nischen realisiert, die abgekoppelt sind vom eigentlichen Tagesgeschäft internationaler Organisationen. Darüber hinaus haben die formal verbesserten Zugangschancen für Kinder und Jugendliche auch Konflikte mit anderen gesellschaftlichen Akteuren erhöht, allen voran mit etablierten, im Kinderschutz aktiven Nichtregierungsorganisationen, die nun ihren Status als Repräsentanten kindlicher Belange in Gefahr sehen.

Fallstudien zur Rolle junger Menschen in der internationalen Politik – und insbesondere deren Partizipation innerhalb von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der Europäischen Union – sind so selten, dass sie lediglich eine anekdotische Funktion haben können und keine systematischen Schlussfolgerungen erlauben. Eine stärkere Berücksichtigung unterschiedlicher Altersgruppen in der politischen Analyse – einschließlich der Dynamiken zwischen Generationen – erscheint damit dringend notwendig, um nicht nur nationale, sondern auch regionale und internationale Entwicklungen und Ereignisse besser erklären und verstehen zu können. Ein stärkerer Fokus auf Generationen und spezifische Altersgruppen kann dann gelegentlich auch sehr überraschende Erkenntnisse zutage fördern. Die Analysen des Wählerverhaltens beim Brexit-Referendum haben nicht nur gezeigt, dass die sogenannten „Millennials“ in der großen Mehrheit pro-europäisch eingestellt waren – auch die ganz alten Wählerinnen und Wähler, die den zweiten Weltkrieg noch miterlebt hatten, stimmten, anders als die nach 1945 geborenen, mehrheitlich gegen den Austritt aus der Europäischen Union.

Literatur

Beier, Marshall J.: „Children, Childhoods, and Security Studies: An Introduction“. In: *Critical Studies on Security*, Jg. 3, H. 1, S. 1–13.

Berents, Helen: *Young People and Everyday Peace: Exclusion, Insecurity and Peacebuilding in Colombia*. Abingdon: Routledge 2018.

Holzscheiter, Anna/Josefsson, Jonathan/Sandin, Bengt (Hg.): *Child Rights Governance. Special Issue. Childhood*, Jg. 26, H. 3. DOI: 10.1177/0907568219854518.

Summary: Millennials, born between 1985 and 2000, are often criticized for being self-serving and little interested in politics. An examination of the political participation of the Millennial generation in comparison to Generation X and Babyboomers in Germany shows that Millennials participate today more than the Generation X during their twenties and, if the current trend persists, they will participate more than Boomers did during their thirties. Therefore, Millennials might actually contribute to an increasing level of participation in Germany.

Kurz gefasst: Die zwischen 1985 und 2000 geborenen Millennials werden oft dafür kritisiert, dass sie eigennützig seien und sich wenig für Politik interessieren. Eine Untersuchung über die politische Partizipation der Millennial-Generation im Vergleich zur Generation X und zu den Babyboomern in Deutschland zeigt, dass die Millennials heute im dritten Lebensjahrzehnt stärker partizipieren, als dies die Generation X tat, und dass sie sich, wenn der gegenwärtige Trend anhält, in ihren Dreißigern stärker beteiligen werden, als dies die Babyboomer taten. Daher könnten die Millennials tatsächlich zu einem Anstieg der Partizipation in Deutschland beitragen.

Jung und engagiert Wie Millennials sich politisch beteiligen

Philippe Joly und Marcus Spittler

Millennials wird oft vorgeworfen, sie seien zu selbstbezogen und interessierten sich zu wenig für Politik. Das *Time Magazine* nannte sie sogar die „Me Me Me Generation (Ich-Ich-Ich-Generation)“. In den vergangenen Jahren haben Millennials, die zwischen 1985 und 2000 geborene Generation, jedoch das Gegenteil bewiesen. Nicht nur die Digitalpolitik, auch der Klimaschutz bringt sie jede Woche zusammen mit den Jüngsten, der Generation Z, unter dem Motto „Fridays for Future“ auf die Straße – und dies trotz der Kritik vieler Angehörigen der älteren Generationen. Die letzten europäischen Wahlen haben eine beträchtliche Spaltung zwischen den politischen Präferenzen von jüngeren und älteren Altersgruppen aufgezeigt, ganz besonders in Deutschland. Diese Entwicklungen haben ein neues Interesse – sowohl der Wissenschaft als auch der breiten Öffentlichkeit – an der politischen Partizipation junger Bürger*innen geweckt.

Doch wie genau engagieren sich Millennials politisch? Beteiligen sie sich im Vergleich zu älteren Generationen mehr oder weniger? In unserer Analyse vergleichen wir ihre politische Partizipation mit dem Engagement älterer Generationen in Deutschland: dem der Babyboomer (geboren zwischen 1955 und 1969) und dem der Generation X (geboren zwischen 1970 und 1984).

Spätestens seit dem Ende der 1970er-Jahre lässt sich ein Rückgang der Wahlbeteiligung erkennen. Er betrifft alle Altersgruppen, die jüngeren Wähler aber besonders stark. In Deutschland erreichte die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1972 mit 91,1 Prozent ihren höchsten und 2009 mit 70,8 Prozent ihren niedrigsten Stand. Zudem gab es seit den 1970er-Jahren eine Zunahme der politischen Beteiligung außerhalb von Wahlen, etwa die Unterzeichnung von Petitionen, die Beteiligung an Boykotten oder die Teilnahme an Demonstrationen. Verglichen mit der Teilnahme an Wahlen sind diese Aktionen spontaner und weniger von hierarchischen Organisationen wie Parteien oder Gewerkschaften abhängig.

In der Forschung wird darüber diskutiert, ob diese Trends auf sogenannte Perioden- oder auf Kohorteneffekte zurückzuführen sind. Periodeneffekte, also zeitgeschichtliche Faktoren, könnten sich aus der technologischen Entwicklung, einer wachsenden Akzeptanz alternativer Beteiligungsformen, der stärkeren Institutionalisierung sozialer Bewegungen oder der Wandlung postindustrieller Ökonomien ergeben. Sie betreffen alle Altersgruppen. Kohorten- (oder Genera-



Philippe Joly ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und Doktorand an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sein Forschungsinteresse liegt im Bereich der politischen Beteiligung, der sozialen Bewegungen und der Demokratisierung. (Foto: Martina Sander)

philippe.joly@wzb.eu

tionen)effekte entstehen während der politischen Sozialisation oder dadurch, dass junge Bürgerinnen und Bürger besondere Formen der politischen Partizipation entwickelt haben. Einige Autor*innen argumentieren, dass jüngere, post-materialistische Kohorten wie die Millennials zunehmend Wert auf Autonomie und Selbstdarstellung legen, was sie dazu bringt, herausfordernde Formen der Partizipation anzunehmen.

Um ein Beispiel zu nennen: Boykottieren Millennials (und alle anderen Generationen) heute stärker bestimmte Produkte, zum Beispiel Lebensmittel, aus politischen Gründen, weil soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace, die solche Aktionen anregen, heute stärker institutionalisiert sind als vor zwanzig Jahren? Das würde auf einen Periodeneffekt hinweisen. Oder ist der Kohorteneffekt dafür verantwortlich, dass Millennials Boykotte als politisches Mittel nutzen, weil sie während ihrer politischen Sozialisation Werte und Haltungen (wie zum Beispiel Tierschutz- und Umweltbewusstsein) entwickelt haben, die sich von denen früherer Generationen unterscheiden?

Erschwert wird die Trennung von Perioden- und Kohorteneffekten dadurch, dass das Lebensalter sowohl die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kohorte (Generation) als auch zu einer Periode (Zeit) perfekt erklärt. Ein Vergleich des Verhaltens der Millennials zum heutigen Zeitpunkt mit dem heutigen Verhalten der Generation X ist allerdings nur bedingt sinnvoll, weil die Generation X heute 15 Jahre älter ist und sich in einem anderen beruflichen und familiären Lebensabschnitt als die Millennials befindet. Das nennt man Alterseffekt. Die Trennung von Alters-, Perioden- und Kohorteneffekten (APK-Effekte) ist ein statistisches Problem. Dadurch, dass wir hier lange Zeitreihen analysieren und immer einen der drei Effekte konstant halten, können wir in unserer Analyse jedoch eine sachlich begründete Einschätzung über die politische Beteiligung von Millennials abgeben.

Zunächst untersuchen wir Umfang und Art der politischen Beteiligung mit Daten des Bundeswahlleiters, um Trends in der Wahlbeteiligung nach Altersgruppen zu erforschen. In Deutschland waren die Millennials erstmals 2005 bei einer Bundestagswahl wahlberechtigt. Damals waren die ältesten Mitglieder dieser Generation 20 Jahre alt. Bei den folgenden Wahlen war ihre Wahlbeteiligung tendenziell geringer als die älterer Altersgruppen. Dieses Muster scheint jedoch stärker einen Alterseffekt als einen Kohorteneffekt widerzuspiegeln. Wissenschaftler erklären diese Tendenz meistens damit, dass jüngere Menschen lockerere Verbindungen zu ihrer Gemeinschaft haben. Oft befinden sie sich noch im Bildungsprozess und sind mobiler. Der Prozess des Übergangs ins Erwachsenenalter – also sich an einem Ort niederzulassen, zu arbeiten, mit einem Partner, einer Partnerin zusammenzuleben und eine Familie zu gründen – steht im Zusammenhang mit einer höheren Wahlbeteiligung.

Eine interessante Entwicklung in Deutschland ist der Anstieg der Wahlbeteiligung in den vergangenen Jahren. Nach dem Erreichen des Tiefpunkts im Jahr 2009 stieg sie 2013 auf 71,5 und 2017 auf 76,2 Prozent an. Bemerkenswerterweise schrumpfte die Lücke zwischen der Altersgruppe mit der höchsten Wahlbeteiligung (60 bis 69 Jahre) und der mit der geringsten Wahlbeteiligung (21 bis 24 Jahre) von 20,6 im Jahr 2009 auf 14 Prozentpunkte im Jahr 2017. Der Anstieg der Wahlbeteiligung seit 2009 war in der jüngsten Altersgruppe (18 bis 34 Jahre) um 2 bis 3 Prozentpunkte höher als der Gesamtanstieg von 5,4 Prozentpunkten. Die Millennials haben also mit beachtlicher Geschwindigkeit zu den älteren Kohorten aufgeschlossen.

Um mehr zu erfahren, analysieren wir das Engagement der drei Generationen bei anderen Formen der politischen Partizipation. Dafür nutzen wir Daten von acht zwischen 2002 und 2017 im Zweijahrestakt durchgeführten Wellen des European Social Survey (ESS). Der ESS fragt die Teilnehmer*innen, ob sie sich in den vergangenen zwölf Monaten vor jeder Studienrunde politisch beteiligt haben. Beteiligung wird bezogen auf zwei Aktivitäten im Zusammenhang mit Wahlen untersucht: das Kontaktieren von Politikerinnen oder Regierungsbeamten und die Mitarbeit in einer politischen Partei. Der ESS erfasst außerdem vier nicht mit Wahlen zusammenhängende Aktivitäten: Mitarbeit in einer anderen

Organisation oder Vereinigung, Unterzeichnung einer Petition, Teilnahme an einer genehmigten Demonstration und Boykott bestimmter Produkte.

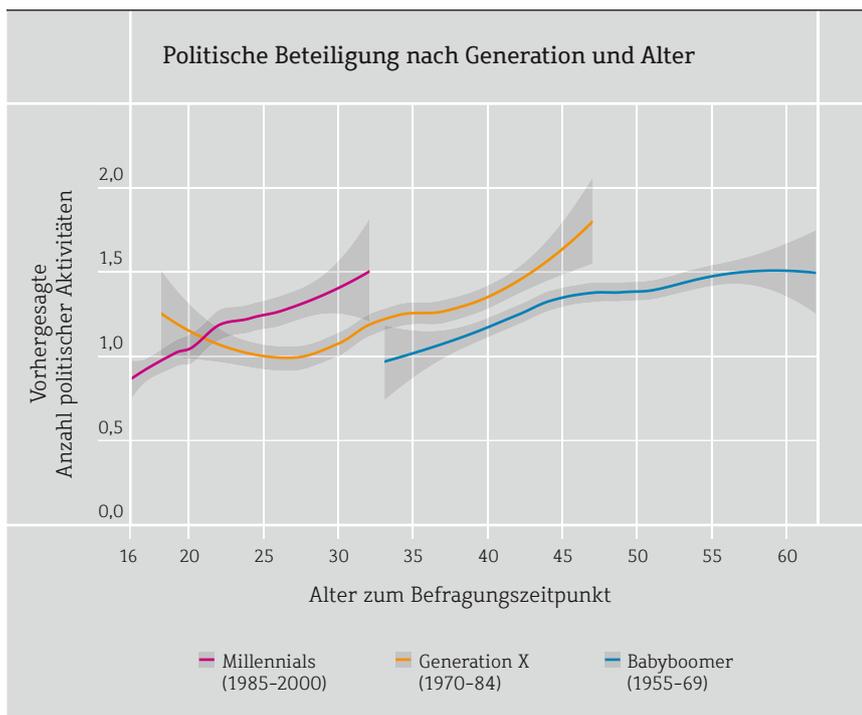
Bei den anderen Formen der politischen Partizipation zeigt sich, dass das Engagement der Millennials von der Art der Aktivität abhängt. Sie kontaktierten seltener einen Politiker oder eine Politikerin, unterschrieben seltener eine Petition und boykottierten seltener bestimmte Produkte. Sie waren jedoch stärker dazu bereit, für eine Partei oder eine Organisation zu arbeiten als die Xer, aber immer noch in geringerem Maße als die Babyboomer. An Demonstrationen nahmen mehr Millennials teil als Xer oder Babyboomer. In der Literatur findet sich häufig die These, dass Millennials sich weniger an Wahlen, dafür häufiger an alternativen Partizipationsformen beteiligen. Unsere Analyse spricht allerdings dagegen. Mit Ausnahme von Demonstrationen ist die Partizipation der Millennials an den verschiedenen politischen Aktivitäten recht moderat und ausgewogen.

Besonders was die Wahlbeteiligung angeht, scheint das recht niedrige Partizipationsniveau der Millennials eher einen Alterseffekt widerzuspiegeln als einen Kohorteneffekt. Da der ESS insgesamt 16 Jahre abdeckt, können wir diesen Zeitraum nutzen, um die Partizipation der Studienteilnehmer der drei Generationen bezogen auf ihr Alter zum Zeitpunkt des Studieninterviews zu vergleichen (siehe Grafik). Mithilfe eines statistischen Verfahrens schätzen wir hier das Partizipationsniveau anhand der politischen Aktivitäten der Studienteilnehmer*innen im Jahr vor der Erhebung. Die Studienteilnehmer*innen können maximal sechs Punkte bekommen, wenn sie zuvor an zwei mit Wahlen zusammenhängenden politischen Aktivitäten und vier politischen Aktivitäten, die nicht im Zusammenhang mit Wahlen stehen, teilgenommen haben.



Marcus Spittler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung. Sein Forschungsinteresse gilt vor allem der vergleichenden Demokratie- und Wahlverhaltensforschung, insbesondere der Bedeutung von populistischen und demokratischen Einstellungen für die Wahlentscheidung. *(Foto: David Ausserhofer)*

marcus.spittler@wzb.eu



Quelle: European Social Survey (www.europeansocialsurvey.org)

Die Grafik zeigt: In allen drei Generationen zeigt sich mit zunehmendem Alter eine Tendenz zur stärkeren Partizipation. Jede Generation weist jedoch auch eigene Charakteristika auf. Interessanterweise ist die Partizipation der Millennials bezogen auf ihr Lebensalter hoch, sie übersteigt die Partizipation der Xer in ihren Zwanzigern sogar. Noch ist es zu früh, um zu argumentieren, dass dieser Trend notwendigerweise von einem Kohorteneffekt verursacht wird. Vielleicht reflektiert die hohe Beteiligung der Millennials einfach die hochpolitisierte Periode, in der sie aufwuchsen. Die Wirtschaftskrise, die Flüchtlingsströme, der Klimawandel und der Aufstieg der radikalen Rechten scheinen in Deutschland die politische Partizipation aller Kohorten reaktiviert zu haben. Das

würde für einen Periodeneffekt sprechen. Die politische Beteiligung der Millennials muss weiterhin untersucht werden, um herauszufinden, ob sich ihr markant steiler Verlauf in Zukunft fortsetzen wird. Eins ist heute schon sicher: Millennials sind im Gegensatz zur teilweise verbreiteten Kritik keine gleichgültige Generation.

Absolut gesehen sind sie zwar weniger aktiv als die älteren Generationen, doch dieses niedrigere Niveau ist sehr wahrscheinlich auf den Alterseffekt zurückzuführen. Deutlich wird, dass Millennials sich gemessen an ihrem jungen Lebensalter heute durchschnittlich stärker politisch engagieren, als es die Xer in ihren Zwanzigern taten. Wenn der gegenwärtige Trend anhält, werden sie in ihren Dreißigern stärker partizipieren als die Babyboomer. Tatsächlich sind die Millennials stärker mobilisiert, als es die Xer im gleichen Alter waren. Daher könnten sie zu einem Anstieg des Gesamtniveaus der Partizipation in Deutschland beitragen. Das sind gute Neuigkeiten für die Demokratie, denn politische Beteiligung ist ein klarer Indikator dafür, dass die Input-Dimension des politischen Systems, also der Austausch zwischen Regierenden und Regierten, funktioniert. Ein hohes Niveau des politischen Engagements kann auch die demokratische Qualität verbessern und den Legitimationsanspruch einer Demokratie stärken.

Zwei Aspekte sind in diesem Beitrag noch offen geblieben: Erstens stellt sich die Frage, wie das Internet das politische Repertoire der Millennials im Vergleich zu den älteren Generationen beeinflusst und ob Online-Partizipation andere Formen der Partizipation ergänzt oder ersetzt. Die zweite Frage ist, was mit dem politischen Engagement der Millennials beim weiteren Übergang ins Erwachsenenleben geschehen wird, wenn sie sich beruflich etablieren, Steuern zahlen, Familien gründen und stärker auf die Leistungen des Sozialstaates angewiesen sind. Werden sie sich dann weiterhin auf diesem Niveau politisch beteiligen?

Literatur

Dalton, Russell J.: The Good Citizen: How a Younger Generation Is Reshaping American Politics. Second Edition. Washington, DC: CQ Press 2015.

Grasso, Maria T.: Generations, Political Participation and Social Change in Western Europe. Abingdon-on-Thames: Routledge 2016.

Norris, Pippa: Democratic Phoenix: Reinventing Political Activism. Cambridge: Cambridge University Press 2002.

Abwanderung, Alterung, Frauenschwund Die verkannte Gefahr für eine offene Gesellschaft

Katja Salomo

Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien in Europa, der Ausgang des britischen EU-Referendums und der Wahlsieg Donald Trumps in den USA zeigen eine Spaltung zwischen urbanen und ländlich geprägten Regionen. Fremdenfeindliche, nationalistische und demokratiskeptische Einstellungen kommen in allen sozialen Gruppen und Regionen Europas und Nordamerikas vor. Wir finden sie aber vermehrt in ländlichen Regionen. Bisherige Erklärungen verweisen darauf, dass Menschen mit liberaleren Einstellungen häufiger ländliche für städtische Gegenden verlassen. Auch gibt es auf dem Land weniger Möglichkeiten, Kontakt mit Zugewanderten zu haben, um so mögliche Vorbehalte abzubauen.

Andererseits tragen die Städte die Hauptlast bei der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern, die häufiger in urbane Gebiete ziehen. In sozial schwachen Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil kann höhere Diversität auch zu sozialen Spannungen und schließlich zu stärkerer Intoleranz führen. Das Zusammentreffen von ökonomisch prekären Lagen und starker Zuwanderung in Städten stand lange Zeit im Fokus von Forschung und öffentlicher Diskussion. Die Besonderheiten ländlicher Gebiete traten dadurch in den Hintergrund. Forschung und Öffentlichkeit sind nun damit konfrontiert, dass die politische Kultur in überwiegend ländlich geprägten Gebieten zur Herausforderung für Demokratien geworden ist.

Die größte sozialstrukturelle Kluft zwischen Stadt und Land in westlichen Industrieländern ist weder primär die ökonomische Lage noch ausschließlich der Anteil von Migrantinnen und Migranten. In ländlichen Gebieten Deutschlands, Großbritanniens, der USA und anderer Länder konzentrieren sich problematische demografische Entwicklungen: hohe Abwanderungsraten, eine stark alternde Bevölkerung, ein hoher Überhang von Männern im heiratsfähigen Alter. Sozialforscher und -forscherinnen sprechen von einer Zunahme der demografischen Homogenität. Diese demografische Entwicklung ist in erster Linie eine Konsequenz der im 18. Jahrhundert einsetzenden Urbanisierung. Heute jedoch trifft in westlichen Industriestaaten die fortschreitende Urbanisierung auf eine zunehmend alternde Gesellschaft, was zu starken demografischen Ungleichheiten zwischen ländlichen und städtischen Gegenden führt.

Weltweit gibt es kaum Regionen, in denen diese ungünstigen demografischen Entwicklungen so deutlich ausgeprägt sind wie in den ostdeutschen Bundesländern. Für ein ostdeutsches Bundesland – Thüringen – liegen mit dem Thüringen-Monitor erstmals Ergebnisse vor, die verdeutlichen, wie die demografische Homogenität auf die politische Kultur und die politischen Einstellungen der Bevölkerung, zurückwirken. Der Thüringen-Monitor führte zwischen 2000 und 2014 zehn repräsentative Befragungen mit jeweils rund 1.000 Teilnehmern durch. Neben dem subjektiven Wohlbefinden und den politischen Einstellungen wurden auch Angaben zum Wohnortkreis erfasst. Die Befragungen erlauben damit Rückschlüsse, wie sich demografische Homogenität auf die politische Kultur im Freistaat auswirkt.

Die demografische Lage Thüringens lässt sich am einfachsten beschreiben, wenn man sich für einen Moment vorstellt, Thüringen sei ein Nationalstaat. Dieser hätte im Vergleich von über 200 Ländern den nach Japan zweithöchsten Altenquotient (Anzahl der über 65-Jährigen, die auf 100 15- bis 65-Jährige kom-

Summary: Rural areas are increasingly marked by problematic demographic developments compared to urban areas: high net emigration, aging societies, far greater numbers of young and middle-aged men than women. Analysis based on data from the eastern German state of Thuringia shows that this kind of local demographic homogeneity acts similarly to negative economic development: It fosters perceived disadvantage as well as status anxiety, which, in turn, translate into social intolerance and disaffection with democracy.

Kurz gefasst: Ländlich geprägte Gebiete unterscheiden sich von urbanen Regionen zunehmend durch problematische demografische Entwicklungen: hohe Abwanderung, alternde Bevölkerung, hohe Überhänge von Männern im jungen und mittleren Erwachsenenalter. Das Beispiel Thüringen zeigt, dass diese demografische Homogenität ähnlich wie eine ungünstige wirtschaftliche Entwicklung subjektiv empfundene Benachteiligung und Abstiegsängste erzeugt. Das fördert intolerante und demokratiskeptische Einstellungen in ländlichen Regionen.

men) und den sechstgeringsten Jugendquotient (Anzahl der unter 15-Jährigen, die auf 100 15- bis 65-Jährige kommen), nach Hongkong, den Vereinten Arabischen Emiraten, Katar, Macau und Südkorea. Nur neun Länder in West- und Süd-asien sowie Ost- und Mittelafrrika hätten in der Gruppe der 15- bis 49-Jährigen einen stärkeren Überhang an Männern. Thüringen liegt hier auf dem Niveau Indiens. Während einige Länder noch weniger Kinder oder einen noch stärkeren Überhang an Männern aufweisen, liegen diese verschiedenen demografischen Entwicklungen in Thüringen konzentriert vor. Dies ist weltweit und historisch ohne Vergleich. Innerhalb Thüringens jedoch sind es vor allem die ländlichen Gebiete, in denen sich diese außergewöhnlichen demografischen Prozesse beobachten lassen.

Diese demografischen Entwicklungen können das Wohlbefinden und die Perspektiven der Menschen vor Ort auf vielfältige Weise beeinflussen. Eine hohe Abwanderung wirkt sich destabilisierend auf das soziale Geflecht vor Ort aus. Sie kann ein Gefühl des Zurückgelassenseins unter den verbleibenden Einwohnerinnen und Einwohnern hervorrufen. Wohnungsleerstand oder zunehmender Verfall von Häusern erinnern täglich daran, dass viele ehemalige Mitmenschen „anderswo“ vor „hier“ bevorzugen. Aber auch unabhängig davon mindern Leerstand und Verfall die Zufriedenheit mit der Wohnqualität vor Ort.

Kommt es zu einem zahlenmäßigen Überhang an Männern im jungen und mittleren Erwachsenenalter, werden diese Problemlagen verstärkt. Der Beitrag von Frauen für das Gemeinschaftsleben vor Ort ist nicht einfach zu ersetzen, der soziale Zusammenhalt leidet. Männer könnten sich im besonderen Maß zurückgelassen fühlen, wenn die Partnerinnensuche durch die lokale und regionale demografische Situation ungleich erschwert wird.

Kinder, Jugendliche und Familien beleben das Straßenbild, den Alltag und generationenübergreifende Freizeitaktivitäten, denken wir an Straßenfeste, Faschingsfeiern oder Sportturniere. Fehlen junge Menschen in Regionen mit stark alternder Bevölkerung kann das Tristesse erzeugen. Freizeitangebote vor Ort leiden unter dem Mangel an jungen Menschen: Sportvereine beispielsweise können sich auflösen, lokale Sportturniere ausfallen, da keine Juniorfußballmannschaft mehr zusammenkommt. Verschwinden dieserart Freizeitangebote, sinkt das Wohlbefinden der gesamten lokalen Bevölkerung.

Die Sozialforschung hat erst begonnen, diese Prozesse im Einzelnen zu erfassen und zu verstehen. Die Daten des Thüringen-Monitors liefern hier erste wichtige Erkenntnisse. Die Analyse der Befragungsergebnisse bestätigt: In den Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten macht sich mit zunehmender demografischer Homogenität auch ein Gefühl relativer Deprivation breit. Das bedeutet, dass sich die Menschen gegenüber der vermeintlichen (städtischen) Mehrheitsgesellschaft benachteiligt fühlen und Angst davor haben, auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

Das Gefühl, abgehängt zu sein, hat Konsequenzen für die politische Kultur: Fremdenfeindliche, nationalchauvinistische sowie demokratieskeptische Einstellungen sind stärker unter den Menschen in Thüringen zu finden, die sich benachteiligt fühlen und Abstiegsängste haben. Gefühlte Benachteiligung erzeugt eine innere Spannung: Bekommt man nicht, was man für den gerechten Anteil an gesellschaftlichen Gütern hält, fühlt man sich abgewertet. Eine Strategie zum Abbau dieser Spannung ist die Abwertung „anderer“ sozialer Gruppen (Zugewanderte), um sich selbst und die eigene Gruppenidentität (Ansässige) wieder aufzuwerten und darüber die subjektiv erfahrene ungerechte Behandlung durch die Mehrheitsgesellschaft zu verarbeiten.

Fremdenfeindliche Einstellungen zeigen sich beispielsweise in der Überzeugung, Ausländer kämen nur nach Deutschland, um den Sozialstaat auszunutzen. Die Forderung, Deutschland müsse seine Interessen hart gegen das Ausland vertreten, deutet beispielsweise auf nationalchauvinistische Einstellungen hin. Als demokratieskeptisch gelten Befragte, wenn sie unzufrieden damit sind, wie die Demokratie in der Praxis funktioniert und geringes Vertrauen in die Landes- und Bundesregierung haben.

Natürlich können viele Faktoren das Gefühl von Benachteiligung und damit fremdenfeindliche, nationalchauvinistische und demokratieskeptische Einstellungen beeinflussen. Auf individueller Ebene können das die wirtschaftliche Situation der Befragten oder soziodemografische Faktoren wie das Lebensalter sein. Auf kontextueller Ebene spielen die wirtschaftliche Lage der Landkreise und kreisfreien Städte, das Niveau öffentlicher Investitionen, das Verhältnis von gering und gut ausgebildeten Menschen in der Bevölkerung, Kriminalitätsraten und Ausländerquoten eine Rolle. Diese und andere mögliche Erklärungen wurden in der Analyse berücksichtigt. Der Zusammenhang zwischen demografischer Homogenität und gefühlter Benachteiligung besteht unabhängig von ihnen.



Katja Salomo ist Gastwissenschaftlerin in der Forschungsgruppe der Präsidentin. Ihr Forschungsschwerpunkt ist der Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Kultur. [Foto: privat]

katja.salomo@wzb.eu

Genau wie demografische Homogenität, führt auch eine vergleichsweise schlechte wirtschaftliche Lage, gemessen an Arbeitslosenquoten, Bruttolohnniveau und Dienstleistungsquote auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte zu einer Zunahme des Gefühls der Benachteiligung in der Bevölkerung. Während sich die wirtschaftliche Lage der Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte zwischen 2000 und 2014 deutlich verbesserte, hat die demografische Homogenität im selben Zeitraum stark zugenommen. Diese beiden Entwicklungen erklären zusammen, warum das Ausmaß gefühlter Benachteiligung in vielen Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens innerhalb dieses Zeitraums mehr oder weniger konstant geblieben ist.

Das Niveau der Arbeitslosigkeit ist in Thüringen und anderen ostdeutschen Bundesländern nach wie vor höher als in westdeutschen Bundesländern und wird vermutlich deshalb häufig als Erklärung für intolerante Einstellungen in Ostdeutschland herangezogen. Arbeitslosigkeit ist jedoch mittlerweile nicht mehr der Hauptgrund von gefühlter Benachteiligung, Abstiegsängsten, intoleranten und demokratieskeptischen Einstellungen, sondern demografische Homogenität. In den letzten Jahren lassen sich Unterschiede im Ausmaß fremdenfeindlicher, nationalchauvinistischer und demokratieskeptischer Einstellungen zwischen den Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten deutlicher auf Unterschiede im Ausmaß der demografischen Homogenität zurückführen als auf Unterschiede in den Arbeitslosenquoten. Für Thüringen und vermutlich auch für andere ostdeutsche Bundesländer offenbart sich ein Teufelskreis: Ohne Zuwanderung insbesondere in ländliche Gebiete lässt sich die demografische Situation nicht wenden. Dazu braucht es Offenheit gegenüber Zugewanderten bei der ansässigen Bevölkerung. Diese wird allerdings immer weniger wahrscheinlich, je homogener die Bevölkerung in Hinblick auf die Alters- und Geschlechterverteilung ist.

Literatur

Alexander, Victoria D.: „Views of the Neighbourhood: A Photo-Elicitation Study of the Built Environment.“ In: *Sociological Research Online*. DOI 10.5153/sro.2832.

Cramer, Katherine J.: *The Politics of Resentment: Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker*. Chicago: University of Chicago Press 2016.

Salomo, Katja: „The Residential Context as Source of Deprivation: Impacts on the Local Political Culture. Evidence from the East German State Thuringia.“ In: *Political Geography*, 2019, Jg. 69, März, S. 103–117.

Digitale Welt Die Jüngeren sind kritischer als die Älteren

Jan Wetzel und Patrick Weber

Short summary: Usually, digital natives and digital immigrants are distinguished along their different degrees of familiarity with digital technology. Rarely it is asked, though, whether these different experiences lead to differences in the normative perceptions of these two generations. Based on new data coming from the *Vermächtnisstudie*, we can compare these two dimensions. The results show that for younger people the use of digital technology is indeed more natural. In their recommendation for the future, however, they are more cautious than the older generation and call for limits to digitization.

Kurz gefasst: Der Unterschied zwischen Digital Natives und Digital Immigrants wird oft an der Selbstverständlichkeit ihres Umgangs mit digitalen Technologien festgemacht. Bisher gab es allerdings wenige Erkenntnisse darüber, ob sich die Generationen in der Bewertung der Digitalisierung unterscheiden. Neue Daten der Vermächtnisstudie zeigen: Für Jüngere ist die Benutzung digitaler Technik zwar selbstverständlicher; in ihrer Empfehlung für zukünftige Generationen sind sie jedoch vorsichtiger als die Älteren und fordern Begrenzungen der Digitalisierung.

Der Generationenkonflikt der Digitalisierung ist in aller Munde. Die „Digital Natives“, die Facebook und iPhone quasi in die Wiege gelegt bekamen, auf der einen Seite – die „Digital Immigrants“, die sich ihre IT-Kompetenzen mühevoll erarbeiten mussten, auf der anderen. Selten wird dabei über die Frage hinausgegangen, wie vertraut diese Generationen mit der Technik sind. Die Vermächtnisstudie tut genau dies, indem sie im Vergleich zu klassischen Prognosemethoden einen breiteren Blick auf die Gemeinsamkeiten und Gegensätze der beiden Generationen bietet. Sie verlangt den Befragten in außergewöhnlich langen Interviews eine Reflexion ihres Lebens ab: Sie sollen ihre eigene Perspektive auf verschiedene Themen in Beziehung setzen zu jenen ihrer Mitmenschen. Dafür wird jedes Thema doppelt abgehandelt. Zuerst sollen die Befragten die Wichtigkeit der Frage für sie selbst einordnen; danach geht es um die Einschätzung, wie wichtig das Thema für die gesamte Gesellschaft in Zukunft sein soll.

Die so gewonnenen Daten geben Aufschluss darüber, wie sich die Zukunftsvorstellungen der verschiedenen Generationen in Deutschland unterscheiden. Für diese Analyse müssen wir jedoch zunächst klären, was eine Generation ist. Nach dem Soziologen und Philosophen Karl Mannheim, der sich in seinem wegweisenden Aufsatz *Das Problem der Generationen* grundlegend mit dem Generationenbegriff befasste, ist die Genese einer Generation ein kommunikativer Prozess. Er setzt eine gemeinsame Wahrnehmung der gesellschaftlichen Entwicklung voraus. Mannheim nannte diese gemeinsame Wahrnehmung „Generationszusammenhang“: ein generationelles Selbstverständnis durch „Partizipation an den gemeinsamen Ereignissen und Erlebnissen“ einer Zeit und Region. Das heißt: ein gemeinsamer „historisch-sozialer Lebensraum“.

Um Generationen empirisch zu identifizieren, braucht es Langzeitstudien mit Paneldaten, die mehrere Generationen umfassen. Zwar ist die Vermächtnisstudie als Panel angelegt, doch gibt es bisher nur zwei Erhebungen. Für unsere Auswertungen beziehen wir uns auf die sogenannten „Millennials“, also die heute 18- bis 35-Jährigen, die mit der Digitalisierung aufwuchsen, und die sogenannten „Babyboomer“, die heute 51 bis 65 Jahre alt sind. Diese Generation hat, anders als die Altersgruppe der über 66-Jährigen, die Digitalisierung während ihres Arbeitslebens voll bewältigt und steht damit nicht „außerhalb“ dieser Erfahrungswelt. Unsere Daten stammen aus dem Jahr 2018. Bei dieser Erhebungswelle wurden insgesamt 2.070 repräsentativ ausgewählte Personen persönlich interviewt. Wir berichten ausschließlich statistisch hoch signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppen.

Wie unterscheiden sich nun diese beiden Altersgruppen? Zunächst finden wir die erwartbaren Unterschiede in der Selbstverständlichkeit des Digitalen. Konkret haben wir danach gefragt, ob man „die digitale Welt als ganz selbstverständlichen Teil Ihres gesamten Lebens“ ansieht. Die Millennials vergeben dafür im Durchschnitt eine 3,3 auf einer Skala von 1 bis 7 (1 steht für volle Zustimmung, 7 steht für völlige Ablehnung). Der Wert, den die Babyboomer vergeben, liegt bei durchschnittlich 3,9. Für sie ist die digitale Welt also ein weniger selbstverständlicher Teil des Lebens. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Frage danach, ob man sich „nie alleine“ fühlt, weil man „über das Internet mit anderen Menschen in Kontakt“ steht. Über alle Altersgruppen hinweg gibt es zwar nur wenige, die dieser Aussage voll zustimmen. Dennoch zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den 18- bis 35-Jährigen und den 51- bis 65-Jährigen: Mit einem durchschnittlichen Wert von 5,6 ist für die Babyboomer das Internet eher keine Lösung, um sich weniger alleine zu fühlen. Die jüngeren Befragten vergeben eine 4,9.

Wir finden diese Unterschiede nicht nur bei Fragen der persönlichen Nutzung digitaler Medien, sondern auch im Bereich der Arbeitswelt. Die Vermächtnisstudie fragt die Interviewten danach, ob sie mit der richtigen Technik ihre Arbeit an jedem Ort der Welt erledigen könnten. Mit einem Durchschnittswert von 3,5 stimmen die 18- bis 35-Jährigen dieser Aussage tendenziell zu. Bei den Älteren sind es dagegen nur 4,1. Hier zeigt sich der Wandel der Arbeitswelt, die immer häufiger von der Digitalisierung der Arbeitsabläufe und Heimarbeitsplätzen, also einer Entgrenzung der räumlichen Verankerung im Betrieb, geprägt ist.

Die Aussagen zur Benutzung entsprechen also dem verbreiteten Bild von Digital Natives und Digital Immigrants. Geht es aber um die normative Ebene, zeigt sich ein anderes Bild. Entweder schmelzen die Unterschiede zwischen den Altersgruppen; oder die Positionen drehen sich völlig. Dies trifft auf alle Fragen zu, die die Studie zu diesem Thema gestellt hat. Ein Beispiel: Zwar empfehlen alle Altersgruppen den zukünftigen Generationen, digitale Kontakte häufiger als heute zu nutzen, um sich nicht allein zu fühlen. Der Abstand zwischen den Gruppen schrumpft aber. Jüngere stimmen der Aussage weniger stark zu als Ältere, sind also vorsichtiger in ihrer Empfehlung.

Dies zeigt sich noch deutlicher bei der Empfehlung an die Menschen, in Zukunft die digitale Welt als selbstverständlichen Teil des Lebens anzusehen. Die Jungen sind zögerlich, antworten ähnlich wie zuvor mit durchschnittlichen 3,4. Man könnte sagen: Die Selbstverständlichkeit hat für sie heute Grenzen, die auch morgen gewahrt bleiben sollen. Ganz anders die ältere Gruppe. Sie drücken ihre Empfehlung durch eine um 0,8 Skalenpunkte höhere Zustimmung aus, als es ihnen selbst heute wichtig ist. Mit einem Wert von 3,1 vertreten sie stärker als die Jungen die Ansicht, dass man die digitale Welt in Zukunft als Selbstverständlichkeit ansehen sollte. Gleiches gilt für die Arbeitswelt. Die Älteren springen hier auf 3,2 – im Vergleich zu 4,1, wenn es um ihr eigenes Leben geht. Sie sehen also deutlich die Vorteile des technischen Fortschritts und empfehlen den nachfolgenden Generationen eine Arbeit, die sie „mit der richtigen Technik an jedem Ort der Welt erledigen könnten“. Die Millennials antworten hier ebenfalls zögerlicher. Zwar empfehlen auch sie räumlich flexibleres Arbeiten als heute. Der Sprung ist mit 0,4 Skalenpunkten aber nicht einmal halb so groß wie bei der Vergleichsgruppe der Älteren: Die räumliche Entgrenzung des Arbeitens soll ihrer Meinung nach also moderat vorangehen.

Besonders deutlich wird diese kritischere Haltung der jüngeren Generation schließlich bei der Frage, ob man Kinder „möglichst früh an das Internet heranzuführen“ sollte. Die jüngste Altersgruppe antwortet im Durchschnitt nur mit 4,3. Die Älteren stimmen mit 3,5 deutlich stärker zu. Wer die digitale Welt gut kennt, weiß um ihre Grenzen und Gefahren. Digitaler Kontakt kann körperliche Begegnung nicht ersetzen, das digitale Home Office die schützende Unterscheidung von Beruf und Privatsphäre auflösen. Und welche Folgen frühkindliche Erziehung mit dem Smartphone hat, ist noch nicht abzusehen. Dieser kritische Umgang mit den neuen Möglichkeiten ist bei den Jüngeren stärker ausgeprägt als bei den Älteren. Diese generationenspezifische Erfahrung erinnert an die Haltung kritischer Informatikerinnen und Informatiker, beispielsweise des Chaos Computer Clubs. Gerade Hacker mit ihrer intimen Kenntnis der Technik warnen nicht selten vor ihrer unhinterfragten Nutzung. Seien es die datenhungrigen sozialen Medien, das chronisch unsichere Internet of Things oder manipulationsanfällige Wahlcomputer.

Abzuwarten bleibt also, ob sich diese kritischere Haltung der jüngeren Generation in den nächsten Jahren auch gesellschaftlich niederschlagen wird. Eine internetsparsame Erziehung von Kindern, Vorsicht beim Ersetzen von Face-to-Face-Kommunikation durch den Bildschirm, das Einfangen der digitalen Entgrenzung der Arbeitswelt: Wenn es nach den Jungen geht, soll zur Selbstverständlichkeit des Digitalen in unserem Leben gehören, dass seine Möglichkeiten verantwortungsvoll genutzt werden. Darin, nicht allein in der Ubiquität digitaler Kommunikation, besteht der Generationszusammenhang der Digital Natives. Vielleicht legen diese also ihren Kindern in Zukunft kein Smartphone mit in die Wiege.



Jan Wetzel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe der Präsidentin. Hier befasst er sich vor allem mit der Vermächtnisstudie.

(Foto: Martina Sander)

jan.wetzel@wzb.eu



Patrick Weber ist ab Oktober wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe der Präsidentin im Projekt „Vermächtnisstudie“. Er studierte an der TU Berlin „Urban Ecosystem Sciences“. (Foto: Martina Sander)

patrick.weber@wzb.eu

Literatur

Mannheim, Karl: „Das Problem der Generationen“. In: Karl Mannheim: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, eingeleitet und herausgegeben von Kurt H. Wolff. Berlin/Neuwied: Luchterhand [1928] 1964, S. 509–565.

Informationen zur Vermächtnisstudie siehe online unter: <https://www.zeit.de/serie/das-vermaechtnis> (Stand 30.08.2019).

Wohlstand und Intelligenz für alle Lebenschancen müssen nicht vom Elternhaus abhängen

Jianghong Li

Summary: Modern democratic society is marred by stark inequalities in wealth and health, both of which are passed down from one generation to the next. The children of privileged parents are set up to succeed in life from the start, with better physical and mental health and higher cognitive and social skills. Strong policy measures are needed to curb increasing wealth concentration.

Kurz gesagt: In modernen demokratischen Gesellschaften gewinnt das Erbe wieder eine bedeutsame Rolle für die Verteilung von Wohlstand und Gesundheit. Kinder erben die Vorteile ihrer Eltern: Sie starten körperlich und geistig gesünder ins Leben, haben höhere kognitive und soziale Kompetenzen als benachteiligte Kinder. Es braucht stärkere politische Maßnahmen, um die zunehmende Konzentration von Wohlstand einzudämmen.

Wirtschaftlicher Wohlstand wird von einer Generation an die nächste weitergegeben – und zwar auf direktem und auf indirektem Wege. Der direkte Weg ist die Erbschaft. Indirekt wird Wohlstand weitergegeben, indem Eltern in das Humankapital ihres Nachwuchses investieren, also in dessen Erziehung und Gesundheit, wodurch die jungen Leute in den Stand gesetzt werden, im Lauf ihres Lebens zusätzlichen Wohlstand zu erwirtschaften. Dem Ökonomen Thomas Piketty zufolge war die Vererbung von Wohlstand ein zentraler Grund für die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit, die zwischen dem frühen 19. und dem frühen 20. Jahrhundert in westlichen Gesellschaften herrschte. Zwischen 1940 und 1980 war diese Ungleichheit nennenswert zurückgegangen; im frühen 21. Jahrhundert gewinnt das Erbe eine bedeutende Rolle in der Verteilung von Wohlstand zurück. Die Vererbung von Wohlstand aber bedroht die meritokratischen Werte und die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, die für moderne demokratische Gesellschaften doch zentral sind.

Auch Gesundheit als Humankapital wird auf mehreren Wegen von einer Generation zur nächsten vererbt: direkt durch die genetische Ausstattung oder Veranlagung oder auch über ökonomische Ressourcen, die helfen, einen gesunden Lebensstil zu pflegen und präventive oder heilende Gesundheitsleistungen zu bekommen. Neben diesen direkten Verbindungen zwischen Wohlstand und Gesundheit werden aber auch soziale und psychologische Ressourcen von Eltern an Kinder weitergegeben. Beweise für das sozioökonomische Gefälle in Gesundheitsfragen gibt es für alle Stadien im Lebenslauf: Zum Beispiel leben Menschen einer bestimmten sozialen Klasse länger und gesünder als die in der Klasse unter ihnen, aber kürzer und weniger gesund als die in der nächsthöheren Klasse. Kinder, deren Eltern höhere Bildung und einen höheren Erwerbsstatus haben (daraus lässt sich auf soziale und psychologische Ressourcen schließen), sind in der Regel körperlich und geistig gesünder und sie haben höhere kognitive und soziale Kompetenzen.

Intelligenz ist ebenfalls in höchstem Maße erblich und mit dem sozioökonomischen Status verbunden. Sophie von Stumm und Robert Plomin zeigen 2014 in einer Studie zu Zwillingen, die 1994/95 in England und Wales geboren wurden, dass Kinder aus sozial schwachen Familien im Alter von 2 Jahren im Durchschnitt um 6 Punkte schlechter in Intelligenztests abschnitten als Kinder aus bessergestellten Familien. Im Alter von 16 Jahren hat sich dieser Abstand verdreifacht. Es gibt einen starken genetischen Einfluss auf den sozialen Status der Familie, auf die kindliche Intelligenz sowie auf den Zusammenhang von beiden. Eva Krapohl und Robert Plomin haben festgestellt, dass Gene etwa die Hälfte der Verbindung zwischen sozioökonomischem Status der Herkunftsfamilien und dem akademischen Erfolg von Kindern erklären.

Temperament, Verhalten und bestimmte Persönlichkeitsmerkmale sind zu einem beachtlichen Ausmaß erblich – der Volksmund hat das in ein Sprichwort gebannt: „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm“. Dabei gibt es biologische und soziale Ursprünge. Temperament und Persönlichkeit werden dadurch bestimmt, wie Emotionen, Aufmerksamkeit und Sozialverhalten reguliert werden. Diese regulierenden Systeme sind in neurophysiologischen Prozessen verwurzelt: Das Gehirn interagiert mit dem Körper und mit Reizen aus der unmittelbaren physischen und sozialen Umgebung. So entwickeln Säuglinge und Kleinkinder ihre

Fähigkeit und ihren Stil der Regulierung von Emotionen, Aufmerksamkeit und Sozialverhalten.

Die Liste dessen, was intergenerationell weitergegeben wird, wird immer länger. Soziologische Literatur zeigt weitreichende Verbindungen zwischen dem sozialen Status der Eltern (also etwa ihrem Bildungsstand oder Beruf) und dem sozialen Status der Kinder. Selbst die Vorlieben für bestimmte Berufe werden vermutlich von Eltern über Sozialisation an ihren Nachwuchs weitergegeben – genauso wie Werte, Normen und Weltansichten.

Dennoch: Die Aussichten auf soziale Gleichheit sind nicht so düster, wie sie jetzt scheinen mögen – wenn starke politische Maßnahmen ergriffen werden, um die zunehmende Konzentration von Wohlstand zu bekämpfen (zum Beispiel durch eine umfassende Besteuerung von Erbschaften), und wenn versucht wird, bereits im frühen Lebensalter in die intergenerationelle Weitergabe von Ungleichheit einzugreifen. (Ich möchte als eine Möglichkeit, der Vererbung von Wohlstand zu begegnen, auch die Anregung äußern, mehr Milliardäre zur Wohltätigkeit zu bewegen, nach dem Vorbild von Bill und Melinda Gates.) Wie wichtig es ist, früh im Leben einzugreifen, macht die Vorstellung der „biologischen Einbettung“ (biological embedding) deutlich, die der Experte für Kindergesundheit und -entwicklung Clyde Hertzman geprägt hat. Er argumentierte, dass soziale, ökonomische und psychologische Umstände im frühen Lebensalter eine zentrale Rolle für die Gesundheit und das Wohlbefinden im ganzen Leben spielen: Weil das zentrale Nervensystem mit dem Immun-, Hormon- und Blutgerinnungssystem interagiert, schwächen Stress, Trauma, Armut und mangelnde elterliche Zuwendung in der Kindheit die Immunität gegen Krankheiten. Dieser Prozess kann langfristig die Funktion zentraler Organe beeinflussen und so zu sozioökonomischen Unterschieden beim Umgang mit Krankheiten und bei der Sterblichkeit führen. Eine andere Dimension der biologischen Einbettung ist die Ausbildung der Neuronen. Das unmittelbare physische und soziale Umfeld in der frühen Kindheit beeinflusst die Entwicklung des Gehirns, indem es positive Anreize verstärkt oder abschwächt. In den ersten 3 bis 5 Lebensjahren durchläuft das Gehirn eine sehr schnelle Entwicklung durch Verdrahtung und Beschneidung: Hunderttausende von Neuronen werden automatisch beschnitten – auch wenn die Hirnentwicklung im Jugendalter weitergeht. Daher sind in der frühen Kindheit Intelligenz und kognitive Fähigkeiten sehr viel stärker in Bewegung als in der mittleren Kindheit und im Jugendalter. Die frühe Kindheit ist also das entscheidende Zeitfenster für Interventionen.

Es gibt Beweise dafür, dass diese Interventionen wirken, dass sie also die Weitergabe von Ungleichheit in den Bereichen von Gesundheit und Entwicklung zwischen den Generationen abschwächen können. Hier ein Beispiel aus der Mathematik. Forschung aus den 1990er-Jahren in Nordamerika zeigt auffällige Unterschiede bei elementaren mathematischen Fähigkeiten je nach sozioökonomischem Status, und das schon im Alter von 2 bis 3 Jahren: Während 75 Prozent der Kinder in einem Kindergarten der oberen Mittelklasse einfache Additionen im Kopf durchführen und die Größe von Zahlen vergleichen konnten, waren nur 7 Prozent der Kinder mit schlechterem Einkommenshintergrund dazu in der Lage. Ein Programm namens „RightStart“, zugeschnitten auf Vorschulkinder, wurde in Kanada und den USA eingeführt, um ihre mathematischen Fähigkeiten zu verbessern. Das Programm richtete sich sowohl an Kinder, die als schulreif eingestuft wurden, als auch an solche, die noch nicht als schulreif galten. Es umfasste innovative pädagogische Maßnahmen wie forschendes und intuitives Lernen, Vorwärts- und Rückwärtszählen, und der Nachdruck lag auf Entwicklung. Das Programm begann, bevor die Kinder in die Schule kamen, also im Alter von 5 bis 6 Jahren, und die Kinder wurden begleitet, bis sie 7, 8, 9 Jahre alt waren. Die Auswertung der Forscherinnen Robbie Case, Sharon Griffin und Wendy Kelly zeigte bemerkenswerte Ergebnisse. Drei Gruppen von Kindern wurden begleitet und verglichen: eine Gruppe mit schlechtem sozialem Hintergrund und schlechten Mathe-Leistungen nahm am pädagogischen Programm teil, eine zweite Gruppe mit schlechtem sozialem Hintergrund, aber guten Mathe-Ergebnissen und eine Gruppe, die aus der Mittelschicht stammte und ebenfalls zum Start gute Mathe-Ergebnisse zeigte, wurden vergleichend beobachtet. Die Interventions-Gruppe – also die Kinder mit schwachem Hintergrund und schlechten



Jianghong Li ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe der Präsidentin. Sie erforscht soziale, wirtschaftliche und kulturelle Determinanten der Gesundheit und Entwicklung von Kindern.

[Foto: David Ausserhofer]

jianghong.li@wzb.eu

Matheergebnissen – holte auf und wurde stärker als die Kinder mit schwachem Hintergrund und guten Ausgangsergebnissen. Im Alter von 7 Jahren überflügelten sie selbst die Mittelschichtskinder.

Es gibt auch Beweise dafür, dass Intelligenz formbar ist. Der Psychiater Kenneth Kendler und Kolleg*innen analysierten 2014 eine große Zahl getrennter Geschwister in Schweden. Ihre Ergebnisse zeigen, dass Kinder, die vor dem Alter von 5 Jahren adoptiert wurden und dadurch in bessere sozioökonomische Verhältnisse kamen, bis sie 18 waren einen deutlich höheren Intelligenzquotienten hatten.

Auch die Fähigkeit von Kindern, Gefühle und Aufmerksamkeit zu regulieren, kann durch soziale Interventionen beeinflusst werden. Die frühe soziale Umgebung kann diese Fähigkeit fördern oder behindern. Diese Selbstregulierung wiederum beeinflusst soziale und kognitive Kompetenzen in den Jahren nach dem Schuleintritt. Neueste amerikanische Forschung von Jamie Hanson und Kolleg*innen, die auf einem kleinen Zufalls-Sample afroamerikanischer Kinder in ländlichen Gemeinden im Bundesstaat Georgia beruht, lieferte erste Beweise: Familien-Interventions-Programme, die die Erziehungsfähigkeiten der Eltern und die Effizienz und Resilienz der Kinder im Alter von 11 Jahren stärken sollten, erhöhten die neuronale Verknüpfung in der Adoleszenz und reduzierten Verhaltensstörungen im jungen Erwachsenenalter.

Die genannten Studien haben ihre Begrenzungen, aber sie bieten alle stichhaltige empirische Belege für die umfassende Hypothese, dass Gene und Umwelt interagieren (im Englischen wird hier vom Begriffspaar „nature/nurture“ gesprochen) und dass diese Interaktion eine wichtige Rolle spielt, wenn es darum geht, die intergenerationelle Weitergabe sozialer Ungleichheit in Fragen von Gesundheit und Entwicklung zu schaffen, aufrechtzuerhalten, zu verschärfen oder aber abzuschwächen. Weitere Forschung wird nötig sein, um zu erfahren, wie biologische, sozioökonomische und psychologische Faktoren auf dem Mikro-Level, also beim Einzelnen, Gesundheit, Wohlbefinden und Lebenschancen prägen. Auf dem Makro-Level gibt es starke Belege dafür, dass in Ländern, die größere Einkommensgleichheit haben und die stark in frühkindliche Bildung und Pflege investieren, die Bevölkerung gesünder ist und es sehr viel weniger Gefälle bei Gesundheit und Wohlbefinden gibt. Auch hier muss weitere Forschung zeigen, wie Makro-Level-Faktoren wie umfassende politische Maßnahmen auf nationaler Ebene und Interventionsprogramme, die Familien unterstützen und frühkindliche Bildung und Entwicklung fördern, zu positiven Gen-Umwelt-Bezügen auf der Mikro-Ebene führen, also bei Individuen, in Familien, Tagespflege, Kindergärten und Schule. Diese Forschung kann dabei helfen, das Muster der Weitergabe sozialer, ökonomischer und gesundheitlicher Ungleichheiten über Generationen hinweg aufzubrechen.

Literatur

Case, Robbie/Griffin, Sharon/Kelly, Wendy M.: *Socioeconomic Gradients in Mathematical Ability and Their Responsiveness to Intervention during Early Childhood*: in Daniel P. Keating/Clyde Hertzman (Hg.): *Developmental Health and the Wealth of Nations*. New York: Guildford Press: 1999, S. 125–150.

Hanson, Jamie L./Gillmore, Alysha D./Yu, Tianyi et al.: *„A Family Focused Intervention Influences Hippocampal–Prefrontal Connectivity Through Gains in Self–Regulation.“* In: *Child Development* 2019, Jg. 90, H. 4, S. 1389–1401.

Keating, Daniel/Hertzman, Clyde: *Developmental Health and the Wealth of Nations*. New York: Guildford Press: 1999.

Kendler, Kenneth/Turkheimer, Eric/Ohlsson, Henrik et al.: *„Family Environment and the Malleability of Cognitive Ability: A Swedish National Home-reared and Adopted-away Cosibling Control Study“*. In: Richard E. Nisbett (Hg.): *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*. Ann Arbor, MI: University of Michigan 2015.

Krapohl, Eva/Plomin, Robert: *„Genetic Link between Family Socioeconomic Status and Children’s Educational Achievement Estimated from Genome-wide SNPs“*. In: *Molecular Psychiatry*, 2016, Jg. 21, S. 437–443.

Li, Jianghong/Mattes, Eugen/Stanley, Fiona/McMurray, Anne/Hertzman, Clyde: *„The Social Determinants of Child Health and Wellbeing“*. In: *Health Sociology Review*, 2009, Jg. 18, H. 1, S. 3–11.

Stumm, Sophie von/Plomin, Robert: *„Socioeconomic Status and the Growth of Intelligence from Infancy through Adolescence“*. In: *Intelligence*, 2015, Jg. 48, S. 30–36.

Geld und Gene Bei der Frage, wie Gesundheit vererbt wird, begegnen sich Soziologie und Biologie

Eigenschaften, Handicaps und Chancen werden von einer Generation zur nächsten – mindestens – weitergegeben. Aus den Erkenntnissen über die Muster sozialer Mobilität können Sozialwissenschaften Empfehlungen für politische Maßnahmen ableiten (vergleiche auch den Beitrag von Jianghong Li in diesem Heft). Eine Tiefenbohrung in Sachen intergenerationelle Weitergabe nimmt die neue Forschungsgruppe Gesundheit und soziale Ungleichheit vor. Von ihrem Leiter Jan Paul Heisig wollte Gabriele Kammerer wissen, warum ihn als Ungleichheitsforscher gerade das Feld der Gesundheit interessiert.

Jan Paul Heisig: Gesundheit ist in sich ein hohes Gut, ein zentrales Element von Lebensqualität. Aber wir interessieren uns auch für Gesundheit, weil sie sich auf Bildungschancen oder auf Arbeitsmarktchancen auswirkt. Und umgekehrt wollen wir wissen, wie der Bildungserfolg oder Unterschiede in den Erwerbsbiografien auf Gesundheit zurückwirken. Es geht uns also um die Wechselwirkungen zwischen diesen unterschiedlichen Dimensionen. Ob es Menschen gut geht, hängt nun mal nicht allein von einzelnen Aspekten wie dem Einkommen oder der Gesundheit ab; das ist ein vielschichtiger Prozess.

Dass Gesundheit stark von der sozialen Herkunft abhängt, ist doch unstrittig?

Klar, wir sind nicht die Ersten, die in dem Bereich forschen. Es ist erwiesen, dass es einen starken Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status von Eltern und der Gesundheit ihrer Kinder gibt. Wir wissen auch, dass dieser Zusammenhang schon in der sehr frühen Kindheit besteht und dass er im Laufe des Lebens immer stärker wird. Was wir in der neuen Forschungsgruppe untersuchen wollen, sind die Mechanismen, die sich hinter diesem Zusammenhang verbergen, also die sozialen Prozesse. Da sind ganz unterschiedliche Erklärungen denkbar. Es könnte zum Beispiel sein, dass Kinder von Eltern mit niedriger Bildung selber nicht viel Bildung erwerben und deshalb weniger gut Bescheid wissen über gesundheitsförderndes Verhalten. Oder es könnte an Unterschieden im Zugang zum Gesundheitssystem liegen, schlicht auch im Wissen darüber, wie man das Gesundheitssystem für die eigenen Interessen nutzen kann. Vielleicht laufen aber auch ganz andere Prozesse ab, wie familiärer Stress, der auf die psychische Gesundheit von Kindern Einfluss haben kann. Wir wollen den Zusammenhang von sozialem Status und Gesundheit weniger beschreiben, wir wollen ihn entschlüsseln.

Wie gehen Sie dafür vor?

Wir haben zum Beispiel ein Projekt, an dem vor allem Christian König als Doktorand arbeitet. Da geht es um die Rolle des Wohnumfelds. Es gibt belastende Faktoren wie Luftverschmutzung oder Lärmbelastung, aber auch positive Gesundheitsanreize. Eine sehr interessante neue Studie aus Dänemark zeigt, dass die Nähe zu Grünflächen in der Kindheit das Risiko psychischer Erkrankungen im Erwachsenenalter mindert. Das wollen wir für den deutschen Kontext erforschen. Dabei wollen wir auch den Kausalwirkungen auf die Spur kommen. Denn dass es einen Zusammenhang gibt zwischen der Nähe zu Grünflächen und psy-

chischer Gesundheit im Erwachsenenalter, heißt ja nicht unbedingt, dass dieser Zusammenhang kausal ist. Es könnte ja auch sein, dass Familien mit Kindern, die aus anderen Gründen ein höheres Risiko für psychische Erkrankungen haben, zum Beispiel wegen familiärer Instabilität, eher Wohnungen ohne Zugang zu Grünflächen haben, weil sie sich bessere Wohnlagen schlicht nicht leisten können. Da die Kausalität rauszukitzeln, ist nicht immer einfach. Da muss man teilweise methodische Umwege gehen. Wie das gehen kann, illustriert eine neuere amerikanische Studie zu den gesundheitlichen Folgen von Luftverschmutzung. Dass Personen, die einer höheren Schadstoffbelastung ausgesetzt sind, einen schlechteren Gesundheitszustand haben, muss nun nicht ausschließlich an den Schadstoffen liegen. In der Regel haben diese Personen zum Beispiel auch unterdurchschnittliche Einkommen, oder sie unterscheiden sich hinsichtlich anderer gesundheitsrelevanter Merkmale wie dem Gesundheitsverhalten. Viele davon können wir gar nicht beobachten und daher auch nicht herausrechnen. Die Autor*innen konzentrieren sich deshalb auf die Folgen von Veränderungen in der Schadstoffbelastung durch Wechsel der Windrichtung. Diese kurzfristigen Veränderungen sind zufällig und haben nichts mit langfristigen Wohnortentscheidungen zu tun. So entstehen Variationen, die sich nutzen lassen, um die kausalen Effekte von Luftverschmutzung auf Gesundheitsrisiken zu untersuchen. Das wenig erfreuliche Ergebnis der Studie ist übrigens, dass schon eine kurzfristige Erhöhung der Schadstoffbelastung zu einer nennenswerten Erhöhung der Sterblichkeit führt, vor allem unter Älteren.

Mit welchen Daten arbeiten Sie?

Wenn wir zu Aspekten wie Luftverschmutzung, Wohnumfeld, Sportinfrastruktur arbeiten wollen, bieten sich administrative Daten an, Daten der Krankenversicherungen zum Beispiel. Da haben wir es in Deutschland allerdings mit – durchaus nachvollziehbaren – Bedenken im Bereich des Datenschutzes zu tun. Aber wir haben mit verschiedenen Krankenkassen Kontakt aufgenommen, wir sehen Kooperationsbereitschaft. Eine andere Quelle sind, ganz klassisch, Befragungsdaten. Die gibt es in ganz unterschiedlicher Form, als Querschnitt oder Längsschnitt, in Deutschland und den meisten anderen reichen Ländern. Der große Nachteil dieser Datensätze ist oft, dass sie eine vergleichsweise überschaubare Größe haben. Wenn wir etwa wissen wollen, welche langfristigen Auswirkungen die Eröffnung oder auch Schließung eines neuen Kraftwerks in der Nähe auf die Gesundheit hat, dann müssen wir genügend Personen in den betroffenen Regionen beobachten. Oft reichen die Zahlen da nicht, da müssen wir doch auf Querschnittsvergleiche zwischen stärker und weniger belasteten Regionen zurückkommen. Dadurch handeln wir uns aber leider wieder die beschriebenen Verzerrungen ein, die zum Beispiel durch die strategische oder finanziell bedingte Wohnortwahl entstehen.

Für die Beobachtung von Generationen scheinen doch Längsschnittdaten ideal.

Natürlich wollen wir möglichst viel wissen über die Elterngeneration und über die Kinder. Wenn wir fragen, ob und wie bestimmte gesundheitsbezogene Verhaltensweisen weitergegeben werden, dann brauchen wir möglichst genaue Messungen bei beiden Generationen. Die höchste Qualität erreichen wir mit sehr lang laufenden Längsschnittbefragungen wie dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) in Deutschland, wo diese Verhaltensweisen direkt bei Eltern und Kindern erfragt werden. Wenn man die Leute im Nachhinein befragt, ob ihre Eltern Sport getrieben haben, ob sie geraucht haben, wie viel Alkohol sie konsumiert haben, dann können Erinnerungsprobleme entstehen oder Rationalisierungsprobleme. Wenn man selber raucht, sagt man vielleicht: Meine Eltern haben halt auch schon sehr viel geraucht – auch wenn sie moderate Raucher waren. Da sind Längsschnittdaten, für die Menschen Jahr für Jahr immer wieder befragt werden, verlässlicher – und am ergiebigsten ist es, wenn wie im SOEP auch die nächste Generation befragt wird. Natürlich haben wir nicht immer das Glück, solche Daten zur Verfügung zu haben. Vor allem für internationale Ver-

gleiche müssen wir oft Kompromisse machen. Es gibt eine frühe Längsschnittstudie in den USA, die Panel Study of Income Dynamics, die schon seit den späten 1960er-Jahren läuft, aber danach kommt erst 1984 das SOEP. Anfang der 1990er-Jahre wurde im Vereinigten Königreich mit einer Panelstudie begonnen. Außerdem gibt es ein paar Studien, bei denen einzelne Geburtsjahrgänge nachverfolgt werden, in der Regel mit mehrjährigen Befragungsabständen. Diese Art von Studien gibt es in verschiedenen Ländern, für unsere Zwecke laufen sie allerdings oft noch nicht lang genug.

Hat die Frage nach dem Zusammenhang von Generationen durch neue Datenquellen an Schwung gewonnen?

Wie sozialer Status vererbt wird, ist eine klassische Frage der Soziologie. In den letzten Jahren können wir immer bessere empirische Antworten auf diese alte Frage geben. Dasselbe gilt für die Entschlüsselung dessen, wie Gesundheit über Generationen weitergegeben wird. Es gibt zum Beispiel eine simple Frage der Gesundheitsforschung, die überraschend gut funktioniert: „Wie würden Sie Ihren Gesundheitszustand insgesamt auf einer Skala von 1 bis 5 einstufen?“ Das klingt wie eine relativ krude Messung, aber wir wissen, dass dadurch zum Beispiel die Rest-Lebenserwartung und das Sterberisiko ziemlich gut vorhergesagt werden können. Das heißt, die meisten Leute scheinen einen relativ guten Sinn dafür zu haben, wie es um ihren Gesundheitszustand bestellt ist. Diese Frage den Kindern hinsichtlich ihrer Eltern zu stellen, ist problematisch. Wenn wir aber jetzt Datensätze haben, wo diese Frage sowohl Eltern als auch Kindern gestellt wurde, dann eröffnet das ganz neue Möglichkeiten der Zuordnung.

Für Soziales wird immer öfter von „Vererbung“ gesprochen. Wie nahe kommt die Soziologie der Biologie?

Die Biologie lehrt, dass genetische Vererbung ein ganz zentraler Mechanismus für die Weitergabe von Eigenschaften über Generationen ist. Aber in der sozialwissenschaftlichen Forschung haben Gene bislang eine überraschend geringe Rolle gespielt. Da gibt es aus historischen Gründen eine gewisse Zurückhaltung, aber es hat auch mit Datenrestriktionen zu tun. Mittlerweile gibt es aber immer mehr Zwillingsstudien, die es einem durch den Vergleich von Geschwistern oder zweieiigen Zwillingen mit den Genen eineiiger Zwillinge erlauben, mehr oder weniger genau zu quantifizieren, zu welchem Teil die Ähnlichkeit zwischen Geschwistern auf genetische Faktoren zurückzuführen ist. So können wir insgesamt sagen, welchen Beitrag Gene zur Vererbung von Gesundheit oder auch von anderen Faktoren leisten. Hinzu kommen sogenannte „genomweite Assoziationsstudien“, die den Zusammenhang zwischen einzelnen Genen und bestimmten Merkmalsausprägungen, etwa Erkrankungen, untersuchen.

Wie treffend ist es überhaupt, im Blick auf soziale Faktoren den Begriff der Vererbung zu verwenden?

Ich will auf keinen Fall den Eindruck erwecken, diese Beziehung sei eine deterministische: Wenn die Eltern arm sind, sind auch die Kinder arm. Es geht vielmehr um eine probabilistische Beziehung, also eine Frage nach Wahrscheinlichkeiten: Eltern mit niedrigem Einkommen zu haben oder mit niedriger Bildung, erhöht das Risiko, später selbst wenig Einkommen oder Bildung zu haben. Vererbung darf nicht im Sinne einer direkten Übertragung, eins zu eins, von sozialem Status verstanden werden. Risikofaktoren gibt es aber schon, und auch Chancen, Möglichkeiten, die manche Kinder haben. Die andere Sache, die wir immer besser verstehen, grade im Austausch mit der Biologie, ist, dass die Rolle der Gene eben auch nicht ein für alle Mal gesetzt ist. Ob sich Anlagen entwickeln, hängt auch von Umweltfaktoren ab. Da betreten wir das Feld der Soziogenomik und der Gen-Umwelt-Interaktionen – ein wachsendes und faszinierendes Feld.



Jan Paul Heisig ist Leiter der Forschungsgruppe Gesundheit und soziale Ungleichheit, die sich mit den Themen der Ungleichheit auch in den Bereichen der Bildung sowie mit sozialwissenschaftlichen Methoden befasst. (Foto: David Ausserhofer)

jan.heisig@wzb.eu

Summary: How did wealth accumulation change between the Babyboomer and Millennial generations in the United States? Did Millennials really experience more unstable and precarious life courses compared to the Baby Boomers, as is frequently assumed? And can Millennials accumulate less wealth compared to the older Baby Boomer generation, because they experience more complex and interrupted work and family lives? To answer these questions, detailed data on wealth accumulation, and work and family biographies in young adulthood were analyzed for about 6.000 US-Americans.

Kurz gefasst: Wie hat sich die Vermögensbildung zwischen den Generationen der Babyboomer und der Millennials in den USA verändert? Sind die Lebensverläufe der Millennials, wie häufig angenommen, tatsächlich deutlich instabiler und prekärer als die der Babyboomer? Können Millennials aufgrund ihrer weniger geradlinigen Berufs- und Familienbiografien im jungen Erwachsenenalter ein geringeres Vermögen anhäufen als die ältere Generation der Babyboomer? Um Antworten auf diese Fragen zu finden, wurden detaillierte Daten zu Vermögen sowie Berufs- und Familienverläufen von etwa 6.000 US-Amerikaner*innen untersucht.

Geplatzter Traum? Vermögensungleichheit bei Babyboomern und Millennials in den USA

Anette Fasang, Rob Gruijters und Zachary Van Winkle

Neben ungleichen Einkommen rückt die Vermögensungleichheit, insbesondere der Zuwachs an „Superreichen“, immer mehr in den Mittelpunkt öffentlicher Debatten und wissenschaftlicher Forschung. Wir haben Daten von etwa 6.000 US-Amerikaner*innen der 1979er und 1997er National Longitudinal Survey of Youth (NLSY) ausgewertet, um herauszufinden, ob Veränderungen in den Erwerbs- und Familienbiografien Unterschiede in der Vermögensbildung zwischen Generationen erklären können.

Ausgangspunkt war die verbreitete Annahme, dass die sogenannte Generation der „Millennials“, die Anfang der 1980er geborenen Jahrgänge, im Vergleich zu den „Babyboomern“, den Geburtsjahrgängen Ende der 1950er- und Anfang der 1960er-Jahre zunehmend instabile und prekäre Lebensverläufe im jungen Erwachsenenalter erleben. Eine naheliegende Folge wäre, dass sie nicht dazu in der Lage sind, gleichermaßen Vermögen aufzubauen, wie es noch für die Babyboomer möglich war. In der öffentlichen Wahrnehmung werden die Millennials besorgt als erste Generation in den USA dargestellt, denen es nicht mehr besser, sondern im Durchschnitt finanziell schlechter geht als ihren Eltern – eine Entwicklung, die den amerikanischen Traum unbegrenzter Möglichkeiten und kontinuierlicher Aufwärtsmobilität eklatant in Frage stellen würde.

Die Millennials, so wird argumentiert, sind zunehmend im wachsenden Dienstleistungssektor mit prekären Arbeitsbedingungen beschäftigt. Sie repräsentieren die „Generation Praktikum“, die sich selbst mit einer guten Ausbildung auf der Suche nach erfüllender und adäquat bezahlter Arbeit oft von einer befristeten schlecht bezahlten Tätigkeit zur nächsten hangeln, die teils, aber häufig auch nicht in stabile Beschäftigung führen. Auch ihre Familienverläufe scheinen diverser. Einerseits wird die Familiengründung oft lange hinausgeschoben. Junge Erwachsene, die auf dem Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen können, kehren vermehrt nach dem Studium oder der Ausbildung wieder in ihr Elternhaus zurück – sie sind die sogenannten Boomerang Kids. Andererseits haben auch Trennungen und Patchwork-Familien schon im jungen Erwachsenenalter zugenommen – Trennung und Scheidung können bekanntlich auch beachtliche Vermögen schnell dezimieren.

Die Befunde der Analysen auf Basis der NLSY-Daten sind zunächst überraschend: Im Mittel verfügen die Millennials über fast genauso viel Vermögen im Alter von 35 Jahren, wie die Babyboomer: inflationsbereinigt etwa 100.000 US-Dollar, wenn alle Vermögensquellen abzüglich vorhandener Schulden eines Haushalts zusammengezählt werden. Es bestätigt sich also nicht, dass die Millennials im Alter von 35 Jahren im Durchschnitt ein geringeres Vermögen anhäufen, als es den Babyboomern vergönnt war. Die meisten Befragten befinden sich jedoch deutlich unter diesem Mittelwert, denn die Vermögen sind extrem ungleich verteilt. Der jüngst von französischen Ökonomen wie Thomas Piketty nachgewiesene Anstieg der Vermögensungleichheit zeigt sich auch sehr deutlich im Vergleich der beiden Generationen. Die wohlhabendsten Millennials verfügen über mehr Vermögen als die reichsten Babyboomer, während die ärmsten Millennials deutlich höhere Schulden aufweisen als die ärmsten Babyboomer.

Millennials verfügen demnach im Durchschnitt nicht über weniger, sondern sogar über etwas mehr Vermögen als die Babyboomer. Was wir vielmehr bei der jüngeren Generation beobachten können, ist eine Polarisierung zwischen Personen, die sehr viel Vermögen anhäufen, und jenen, die gar kein Vermögen aufbauen beziehungsweise sich tiefer verschulden.

Ist die höhere Vermögensungleichheit unter den Millennials die Folge einer Polarisierung von Lebensverläufen, die entweder die Vermögensbildung begünstigen und sie erschweren? Um diese Frage zu beantworten, haben wir eine detaillierte Analyse der Lebensverläufe zwischen dem Alter 20 und 35 auf Basis von monatlichen Informationen zur beruflichen und familiären Situation vorgenommen. Die Ergebnisse bestätigen weitgehend die vermuteten Veränderungen in den Lebensverläufen der Babyboomer und Millennials. Für die Analysen haben wir jeweils eine Typologie von Erwerbs- und Familienverläufen erstellt und dann die Häufigkeit der Typen unter den Babyboomern und Millennials verglichen. Erwerbsverlaufstypen sind durch die Art der Erwerbstätigkeit gekennzeichnet, in denen die Befragten bis zum Alter von 35 am meisten Zeit verbracht haben; gleichzeitig berücksichtigen sie aber auch die Dynamik typischer Wechsel zwischen Ausbildung, Erwerbsarbeit und Nicht-Erwerbsarbeit.

Es findet sich zum Beispiel eine Gruppe von jungen Erwachsenen, die im Alter von 25 Jahren ihre Bildungslaufbahn beenden und sofort nahtlos in sehr hoch bezahlte sichere Berufe einsteigen, in denen sie ohne Unterbrechung bis zum Alter von 35 Jahren und darüber hinaus verbleiben. Sie fangen schon Mitte 20 an, eigenes Vermögen aufzubauen – insbesondere wenn ihr Studium von den Eltern und nicht durch einen eigenen Kredit finanziert wurde. Dieser Typ des sicheren, frühzeitig hoch entlohnten Erwerbsverlaufs ist unter den Babyboomern mit 18 Prozent deutlich häufiger vertreten als unter den Millennials, von denen lediglich 9 Prozent dieser Gruppe angehören. Dagegen findet sich ein anderer typischer Erwerbsverlauf von häufig unterbrochenen Beschäftigungsphasen in schlecht bezahlten einfachen Dienstleistungsjobs, die kaum Möglichkeiten bieten zu sparen. Diese Erfahrung kennzeichnet das junge Erwachsenenalter von lediglich 8 Prozent der Babyboomer, aber 17 Prozent der Millennials.

Die relative Häufigkeit der Babyboomer und Millennials in typischen Lebensverläufen zeigt demnach Unterschiede. Insgesamt arbeiten Millennials vermehrt in einfachen Dienstleistungsjobs und befinden sich lange in weiterführenden Bildungsgängen. Dagegen kommen die klassischen hoch gebildeten, gut bezahlten und entfristeten Professionen, wie etwa Richter*innen oder Regierungsbeamt*innen sowie höher gebildete Facharbeiter*innen, die ebenfalls in der Regel relativ gut abgesichert sind, unter den Millennials weniger häufig vor. Es zeigen sich zudem signifikante Unterschiede in der Vermögensakkumulation nach den jeweiligen Erwerbstypen. Auch die Familienverläufe weisen Unterschiede zwischen den Generationen auf. Eine Verzögerung der Familiengründung und ein verspäteter oder rückgängig gemachter Auszug aus dem Elternhaus kommen unter den Millennials deutlich häufiger vor. Außerdem bleiben Millennials häufiger bis zum 35. Lebensjahr ledig und haben öfter uneheliche Kinder. Diese Familienverläufe führen zu einem deutlich geringeren Vermögen im Alter von 35 Jahren, als es etwa verheiratete Eltern aufbauen können.



Anette Fasang ist Professorin für Mikrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Leiterin der Forschungsgruppe Demografie und Ungleichheit am WZB. (Foto: David Ausserhofer)

anette.fasang@wzb.eu



Rob Gruijters ist Universitätsdozent im Research for Equitable Access and Learning (REAL) Centre der University of Cambridge, UK. Bis September 2018 arbeitete er als Postdoc in Oxford und Berlin. (Foto: privat)

rjg85@cam.ac.uk



Zachary Van Winkle ist Gastwissenschaftler der Forschungsgruppe Demografie und Ungleichheit und Postdoctoral Fellow an der Universität Oxford. In seiner Forschung beschäftigt er sich vor allem mit dem Sozialstaat und der sozialen Ungleichheit.

(Foto: David Ausserhofer)

zachary.van.winkle@wzb.eu

Sind es tatsächlich die Veränderungen in den Erwerbs- und Familienverläufen, die für die erhöhte Vermögensungleichheit ursächlich sind? Mithilfe einer Quantilsregression haben wir den Einfluss der Lebensverlaufstypen auf die Vermögensverteilung im unteren, mittleren und hohen Vermögensbereich geschätzt. Das Ergebnis ist überraschend eindeutig: Die Unterschiede in den Lebensverläufen zwischen den Babyboomern und Millennials sind keine hinreichende Erklärung für die gestiegene Vermögensungleichheit.

Wenn sich die gestiegene Vermögensungleichheit unter den Millennials nicht durch ihre veränderten Lebensverläufe erklären lässt, wodurch dann? Ein möglicherweise wichtiger Unterschied könnte in Erbschaften und Unterstützungen von Eltern zu Lebzeiten liegen. Die Eltern der Millennials, die zu erheblichen Anteilen selbst der Babyboomer-Generation angehören, verfügen mit großer Wahrscheinlichkeit über mehr Vermögen, als ihre eigenen Eltern, die zwischen den Weltkriegen in der großen Depression aufwuchsen. Es ist anzunehmen, dass sie dieses Vermögen großzügig einsetzen, um mindestens den Statuserhalt oder bestenfalls den sozialen Aufstieg ihrer Kinder zu sichern. Diese Annahme ist jedoch bisher nicht hinreichend empirisch untersucht. Möglicherweise spielen auch Veränderungen auf dem Immobilienmarkt eine Rolle, vor allem die rasant gestiegenen Preise in den Metropolen. Diese könnten sowohl die Vermögen der wohlhabenden Millennials besonders aufblähen als auch die höhere Verschuldung der schlechtergestellten Millennials mitverursachen.

Literatur

Kalleberg, Arne L.: „Precarious Work, Insecure Workers: Employment Relations in Transition“. In: *American Sociological Review*, 2009, Jg. 74, Februar, S. 12–22.

Keister, Lisa A./Benton, Richard A./Moody, James W.: „Cohorts and Wealth Transfers: Generational Changes in the Receipt of Inheritances, Trusts, and Inter Vivos Gifts in the United States“. In: *Research in Social Stratification and Mobility*, 2019, Jg. 59, Februar, S. 1–13.

Killewald, Alexandra/Pfeffer, Fabian T./Schachner Jared N.: „Wealth Inequality and Accumulation“. In: *Annual Review of Sociology*, 2017, Jg. 43, H. 1, S. 379–404.

Lersch, Philipp M./Jacob, Marita/Hank, Karsten: „Parenthood, Gender, and Personal Wealth“. In: *European Sociological Review*, 2017, Jg. 33, H. 3, S. 410–422.

Piketty, Thomas: *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge, MA: Harvard University Press 2014.

Frühe Netzwerke Familienverläufe in jungen Jahren beeinflussen die Fürsorge im Alter

Tiziana Nazio

Familiäre Fürsorge ist ein zentraler Teil jeder Gesellschaft. Sie hilft, den sozialen Zusammenhalt und das Wohlergehen jedes Einzelnen sicherzustellen. Damit ergänzt und ersetzt sie die vom Wohlfahrtsstaat angebotenen Fürsorgeleistungen, deren Erwerb auf dem freien Markt für die meisten Menschen zu teuer ist. Ihre Bedeutung könnte in Zukunft zunehmen, denn es wird immer mehr Lebensabschnitte geben, in denen mehrere Generationen mehr Lebensjahre miteinander teilen. Im Verlauf des Lebens sind sie durch ein Netzwerk verschiedener gegenseitiger Beziehungen verbunden. Wie und ob diese Beziehungen tragen, wird von sozialen und demografischen Veränderungen beeinflusst.

Familiäre Fürsorge trägt aber auch zu sozialer Ungleichheit und zur Abwertung der Arbeit von Frauen in der Gesamtwirtschaft bei. Sie ist stark geschlechtsspezifisch geprägt und wird unterbewertet, weil Pflege- und Fürsorgearbeit in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird. Frauen investieren über längere Zeiträume ihres Lebens mehr Zeit in unbezahlte Fürsorgeleistungen. Der Preis dafür ist hoch: Frauen sind im Alter wegen ihrer unregelmäßigeren Beitragszahlungen in die Rentenkasse, ihrer geringeren Beschäftigungsteilhabe oder ihrer verkürzten Arbeitszeit in höherem Maße von Armut bedroht als Männer.

Die Lebensumstände im Alter werden von den aktuellen Lebensumständen, aber auch den individuellen Lebensverläufen und den Ereignissen im Verlauf des Lebens geprägt. Eheschließung, die Geburt von Kindern, Scheidung und Wiederheirat sind miteinander verbundene Ereignisse, die die Bildung eines sozialen Kernnetzwerks für die spätere Fürsorge und Unterstützung fördern oder dieses zerstören können. Die Fachliteratur unterscheidet drei verschiedene Formen von funktionellen Transfers zwischen und über Generationen hinweg: persönliche Fürsorge (zum Beispiel Baden, Essen, Kochen, Reinigung etc.), finanzielle Unterstützung und emotionale Unterstützung (durch eine Vertrauensperson, die bei wichtigen Fragen zuhört und berät).

Meine Forschung konzentriert sich auf persönliche Fürsorge (einschließlich praktischer Hilfe) und emotionale Unterstützung, den Austausch zwischen den Generationen und die Verfügbarkeit eines emotionalen Unterstützungsnetzwerks. Besonders interessieren mich die Beziehungen zwischen frühen Familienlebensverläufen und Art und Ausmaß von Fürsorge und Unterstützung, die im höheren Alter gegeben und empfangen werden. Dabei untersuche ich auch, wie die Geschlechterfrage intergenerationale Fürsorge beeinflusst.

Zentrale Forschungsfragen sind: Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Familienlebensverlauf und der Größe des emotionalen Unterstützungsnetzwerks? Wie prägen frühe Lebensverläufe die praktische Unterstützung, die jemand im höheren Alter empfängt? Wie verteilen Paare begrenzte Ressourcen, wenn sie etwa mit den Bedürfnissen ihrer Eltern und den damit im Konflikt stehenden Fürsorgeanforderungen von Kindern und Enkelkindern konfrontiert werden.

Antworten liefern die Daten des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) aus verschiedenen europäischen Ländern für die Geburtskohorten 1927 bis 1966. Untersucht werden Muster von Familienlebensverläufen, zum Beispiel die Geburt von Kindern beziehungsweise Kinderlosigkeit, das Ein-

Summary: Do life choices in the process of family formation impact the availability of care and support at older age? Marrying, having children, divorcing, and remarrying are interconnected events that can establish or disrupt core network relations. My research shows that early family life courses help predict the size of one's emotional support network in older ages, but not receiving or giving practical support and personal care, which are best predicted by one's current family circumstances. Caregiving is still highly gendered.

Kurz gefasst: Haben Lebensentscheidungen im Prozess der Familienbildung einen Einfluss auf die Verfügbarkeit von Fürsorge und Unterstützung im Alter? Eheschließung, die Geburt von Kindern, Scheidung und Neuverheiratung sind miteinander in Zusammenhang stehende Ereignisse, die ein soziales Kernnetzwerk etablieren oder zerstören können. Frühe Familienlebensverläufe helfen dabei, die Größe des emotionalen Unterstützungsnetzwerks im Alter vorauszusagen, nicht aber ob praktische Unterstützung und persönliche Fürsorge geleistet oder empfangen werden. Dies lässt sich am besten durch die aktuelle Familiensituation voraussagen. Die Fürsorge ist immer noch stark geschlechtsspezifisch geprägt.

gehen einer Partnerschaft oder Verwitwung. Mithilfe einer Sequenz- und Clusteranalyse analysierte ich die Phasen des Übergangs in das Erwachsenenleben und die Familiengründung, die die Altersspanne von 16 bis 46 Jahren umfassen. Die Datensätze umfassten Geburtskohorten in Italien, Ost- und Westdeutschland, Frankreich, Dänemark, Tschechien, Österreich, Schweden, Spanien, Griechenland, Belgien, Polen, Portugal, Slowenien, Estland und Kroatien.

Neun typische Muster vorherrschender Familienlebensverläufe identifizierten wir: Single kinderlos, kinderlose Paare in stabiler Partnerschaft, Paare mit einem, zwei, drei oder mehr Kindern in stabiler Partnerschaft, Auflösung der Partnerschaft mit Kindern und späte oder keine neue Partnerschaft und mehrere Partnerschaften mit stabiler neuer Partnerschaft bald nach der Trennung. Wird die Untersuchung auf jüngere Geburtskohorten erweitert (bis zu den 1966 Geborenen) spielen einige Muster eine immer geringere Rolle (zum Beispiel eine hohe Anzahl von Kindern, mehr als drei Kinder). Andere Muster gibt es häufiger: Scheidungen und neue Partnerschaften; auch die Zahl der Geschwister nimmt im Lebensverlauf ab.

Familienverläufe in jungen Jahren beeinflussen also intergenerationale Beziehungen und Unterstützungsleistungen im Alter – aber nur hinsichtlich der emotionalen Unterstützung. Die praktische Unterstützung und die persönliche Fürsorge hängen stattdessen von der jeweiligen familiären Situation im Alter ab: vom Vorhandensein und der Verfügbarkeit eines Partners, der Zahl der Kinder und dem Wohnort der Kinder. Je größer das emotionale Unterstützungsnetzwerk ist, desto einfacher scheint es jedoch zu sein, auch persönliche Fürsorge zu aktivieren. Die Resultate machen deutlich, wie wichtig es ist, die gesamten Muster von Familienlebensverläufen zu berücksichtigen, anstatt sich auf einzelne, isolierte Ereignisse im Leben eines Menschen zu konzentrieren. Es sind die frühen Phasen des Erwachsenenlebens, in denen ein soziales Kernnetzwerk gebildet wird, und es ist die gegenwärtige Familiensituation, die dann den Erhalt von praktischer Hilfe und persönlicher Fürsorge bestimmt.

Meine Analyse zeigt außerdem, dass die Auflösung einer Partnerschaft zur größeren Isolation beiträgt, wenn keine oder eine späte neue Partnerschaft eingegangen wird, weil sie mit einer größeren Distanz zu Vertrauenspersonen verbunden ist. In allen Ländern außer in Tschechien scheint eine rasche und stabile neue Partnerschaft die nachteiligen Auswirkungen einer Trennung auszugleichen. Personen mit höherer Bildung haben größere emotionale Unterstützungsnetzwerke. Allerdings leben ihre Mitglieder oft weiter weg, sodass ihre Hilfe schwerer zu aktivieren wäre. Insgesamt erhalten Menschen mit höherer Bildung mit einer größeren Wahrscheinlichkeit auch mehr praktische Unterstützung und persönliche Fürsorge.

In Zukunft muss die emotionale Unterstützung, die Menschen im Alter erhalten, nicht unbedingt nachlassen. Doch es könnte künftig schwerer sein, die Vorsorge für die unmittelbare Pflege und besonders für die Langzeitpflege aufrechtzuerhalten, da immer weniger Kinder – besonders Töchter – vorhanden sind, um die Bedürfnisse ihrer immer älteren Eltern zu erfüllen. Im Leben der Menschen spielen (emotionale wie praktische) Unterstützungsnetzwerke zwar eine unmittelbarere Rolle als der Wohlfahrtsstaat, doch wenn es für manche Menschen schwierig ist, persönliche Netzwerke aufzubauen oder zu erhalten, könnte es problematisch werden, das Wohlergehen im Alter sicherzustellen. Dies trifft besonders zu, wenn kleinere soziale Netzwerke oder Vereinsamung Hand in Hand mit niedrigem Einkommen gehen, wie es häufiger bei Alleinerziehenden, Kinderlosen oder Menschen mit geringer Bildung der Fall sein könnte.

Die geschlechterspezifische Ausprägung von Unterstützung im Alter habe ich in einer Studie mit Matteo Luppi (National Institute of Public Policy Analysis, INAPP) untersucht. Wir konnten zeigen, dass das Geschlecht nach wie vor im Lebensverlauf zu Ungleichheiten führt, auch durch eine ungleiche Verteilung der Verantwortung für familiäre Fürsorge, die hauptsächlich durch enge Verwandte erfolgt. Die wichtigste Bindung ist dabei die direkte Bindung zwischen Eltern und Kindern. Wenn Eltern mehrere Kinder haben und darunter Töchter sind, nimmt die Beteiligung der Söhne an der Pflege ab, gerade wenn die Anforderungen sehr

intensiv sind. Die Wahrscheinlichkeit, Fürsorge für ihre Eltern zu übernehmen, ist bei Söhnen sehr viel geringer als bei Töchtern. Sie teilen die Verantwortung für die Fürsorge auch nicht mit weiblichen Partnern im Haushalt, sondern übertragen sie den Schwestern, besonders in südeuropäischen Ländern.

Unsere Ergebnisse zeigen auch, dass ein aktiver Beitrag zur Betreuung von Kleinkindern oder Enkeln unter 14 Jahren nicht im Widerspruch zur Pflege Älterer zu stehen scheint. Personen, die aktiv für ihre alten Eltern sorgen, kümmern sich auch mit höherer Wahrscheinlichkeit um Jüngere. Bei intensiver elterlicher Betreuung kann die gleichzeitige Sorge um Kleinkinder und Enkelkinder jedoch zu einem Konflikt führen, aber nur für Frauen. Denn die Kinder/Enkel- und Altenpflege, wenn auch an den beiden entgegengesetzten Enden der demografischen Struktur, greift auf die Zeit und den Einsatz insbesondere von Frauen zurück: von Töchtern, Großmüttern, Müttern und Schwestern.

Wenn sich diese „traditionelle“ geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nicht rasch ändert, dann werden kleinere Familien zu einer noch stärker geschlechtsspezifischen Verteilung der Fürsorge zwischen den Familienmitgliedern führen. Eine stärkere Beteiligung von Männern und eine stärkere Verteilung der Verantwortung gegenüber Personen der jüngeren Generation (Kinder und Enkelkinder), Personen der gleichen Generation (Geschwister und Partner) und Personen der älteren Generation (Eltern, Großeltern) könnte auch durch politische Maßnahmen gefördert werden. Dazu gehört eine flexible Freistellung von Fürsorgenden von ihrer Erwerbsarbeit verbunden mit unterstützenden Dienstleistungen. Zeiten, in denen Fürsorge geleistet wird, sollten grundsätzlich als sozialversicherungspflichtige Zeiten anerkannt werden. Das Fehlen von weit verbreiteten und flexiblen Maßnahmen zum Erreichen einer guten Work-Life-Balance könnte den Konflikt zwischen Erwerbsarbeit und unbezahlter Pflegearbeit noch verschärfen, besonders für jene – überwiegend Frauen –, die sowohl für Jüngere als auch für Ältere Verantwortung tragen.

Insgesamt sollten Entscheidungsträger eine breitere, multigenerationale Lebensverlaufsperspektive einnehmen und bei sozialpolitischen Reformen stärker auf die Auswirkungen der Maßnahmen auf verschiedene Generationen achten.

Literatur

Albertini, Marco/Mencarini, Letizia: „Childlessness and Support Networks in Later Life: New Pressures on Familistic Welfare States?“ In: *Journal of Family Issues*, 2012, Jg. 35, H. 3, S. 331–357.

Luppi, Matteo/Nazio, Tiziana: „Does Gender Top Family Ties? Within-Couple and between-Sibling Sharing of Elderly Care.“ In: *European Sociological Review*, 2019, S. 1–18. DOI: 10.1093/esr/jcz035.

Nazio, Tiziana: *Early Family Life-Courses and Emotional and Practical Support Networks in Older Age* (im Review-Prozess).

Nazio, Tiziana: „Who Cares? Securing Support in Old Age.“ In: *Population & Policy Compact, Policy Brief No. 21*, 2019. Online: <https://www.population-europe.eu/policy-brief/who-cares> (Stand: 30.08.2019).

O'Reilly, Jaqueline/Leschke, Janine/Ortlieb, Renate/Seeleib-Kaiser, Martin/Villa, Paola (Hg.): *Youth Labour in Transition: Inequalities, Mobility and Policies in Europe*. Oxford: Oxford University Press 2019.

Patterson, Sarah E./Margolis, Rachel: „The Demography of Multigenerational Care-giving: A Critical Aspect of the Gendered Life Course“. In: *Socius*, 2019, Jg. 5, S. 1–19. DOI: 10.1177/2378023119862737.



Tiziana Nazio ist Marie Curie Fellow in der Forschungsgruppe Demografie und Ungleichheit, Senior Researcher an der Universität Turin und Associate Fellow am Collegio Carlo Alberto in Turin.

[Foto: Martina Sander]

tiziana.nazio@wzb.eu

Untergraben, verschleiern, verteidigen Politische Kommunikation zur Europäischen Union

Christian Rauh

Summary: Analysis of almost 9.000 speeches made during the Eurozone crisis shows that executive communication reacts strategically to increasing public politicization of the EU. Deteriorating public EU opinion induces EU Commissioners to defend the EU in their speeches. National leaders, in contrast, react by sending more negative signals. This behavior, however, is dampened by the electoral success of Eurosceptic parties. In this setting, executive language about the EU becomes less negative, but also much harder to understand. It remains questionable whether this active avoidance of clear political stances on the EU is sustainable in the long run.

Kurz gefasst: Die Analyse von fast 9.000 Reden während der Eurokrise zeigt, dass die Kommunikation von europäischen Entscheidungsträgern strategisch auf die öffentliche Umstrittenheit der EU reagiert. Verschlechtert sich die öffentliche Meinung zur EU, tendieren europäische Kommissare dazu, die EU öffentlich zu verteidigen. Regierungschefs senden in dieser Situation hingegen deutlich negativere Signale. Dieses Verhalten wird aber durch das Erstarken europaskeptischer Parteien abgeschwächt. Die Kommunikation über die EU wird dann weniger negativ, ist aber auch deutlich schwerer zu verstehen. Es bleibt fraglich, ob dieses aktive Vermeiden von klaren EU-Positionen langfristig erfolgreich ist.

Der gesellschaftliche Rückhalt für die Europäische Union ist kein Selbstläufer mehr. Über die verschiedenen Krisen der vergangenen Jahre hinweg schwankt die öffentliche Meinung zur EU stark, während europaskeptische Parteien teilweise erhebliche Wahlerfolge verzeichnen. Wie wirkt sich diese Politisierung auf die Chancen gemeinsamer politischer Entscheidungsfindung in Europa aus? Die öffentliche und die wissenschaftliche Diskussion konzentrieren sich dabei vor allem auf die Strategien der Europagegner. Politisierung ist aber ein interaktiver Prozess. Wie die etablierten Entscheidungsträger auf eine kritische öffentliche Meinung und die Wahlerfolge europaskeptischer Parteien reagieren, ist mindestens genauso entscheidend für den zukünftigen Verlauf der Debatte über gemeinsame europäische Politik.

Aus der jüngeren politikwissenschaftlichen Literatur lassen sich dazu im Kern drei Erwartungen formulieren. Die derzeit prominenteste Hypothese sagt einen „beschränkenden Dissens“ zur Zukunft politischer Zusammenarbeit in Europa voraus. Erwartet wird, dass nationale Regierungen aus wahltaktischen Überlegungen in den Chor der Europagegner einstimmen. Aus dieser Perspektive würden die Entscheidungsträger also zunehmend negativ über Europa kommunizieren, wenn die öffentliche Zustimmung zur EU abnimmt und europaskeptische Parteien an Boden gewinnen. Eine andere Sichtweise sagt eher „business as usual“ voraus. Hier wird davon ausgegangen, dass öffentliche Kritik mittelfristig umschifft werden kann, indem man europäische Entscheidungen als möglichst komplex und hoch technisch präsentiert. Wenn diese These zutrifft, sollten Entscheidungsträger also in eher schwer verständlicher Form über Europa kommunizieren. Eine dritte Perspektive erwartet hingegen, dass politische Entscheidungsträger klar Stellung beziehen. Es kann wahltaktisch sinnvoller sein, den eher europafreundlichen Teil der Wählerschaft aktiv zu mobilisieren als den Europagegnern hinterherzulaufen. Politisierung bietet in dieser Perspektive strategische Anreize, Europa mit klaren und positiven Botschaften zu verteidigen.

Um diese widersprüchlichen Erwartungen zu prüfen, haben Bart Bes (Lund University), Martijn Schoonvelde (University College Dublin) und ich die Kommunikationsmuster von 10 Staats- und Regierungschefs sowie allen 28 EU-Kommissaren während der Eurokrise zwischen 2008 und 2015 untersucht. Auf Basis des EUSpeech-Datensatzes wurden alle expliziten Nennungen der EU und der Europäischen Integration aus fast 9.000 öffentlichen Reden dieser Akteure extrahiert. Wir konzentrieren uns dabei auf zwei Eigenschaften der politischen Sprache. Mit einem wörterbuchbasierten Verfahren messen wir, wie positiv oder negativ in der jeweiligen Rede über die EU gesprochen wird. Außerdem ermitteln wir über einen Lesbarkeitsindex, wie leicht verständlich diese politischen Botschaften zur EU sind. Diese beiden Variablen werden dann in Bezug zu Indikatoren für die öffentliche Meinung zur EU und den Erfolg europaskeptischer Parteien gesetzt, die im Untersuchungszeitraum stark über Zeit und Länder variiert haben.

Die wesentlichen Muster lassen sich in drei Punkten zusammenfassen. Erstens scheinen EU-Kommissare und nationale Regierungschefs unterschiedlich auf

eine sich verschlechternde öffentliche Meinung zur EU in ihrem Heimatland zu reagieren. EU-Kommissare tendieren dazu, die EU in dieser Situation eher zu verteidigen, indem sie deutlich positiver kommunizieren. Staats- und Regierungschefs senden hingegen deutlich negativere Signale zur EU, wenn sich die öffentliche Meinung verschlechtert. Die Reaktionen nehmen außerdem disproportional zu, je größer der Anteil an Europaskeptikern in der Bevölkerung ist. Diese Kommunikationsmuster machen es wahrscheinlich, dass sich die öffentliche Debatte über die EU zunehmend beschleunigt.

Zweitens sehen wir allerdings auch, dass es auf die Kombination von öffentlicher Meinung und europaskeptischen Wahlerfolgen ankommt. Dort, wo europaskeptische Parteien vergleichsweise hohe Wahlerfolge einfahren, ist die Reaktion der Staats- und Regierungschefs auf eine kritische öffentliche Meinung weniger oder gar nicht mehr negativ. Unsere Interpretation dieses Befundes: Wenn europaskeptische Parteien wenig oder kein weiteres Mobilisierungspotenzial bei den Wählerinnen und Wählern haben, fehlen den Regierungsakteuren die Anreize, einen ebenfalls europaskeptischen Kurs einzuschlagen. Sie können sich stattdessen auf den eher europafreundlichen Teil der Wählerschaft konzentrieren. Dies könnte zum Beispiel erklären, warum sich Emmanuel Macron 2017 auf eine europafreundliche Kampagne verlassen hat und das, obwohl er sich einer vergleichsweise europakritischen öffentlichen Meinung und starker Wählerunterstützung für Marine Le Pen gegenüber sah.

Drittens finden wir aber auch klare Belege für eine strategische rhetorische Verschleierung Europas. Insbesondere die Kombination von kritischer öffentlicher Meinung und hohen Wahlerfolgen europaskeptischer Parteien fällt mit einer deutlich schwerer verständlichen Sprache über die EU zusammen. Offensichtlich sind weder die Europäischen Kommissare noch die nationalen Regierungschefs in dieser Situation willens, sich öffentlich klar zu europäischen Fragen zu positionieren.

In der Summe finden wir also einen Mix der in der Literatur diskutierten Strategien. Die etablierten Entscheidungsträger scheinen die europäische Integration weder immer zu untergraben noch immer zu verteidigen, wenn die öffentliche Politisierung der EU zunimmt. Vielmehr hängen ihre Reaktionen von der spezifischen Kombination aus Europaskeptizismus in der öffentlichen Meinung einerseits und dem Ausmaß der parteipolitischen Mobilisierung dieser Positionen andererseits ab.

Für die Spielräume politischer Zusammenarbeit in Europa bedeuten unsere Befunde zunächst, dass der Einfluss europaskeptischer Parteien auf die Positionierung etablierter Akteure begrenzt ist. Sorge kann allerdings die rhetorische Verschleierung bereiten, die wir beobachten. Diese Strategie mag kurzfristig sinnvoll sein, um akut drängende Entscheidungen auf europäischer Ebene treffen zu können. Langfristig besteht aber das Risiko, dass das Durchdrücken von Entscheidungen ohne klare öffentliche Rechtfertigung dem populistischen Argument in die Hände spielt, die politische Elite sei weit von den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger entfernt.



Christian Rauh ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Global Governance. Er forscht über die gesellschaftliche Politisierung europäischer und internationaler Politik. (Foto: David Ausserhofer)

christian.rauh@wzb.eu

Literatur

Hooghe, Liesbet/Marks, Gary: „A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus“. In: *British Journal of Political Science* 2009, Jg. 39, H. 1, S. 1–23.

Rauh, Christian/Bes, Bart Joachim/Schoonvelde, Martijn: „Undermining, Defusing, or Defending European Integration? Assessing Public Communication of European Executives in Times of EU Politicization“. In: *European Journal of Political Research*, 2019. DOI: 10.1111/1475-6765.12350.

Rauh, Christian/Zürn, Michael: „Zur Politisierung der EU in der Krise“. In: Martin Heidenreich (Hg.) *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS 2014, S. 121–145.

Schimmelfennig, Frank: „European Integration in the Euro Crisis: The Limits of Postfunctionalism“. In: *Journal of European Integration*, 2014, Jg. 36, H. 3, S. 321–337.

Schumacher, Gijs/Schoonvelde, Martijn/Traber, Denise/Dahiya, Tanushree/Vries, Erik de: „EUSpeech: A New Dataset of EU Elite Speeches“. *Proceedings of the International Conference on the Advances in Computational Analysis of Political Text*. 2016. Online: <https://doi.org/10.7910/DVN/GKABNU> (Stand 09.08.2019).

#ArewaMeToo Ausgerechnet im islamisch geprägten Norden Nigerias begehren die Frauen auf

Medinat Abdulazeez Malefakis

Summary: Nigeria's north might seem unlikely soil for #MeToo, the most high-profile women's movement against sexual assault and harassment. Religious and cultural norms make talking about sex strictly taboo; a culture of shaming prevents victims of sexual abuse from speaking out. Yet in February 2019, women in northern Nigeria took to Twitter and unleashed an avalanche of survivors' stories under the hashtag #ArewaMeToo.

Kurz gefasst: Der Norden Nigerias wurde erstaunlicherweise zum Vorreiter für die nigerianische Ausbreitung von #MeToo, der wohl bekanntesten Frauenbewegung gegen sexuelle Gewalt. Nach strengen religiösen und kulturellen Normen gilt in dieser Region Sexualität als Tabu; Frauen, die offen über sexuellen Missbrauch reden, müssen mit Stigmatisierung und Ausgrenzung rechnen. Im Februar 2019 lösten jedoch Überlebende auf Twitter unter dem Hashtag #ArewaMeToo eine Welle von Berichten aus.

#MeToo, die wohl bekannteste Bewegung gegen sexuelle Gewalt und Belästigung, hat sich mittlerweile über den ganzen Globus verbreitet – ausgehend von traditionell liberalen Gesellschaften wie den Vereinigten Staaten hat sie kulturell und religiös konservative Gesellschaften wie Indien oder Pakistan erreicht. Jetzt ist sie sogar im Norden Nigerias angekommen, in einer Region also, bei der eigentlich alle religiösen, kulturellen und gesellschaftlichen Faktoren dagegensprechen, dass hier Frauen eine Frauenrechtsbewegung vorantragen. Ein wichtiger Punkt ist, dass Nord-Nigeria, die bevölkerungsreichste Region des Landes (41 Prozent der 201 Millionen Nigerianer*innen leben dort), zugleich die mit dem niedrigsten formalen Bildungsniveau ist. Der Bundesstaat Yobe im Nordosten zum Beispiel hat eine Alphabetisierungsrate von 7,23 Prozent. Der Unterschied zu Staaten im Süden, Osten und Westen des Landes ist eklatant: Im östlichen Imo liegt die Rate bei 96,4 Prozent, im westlich gelegenen Lagos bei 96,3 Prozent (die Zahlen stammen aus der amtlichen nigerianischen Statistik). Die Fähigkeit zu lesen ist die Voraussetzung für den Umgang mit Mobiltechnologie. Da #MeToo eine Bewegung ist, die sich über die sozialen Medien ausbreitete, war also nicht zu erwarten, dass sie in Nord-Nigeria Fuß fassen würde. Und wenn man auf den in höchstem Maße kosmopolitischen, sehr westlich geprägten Süden und Osten Nigerias blickt, ist es umso erstaunlicher, dass gerade der Norden der Vorreiter in Sachen #MeToo war.

Mehr noch: Bei #MeToo geht es um Sexualität und um den Missbrauch von Sexualität. Im Norden Nigerias gibt es – wie in vielen Gegenden Afrikas – tief verwurzelte Traditionen, die es untersagen, öffentlich über Sexualität zu sprechen. Diese Traditionen wurden mit islamischen Regeln vermischt, was es den Opfern noch schwerer macht, über sexualisierte Gewalt zu sprechen. Sexuelle Erziehung wird als der Versuch verstanden, Kinder zu lehren, „Sex zu machen“. Verhütungsmittel werden als Mittel zur sexuellen Enthemmung diffamiert, und der Gebrauch von Kondomen gilt als „unislamisch“. Der Koran verbietet Geburtenkontrolle aus Angst vor Armut, denn Allah ist es, der für Wohlstand sorgt. Von Frauen wird erwartet, dass sie als Jungfrau in die Ehe gehen. Sex hat im Dunkeln stattzufinden, die Frau hat sich scheu und nachgiebig zu zeigen, denn jede aktive Beteiligung am Akt könnte als Ausdruck eventueller Erfahrungheit gedeutet werden. Die Frau könnte so zur Prostituierten (in der Hausa-Sprache: „karuwa“) oder Nymphomanin („yar iska“) gestempelt werden, und sie könnte geschieden („bawawara“) werden – mit dem damit verbundenen Stigma des Versagens.

Wenn eine Frau vergewaltigt wird, liegt es tief in der Kultur, dem Opfer die Schuld zuzuschieben (dies trifft übrigens nicht nur auf die nigerianische Kultur zu, sondern auf fast alle Gesellschaften der Welt). Sie könnte ja etwas getan haben, was den sexuellen Übergriff ausgelöst hat: sich unziemlich (also ohne Hijab) gekleidet oder sich provokant verhalten, also geflirtet haben. Überdies gilt sie jetzt als „gebraucht“. Die Anonymität ihres Vergewaltigers wird ihr negativ angelastet, denn kein guter Mann würde so etwas tun, also muss er ein Dieb, ein Säufer oder ein Krimineller sein. All dies fällt auf das Vergewaltigungsoffer zurück, das jetzt die Spuren dieser Tat trägt. Männer meiden die Frau von nun an, sie wird „unverheiratbar“. Für ihre Eltern ist sie eine Schande; die Tochter hat sie als der Kindererziehung unfähig überführt. Maßstab ist die Gesellschaft, die zur Moralpolizei wird. Die meisten Vergewaltigungsoffer werden weit weggeschickt, in Dörfer, in denen sie für Familie, Freunde und das unmittelbare Um-

feld nicht mehr sichtbar sind. Manchmal werden sie auch gedrängt oder gezwungen, ihre Vergewaltiger zu heiraten. Die Angst vor dieser Stigmatisierung kann als Grund dafür gelten, dass Überlebende oft nicht über sexuelle Übergriffe berichten. Sexualisierte Gewalt wird von einer Kultur der Scham, der Verheimlichung und des Schweigens umgeben, umso mehr, wenn der Täter ein Verwandter oder Freund ist oder eine gesellschaftlich wichtige Position hat. Auch vor diesem Hintergrund ist es sehr erstaunlich, dass #MeToo im Norden Nigerias eine solche Verbreitung findet.

Der Norden ist auch der einzige Teil des Landes, in dem immer noch „kulle“ praktiziert wird, also die Abschottung von Frauen. Die Sozialwissenschaftlerin und Geschlechterforscherin Renée Pittin, die diese Praxis eingehend studiert hat, erklärt, wie das Leben der Frauen als Bürgerinnen dadurch nachhaltig geprägt wird. Durch „kulle“ wird sichergestellt, dass Frauen in der Öffentlichkeit weder gesehen noch gehört werden. Durch ihre Unsichtbarkeit und durch die räumliche Kontrolle, die über sie ausgeübt wird, werden sie körperlich, sozial und politisch vom Subjekt zum Objekt. In einer Gesellschaft, in der es so einschneidende Einschränkungen für ein Geschlecht gibt, scheint es so gut wie unmöglich, dass Menschen dieses Geschlechts eine Bewegung vorantreiben, die Themen angeht, die nach den Maßstäben dieser Gesellschaft außerhalb der öffentlichen Sphäre liegen. Genau das aber tat #MeToo in Nord-Nigeria.

Im Februar 2019 twitterte die 24-jährige Apothekerin Khadija Adamu aus Kano, sie habe häusliche Gewalt durch ihren Freund, mittlerweile Ex-Freund, erlitten. Unter der Lawine von Kommentaren war auch jener von Fakhriyya Hashim, die andere dazu ermutigte, ihre Geschichten unter dem Hashtag #ArewaMeToo zu teilen („Arewa“ bedeutet auf Hausa „der Norden“). Ab dem 19. Februar 2019 nutzten Opfer, Überlebende und Sympathisant*innen gleichermaßen den Hashtag #ArewaMeToo, um sich zunächst auf Twitter, bald aber auch auf Instagram und Facebook zu äußern. Die Analyse der unter dem Hashtag geposteten Tweets ergab, dass 82 Prozent der Opfer jünger als 15 Jahre alt waren, als der Übergriff stattfand. 68 Prozent der berichteten Übergriffe gingen entweder von Familienmitgliedern aus oder sie fanden zumindest an vermeintlich sicheren Orten wie in der eigenen Wohnung, in öffentlichen oder religiösen Einrichtungen statt. Manche Überlebende fügten die Nutzer-Namen der Männer ein, die sie missbraucht hatten, und zeigten damit einen bis dahin nie gesehenen Mut. Unter den Beschuldigten waren Politiker wie Abubakar Sidiq Aruwa, der Berater eines amtierenden Ministers, der angeblich wegen dieser Anschuldigung entlassen wurde. Er wehrte sich, indem er den Aktivistinnen von #ArewaMeToo Rufmord vorwarf, aber sie legten Beweise seiner Taten vor, die sie von Opfern erhalten hatten. Dieser Fall ist gerichtlich noch nicht abgeschlossen, aber der Vergewaltiger von Khadija, Lawal Abubakar, hat sich inzwischen öffentlich bei ihr entschuldigt und seine Verfehlungen gestanden.

Die Frauen von „Arewa“ wissen genau, dass die Gesellschaft nicht immer freundlich mit Frauen umgeht, die die Stimme erheben. Sie zogen zu dem Ort, an dem Frauen sich gut Gehör verschaffen können: in die sozialen Medien. Die sozialen Medien haben ein demokratisierendes Potenzial, sie sind leicht zugänglich, weil sie nur ein Smartphone und einen Twitter-, Facebook- oder Instagram-Account voraussetzen, und sie gewähren eine gewisse Distanz. All das trug zur Verbreitung von #ArewaMeToo bei. Die Anonymität der Opfer, ihre physische Unerreichbarkeit machte ihnen Mut, auch Details der Übergriffe zu berichten. Als immer mehr Berichte kamen, schuf allein die Kraft der Zahlen ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das viele so nicht erwartet hatten. Die Kulturtheoretikerin Lauren Berlant sprach von einem „kollektiven digitalen Raum“, in dem geteilte Erfahrungen, Definitionen oder Überzeugungen eine Art Verwandtschaft begründen. In nördlichen Bundesländern wie Borno oder Niger gingen Freiwillige in Oberschulen und boten Workshops an, in denen junge Menschen lernten, wie sie über verschiedene Arten von Übergriffen berichten konnten. #ArewaMeToo war über die sozialen Medien hinaus in den Bereich realer Aktionen getreten.

Der erste sichtbare Erfolg von #ArewaMeToo war, dass die Bewegung die Gerontokratie herausforderte. Ein immer wiederkehrendes Moment der Berichte auf Twitter war, dass die Betroffenen nichts sagen können, weil die Täter



Medinat Abdulazeez Malefakis war bis August wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Sie forschte im Rahmen des WZB-ISSC Global Fellowship Program zum Thema „Religion und religiöser Fundamentalismus im Tschadseebecken Westafrikas“, wobei der Schwerpunkt auf dem terroristischen Aufstand der Boko Haram Group lag. (Foto: privat)

medinatmalefakis@gmail.com

„Älteste“ waren – oder jedenfalls älter als die Opfer. Viele berichteten, dass ihre Eltern, wenn sie sich ihnen anvertrauten, ihnen aus Furcht vor negativen Reaktionen und aus Scham rieten, nichts an die Öffentlichkeit zu bringen. Indem sie die sozialen Medien nutzten, wo ein Tweet an viele Menschen zugleich geht, hebelten die Betroffenen also die gerontokratischen Mechanismen der nord-nigerianischen Kultur aus. Sie überwandern gesellschaftliche Barrieren und fanden Gehör. Die Autorität, die die Ältesten so lange Zeit innehatten, weil sie über Informationen wachten und bestimmten, was ein öffentliches Thema wurde, war gebrochen.

Die Aktivist*innen von #ArewaMeToo glauben, dass das Benennen und Anprangern der Täter ein Mittel für Gerechtigkeit und zur Selbsthilfe ist, und außerdem eine Warnung an potenzielle Täter. Gleichzeitig wurden jetzt Angelegenheiten öffentlich, die vorher strikt privat waren. In Nord-Nigeria galt dies zugleich als „haram“, also nach islamischem Recht als unrein, und als anti-sozial. Der Ausbruch aus dem Schema von öffentlich und privat wurde in vielen Reaktionen auf #ArewaMeToo in den sozialen Medien lautstark kommentiert:

@Ishaqibraz1: „Die sogenannte #ArewaMetoo-Bewegung geht gegen unsere Religion und Kultur. Dir passiert etwas Schlimmes, Du bist ein unschuldiges Opfer, und niemand weiß etwas davon – dann ist das doch etwas zwischen Dir und Deinem Schöpfer. Anstatt einfach still zu sein, gehst du aber auf diese Plattform und stellst dich bloß.“

Den Opfern wurde auch vorgeworfen, sie hätten die Übergriffe provoziert, indem sie sich islamischen Geboten widersetzt hätten:

@_saz_k: „Wenn wir sagen: Bedecke deinen Körper, bedecke dein Haar, poste keine schlimmen Bilder, halte dich in sozialen Medien wie auch im wirklichen Leben zurück, nein, dann willst du nicht hören. Du stellst dich zur Schau, du bist für Feminismus. Du gehorchst Allah nicht, und dann rufst du um Hilfe? Folge den Gesetzen Allahs, und Allah wird dich schützen. Du kannst dich nicht für Allahs Gebote taub stellen, aber in Frieden leben wollen #ArewaMeToo“

Es ist offensichtlich, dass die jahrzehntealten Werte von Keuschheit, Tugend und Würde dazu geführt haben, dass Frauen in Nigeria mit höheren moralischen Maßstäben gemessen werden als die Männer. Religion hat die patriarchalen Normen zementiert und diese Codes vor allem im Norden fest verankert. Allerdings wird es mit #ArewaMeToo unübersehbar, dass es eine große Angst vor den Stimmen der Frauen gibt. Die Gerontokratie, das Patriarchat und die Religion fürchten, dass sie ihre angestammte Kontrolle über das soziale Gefüge verlieren. Nord-Nigeria, das sich in seinem Konservatismus so gut eingerichtet hat, fürchtet ungekannte Veränderungen. Deshalb bekommen Vergewaltigungsopfer in den meisten Fällen kein Recht, weder von denen, die das Recht umsetzen (meist Männer), noch von der breiten Öffentlichkeit, die von religiösen Normen geprägt ist. Diese Angst ist der Grund dafür, dass Fakhiriyya Hashim, deren Tweet die Bewegung ausgelöst hat, angegriffen wurde und dass die Schriftstellerin Maryam Awaisu festgenommen wurde. Diese Angst ist der Grund dafür, dass die Frauen in Nord-Nigeria, die die Beschränkungen, die ihrem Geschlecht auferlegt waren, durchbrochen haben, als „Feministinnen“ beschimpft wurden. Sie hätten „anmaßende“ westliche Ideen in die Köpfe der einheimischen Frauen gesetzt. Diese Frauen, also zum Beispiel die Menschenrechtsaktivistin Aisha Yesufu, die Nollywood-Schauspielerin Rahama Sadau und die Sexualtherapeutin Hauwa Saidu, werden aber trotz allem auch in Zukunft verschiedene Medien nutzen, um Nord-Nigeria mit diesen Ängsten zu konfrontieren – ganz gleich, ob die Region dafür bereit ist oder noch nicht.

Literatur

Berlant, Lauren: *The Female Complaint*. Durham: Duke University Press Books 2008.

Pittin, Renée Ilene: *Women and Work in Northern Nigeria. Transcending Boundaries*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2002.

Nachgefragt bei Mark Graham: Wann ist Plattformarbeit fair?

Sie haben die Fairwork Foundation gegründet. Was ist deren Ziel?

Weltweit finden mehrere Millionen Menschen Arbeit über Apps, Websites und andere digitale Plattformen. Ihre Arbeitsbedingungen wollen wir beobachten und verbessern. **Was heißt das konkret?** Zunächst möchten wir Prinzipien für faire Arbeit entwickeln. Dafür haben wir bereits in Indien, Südafrika und Deutschland Workshops mit Menschen veranstaltet, die diese Arbeit anbieten oder ausführen. Entlang dieser Prinzipien wollen wir die Plattformen bewerten: Jede Plattform bekommt eine Punktzahl von 0 bis 10. Anhand dieser Note bringen wir Plattformen hoffentlich dazu, sich zu verbessern. Gleichzeitig geben wir den Arbeiter*innen und auch den Verbraucher*innen Informationen an die Hand, damit sie ihr eigenes Handeln reflektieren können. **Was macht faire Arbeit in der Plattformökonomie aus?** Faire Arbeit messen wir an fünf Prinzipien: faire Vergütung, faire Bedingungen, faire Verträge, faires Management und faire Vertretung. **Wie messen Sie die Arbeitsbedingungen in den Unternehmen?** Wir nutzen drei Quellen. Wir schauen uns Webseiten, Apps, Verträge und Medienberichte an und geben jeder Plattform eine vorläufige Note. Nach dieser Schreibtischforschung führen wir Gespräche mit Plattformarbeiter*innen, um zu erfahren, wie sie ihre Arbeit wahrnehmen. Und wir reden mit Plattformmanagern. **Wie viele Unternehmen haben Sie bereits gerankt?** Wir haben bislang zwölf Plattformen in Indien und zehn in Südafrika bewertet und wollen neue Plattformen hinzufügen. **Wann gibt es die erste Rangliste für Deutschland?** Zurzeit forschen wir, um die erste Gruppe von Plattformen in Deutschland zu bewerten, darunter Uber, Lieferando und Helpling. Die endgültigen Noten gibt es spätestens Anfang 2020.

Mark Graham ist Professor für Internet Geography am Oxford Internet Institute und zur Zeit Gastforscher am WZB. 2018 gründete er die Fairwork Foundation.
(Foto: privat)

<https://fair.work> und www.markgraham.space

Die Fragen stellte Claudia Roth.



Schutzschild für die Demokratie Um die richtige Finanzpolitik muss gestritten werden

Frederik Beck

Summary: Does capitalism compromise democracy? The dominance of market-friendly ideas can give rise to political practices that harm the legitimacy of the democratic process. The presence of alternative political narratives, on the other hand, fosters a democratic competition between different political principles and can help to protect the integrity of democratic decision-making. Those interested in the political project of a democratically tamed capitalism, should thus promote the exercise of democratic conflict in economic policy matters.

Kurz gefasst: Gefährdet der Kapitalismus die Demokratie? Die Dominanz finanzmarktfreundlicher Narrative kann dazu beitragen, dass in ihrem Schatten demokratische Prozesse leiden. Umgekehrt können konkurrierende Narrative, also ein demokratischer Streit um die richtigen politischen Ziele, wie ein Schutzschild für demokratische Legitimität wirken. Wer an dem politischen Projekt der demokratischen Kontrolle des Kapitalismus arbeiten möchte, sollte sich deshalb auch um einen Wettbewerb der Ideen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik bemühen.

Die Pleite der Herstatt-Bank im Sommer 1974 schockte die bis dahin von Wachstum und Stabilität verwöhnte Bundesrepublik. Das weitverzweigte Institut hatte sich mit Devisenspekulation und Wetten auf Kursentwicklungen gewaltig verheben. Die Händler um Danny Dattel, intern nur „Goldjungs“ genannt, bescherten der Bank enorme Verluste, die sie anschließend in der Bilanz kaschierten. Für die politisch Verantwortlichen war klar, dass die Bank pleitegehen musste. Der damalige Finanzstaatssekretär Karl Otto Pöhl: „Es ist völlig undenkbar, dass wir bei so miesen Geschäften über Steuermittel die Verluste sozialisieren.“ 34 Jahre später, am 15. September 2008, meldet die US-amerikanische Investmentbank Lehman Brothers Insolvenz an. Die Schockwellen gehen um die Welt, bald erreichen sie auch Deutschland. Die deutsche Hypo Real Estate (HRE) ist überschuldet, eine Insolvenz scheint unabwendbar. In einer historischen Nachtsitzung einigen sich die Bundesregierung, die Topmanager des deutschen Finanzsystems, die Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf eine staatlich abgesicherte Bürgschaft in Höhe von zunächst 35 Milliarden Euro, die später noch aufgestockt werden wird. In Berlin wird befürchtet: Scheitert die HRE, droht das gesamte deutsche Bankensystem zusammenzubrechen. Die Bankenpleiten von 1974 und 2008 – zwei unverbundene Ereignisse? Wohl kaum. Eine verbreitete Lesart erkennt in ihnen zwei Kapitel ein und derselben Geschichte: Mit der Finanzialisierung der Weltwirtschaft während der vergangenen Dekaden, also der Bedeutungsexplosion von Finanzmärkten und den mit ihnen verbundenen Akteuren, und der Finanzkrise als ihrem Höhepunkt scheint der Kapitalismus endgültig über die Demokratie zu triumphieren.

Wie es hierzu kommen konnte, ist für den deutschen Fall bislang wenig erforscht. Gab es bereits in der Entstehungsgeschichte dieser Konstellation Situationen, die aus heutiger Sicht als eine Gefahr für die Demokratie gelten müssen? Die nachfolgende Analyse zeigt, dass die Dominanz bestimmter finanzpolitischer Narrative dazu beitragen kann, dass in ihrem Schatten demokratische Prozesse leiden. Umgekehrt können konkurrierende Narrative und ein Wettbewerb der Ideen wie ein Schutzschild für demokratische Legitimität wirken. Die demokratische Legitimität einer Entscheidung gilt nachfolgend dann als beeinträchtigt, wenn bestimmte Interessen vor oder während des Entscheidungsprozesses systematisch bevorzugt werden und die Gesetzgebung entscheidend bestimmen – oder Gruppen außerhalb von zuvor definierten Prozessen Einfluss nehmen können. Dieses Argument wird nachfolgend anhand von zwei Fallstudien zu finanzmarktpolitischen Gesetzgebungsprozessen der Bundesrepublik entwickelt, die auf systematischen Auswertungen der medialen Berichterstattung sowie Analysen der jeweiligen Parlamentsdebatten basieren und einen Teil meines Dissertationsprojekts bilden.

Als die rot-grüne Bundesregierung im Herbst des Jahres 2002 knapp wiedergewählt wird, herrscht wirtschaftspolitisch Katerstimmung. Die Dotcom-Blase ist geplatzt, der Hype um die New Economy ist vorbei, die alten Probleme sind wieder da. Im Winter moniert der Sachverständigenrat, die Bundesrepublik leide unter einer ausgeprägten Wachstumsschwäche und einer viel zu hohen Arbeitslosigkeit. Die Regierung legt bald eine Reihe von Maßnahmen vor, unter anderem das Kleinunternehmerförderungsgesetz im Sommer sowie das Investmentmodernisierungsgesetz im Dezember des Jahres 2003. Das Kleinunternehmerförderungsgesetz soll dazu beitragen, dass Banken ihre Bilanzen durch Vertrie-

fungen aufbessern können und wieder mehr Kredite vergeben. In Deutschland soll ein sogenannter echter Verbriefungsmarkt entstehen. Bereits im April 2003 hatte sich zu diesem Zweck die True-Sale-Initiative (TSI) zusammengefunden, getragen von Banken, Sparkassen und einigen Landesbanken. Auch das Bundesfinanzministerium sowie die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sind an der Initiative beteiligt. Als das Gesetz im Sommer 2003 beschlossen ist, gibt sich die Finanzbranche sehr zufrieden. Die *Financial Times Deutschland* beispielsweise zitiert einen Steueranwalt mit der Einschätzung, die Verwaltung sei im Interesse des Finanzplatzes an die „Grenzen des Machbaren gegangen“.

Mit Blick auf demokratische Legitimität wirft dieser Vorgang Fragen auf. Der Staat ist über das Bundesfinanzministerium sowie über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) direkt an einer Lobbyinitiative beteiligt, die explizit zum Ziel hat, die Interessen der Finanzbranche durchzusetzen. Einige Beobachter haben deshalb argumentiert, dass der Staat „Lobbyarbeit gegen sich selbst“ betreibt und „mit der Finanzlobby“ verschmelze. Auch wenn man sich diesem harten Urteil nicht anschließen möchte, bleibt die Frage nach den Gründen, warum sich staatliche Stellen die Interessen eines bestimmten Sektors zu eigen machen. Zwar verweist die KfW allgemein darauf, dass Kreditverbriefungen per se Vorteile bringen würden. Es mangelt aber an Rechtfertigungen, warum der Staat glaubt, den Finanzsektor auf diese Art und Weise unterstützen zu müssen, zumal sich viele der Banken durch Geschäfte am neuen Markt selbst in ihre schwierige Lage gebracht haben. Folgt man der marktwirtschaftlichen Grundannahme, dass Risiko und Haftung zusammengehören, ist in dieser von den Banken selbstverschuldeten Situation die staatliche Unterstützung besonders rechtfertigungsbedürftig.

Das im Dezember 2003 verabschiedete Investmentmodernisierungsgesetz soll die Wirtschaft beleben. Unter anderem werden Hedgefonds unter Auflagen zugelassen und einige Steuerfragen für Investmentfonds neu geregelt. Auch mit diesen Ergebnissen ist die Finanzbranche sehr zufrieden. Ein Verbandschef lässt sich beispielsweise mit der Aussage zitieren, dass es in Europa „keine liberalere Regelung“ als die deutsche gebe. Mit Blick auf die demokratische Legitimität lohnt eine genaue Analyse der Genese des Gesetzes. Ein Jurist der Deutschen Börse AG sowie eine Juristin des Bundesverbands Investment und Asset Management (BVI), dem Lobbyverband der Fondsgesellschaften, haben während der Entstehungsphase des Gesetzes als sogenannte externe Mitarbeiter im Bundesfinanzministerium gearbeitet, während sie weiterhin von ihren privatwirtschaftlichen Arbeitgebern bezahlt wurden. Auf Nachfrage kann das Bundesfinanzministerium in dieser Praxis keine Interessenskonflikte erkennen und verweist darauf, dass man Sachverstand von außen eingeholt habe. Sonst sei es wegen hoher Gehaltsunterschiede schwierig, Experten und Expertinnen für den öffentlichen Sektor zu gewinnen. Dass die betreffenden Expert*innen auf Maßnahmen Einfluss genommen haben könnten, die eben die Unternehmen betreffen, die in den sie bezahlenden Verbänden organisiert sind, wird vom Ministerium ausgeschlossen.

Warum entstehen zu jener Zeit relativ finanzmarktfreundliche Regelungen und wie kommt es zu den beschriebenen, normativ bedenklichen Entwicklungen? Entscheidend hierfür, so die nachfolgend vertretene These, ist ein von den maßgeblichen Akteur*innen in Politik, Finanzbranche und Fachöffentlichkeit geteiltes Verständnis über die gemeinsamen Ziele von Politik und Finanzmärkten. Sie sind überzeugt, dass die Förderung der deutschen Finanzmärkte, angetrieben durch den internationalen Wettbewerb um Investitionen und Kapital, Arbeitsplätze schafft, Wachstum fördert und so dem Gemeinwohl dient. Dieses Narrativ, das bereits während der ersten drei Finanzmarktförderungsgesetze in den 1990er-Jahren reift, lässt sich auf eine simple Formel bringen: Was gut für die deutschen Finanzmärkte ist, ist auch gut für Deutschland. Diesem Glaubensbekenntnis folgend, das in jenen Jahren hegemonial wird, erscheinen die analysierten Prozesse nicht problematisch, sondern folgerichtig. Es ist dann nur konsequent, dass der Staat eng mit privaten Großbanken und Interessensverbänden zusammenarbeitet, um so in beiderseitigem Interesse aus einer wahrgenommenen Kreditklemme herauszufinden. Und genauso gilt, dass, wenn Regierung und Finanzmärkte dieselben Ziele verfolgen, Interessensvertreter*innen aus Lobby-



Frederik Beck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und promoviert über das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie in Deutschland. Im vergangenen Jahr war er Visiting Fellow am Department of Government der Harvard University. (Foto: David Ausserhofer)

frederik.beck@wzb.eu

verbänden in Ministerien schlicht als Experten gelten, deren Sachverstand der gemeinsamen Sache dient. Dieses unhinterfragte Narrativ ermöglicht, dass bestimmte, aus demokratischer Sicht bedenkliche Praktiken nicht oder nur unzureichend als solche erkannt und kritisiert werden. Sein Erfolg ist auch darauf zurückzuführen, dass das Politikfeld Finanzmarktpolitik bis in die frühen 2000er-Jahre als technisch und unpolitisch galt und fast ausschließlich in überschaubaren Fachzirkeln debattiert wurde. Unter den Bedingungen dieser „quiet politics“ (Pepper D. Culpepper) haben Spezialinteressen bessere Aussichten auf politische Erfolge. Und es besteht die Gefahr, dass die demokratische Legitimität politischer Prozesse leidet.

Was sagen diese Ergebnisse über das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus? Es gibt keine Entwarnung für die Gefahren, die von ressourcenstarken Interessengruppen für demokratische Prozesse ausgehen. Die Möglichkeiten direkter Einflussnahme haben durch die stärkere Konzentration ökonomischer Macht der vergangenen Jahrzehnte eher zugenommen. Natürlich gibt es keine Automatismen, und ein plausibler Verdacht ist noch kein Nachweis. Was es braucht, ist politökonomische Forschung, die Fehlentwicklungen offenlegt und auf mögliche demokratiegefährdende Risiken hinweist.

Lässt sich darüber hinaus die für repräsentative Demokratien potenziell gefährliche Verwandlung ökonomischer in politische Macht völlig ausschließen? Wohl kaum. Aber es gibt Ansatzpunkte. Mit Blick auf die Demokratie wird entscheidend sein, ob – und wenn ja: wie – sich die Kräfte der Selbstverteidigung repräsentativer Regime stärken lassen. Die Forderung, politische Prozesse transparenter zu gestalten und offenzulegen, wer wie Einfluss nimmt, ist berechtigt. Aber das allein wird nicht ausreichen. Es braucht ein besseres Verständnis möglicher Fehlentwicklungen der Vergangenheit. Der Ökonom Martin Hellwig hat darauf aufmerksam gemacht, dass eine Analyse der Finanzkrise in Deutschland durch eine unabhängige Kommission noch aussteht. Diese Aufarbeitung sollte um eine demokratiepolitische Komponente ergänzt werden. Mit Blick auf die jüngsten Metamorphosen des Kapitalismus lässt sich sagen: Trotz der wachsenden ökonomischen Ungleichheiten sind die Grenzen der Akkumulation von Kapital und ökonomischer Macht – so ist jedenfalls zu hoffen – politisch gestaltbar. Es ist eine Frage des politischen Willens und gesellschaftlicher Koalitionen, diese Grenzen neu zu definieren. Zugleich ist es über zehn Jahre nach der Finanzkrise immer noch nicht gelungen, die Rolle des Finanzsektors in Demokratien neu zu bestimmen. Dass die Versuche der Regulierung bisher so kleinteilig ausfallen, stimmt pessimistisch. Deswegen das politische Projekt der demokratischen Kontrolle des Kapitalismus aufzugeben, wäre allerdings der falsche Schluss.

Literatur

Egidy, Stefanie: Finanzkrise und Verfassung. Demokratisches Krisenmanagement in Deutschland und den USA. Heidelberg: Mohr Siebeck 2019.

Krippner, Greta: Capitalizing on Crisis: The Political Origins of the Rise of Finance. Cambridge, Ma: Harvard University Press 2011.

Streeck, Wolfgang: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2013.

Dieser Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Buchkapitels: Beck, Frederik: „Zum Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus. Dominante Ideen, Politisierung und demokratische Legitimität in der deutschen Finanzmarktpolitik“. In: Thomas Hartmann/Jochen Dahm/Frank Decker (Hg.): Die Zukunft der Demokratie. Erkämpft. Verteidigt. Gefährdet? Berlin: Dietz Verlag 2019.

Politisch relevantes Wissen durch Big Data

Lena Ulbricht

„Scraping the Demos‘: Political Epistemologies of Big Data“ am 8. und 9. Juli 2019 am WZB, Internationale Tagung der Forschungsgruppe Quantifizierung und gesellschaftliche Regulierung (Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft), zusammen mit der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung (WZB) und dem Arbeitskreis Politik und Digitalisierung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)

Politische Epistemologien sind Regelsysteme, nach denen Gesellschaften politisch relevantes Wissen konstruieren, bewerten und rechtfertigen. Politische Eliten sehen digitale Technologien als Quelle für neue und bessere Instrumente, um sich über die Bevölkerung zu informieren, politische Responsivität zu erhöhen und die Wirksamkeit von Politiken zu verbessern. Ziel der Konferenz war es, die politischen Implikationen dieser epistemischen Praktiken zu untersuchen. Wissenschaftler*innen verschiedener Disziplinen widmeten sich ihnen im Zusammenhang mit Big Data und verwandten Phänomenen wie Algorithmen, maschinellem Lernen und künstlicher Intelligenz in politischen Kontexten.

In seiner Keynote machte Daniel Kreiss (University of North Carolina) deutlich, dass technologieintensive Wahlkämpfe in den USA fester Teil des politischen Repertoires geworden sind. Sie binden umfangreiche Ressourcen, leben von einer florierenden Industrie der Datenanalyse und räumen Technologie-Expert*innen große Deutungsmacht ein. Die politischen Kandidaten und Kandidatinnen selbst verlieren gegenüber den immer komplexer werdenden Analysen an Kontrolle und Autonomie.

Simon Kruschinski (Universität Mainz) kontrastierte die Diagnose aus den USA mit seinen Erkenntnissen über technologieintensiven Wahlkampf in Deutschland: Zwar bedienen die Parteien sich zunehmend digitaler Spurendaten, intransparenter Scores, Facebook-Werbung und Apps. Doch ist der Blick der Parteien auf ihre Wähler*innen nach wie vor durch traditionelle soziodemografische Kategorien geprägt. Wie Sven Regel (WZB) betonte, konzentrieren

sich programmatische Entscheidungen in Deutschland dabei weniger auf Wahlkämpfe, sondern finden auch in den Zeiten zwischen Wahlen statt.

Big Data wird jedoch nicht nur zur Produktion von wahlkampfrelevantem Wissen eingesetzt, sondern auch zur Politikgestaltung und in der Verwaltung, etwa durch die globale Messung der Gesundheit von Bevölkerungen, als Ergänzung der nationalen Statistik und um in Städten in China und den USA politische Entscheidungen zu treffen. Big Data als Form der Wissensproduktion zu verstehen, ermöglichte auch ein Beitrag zur Sozial- und zur politischen Theorie: Sebastian Berg (WZB) thematisierte die Spannung zwischen der empirisch untersuchten Bevölkerung und dem Demos, der sich in politischen Akten konstituiert. Der Erfolg Big-Data-fundierter Sozialwissenschaft befeuert dabei inferenzbasierte Gesellschaftskonzepte und einen erneuerten und naturwissenschaftlich inspirierten Planungs- und Steuerungsoptimismus, wie Florian Eyert (WZB) erklärte.

In der Diskussion mit Praktikern und Praktikerrinnen aus Politik, Stiftungen und Unternehmen wurde deutlich, dass Big Data als Ressource für politikrelevantes Wissen in Deutschland noch nicht an der Tagesordnung ist. Eine Ausnahme stellt die Sicherheitspolitik dar. Doch anders als in den USA nutzen deutsche Parteien, Stiftungen und kleine Unternehmen Big Data begrenzt. Das liegt auch an einer vorsichtigen Haltung gegenüber datengetriebener Entscheidungsfindung. Zahlreiche Initiativen kontrollieren zudem durch Datenschutz und Wettbewerbskontrolle die Macht großer Technologiekonzerne und staatlicher Behörden über Bürgerinnen. Ein weiterer Ansatz besteht darin, Daten zu „demokratisieren“ und sie der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, etwa durch Open-Data-Initiativen.

Die Konferenz hat gezeigt, dass die politische Bedeutung von Big Data international zunimmt, selbst wenn Parteien und Verwaltung in Deutschland die neueren technologischen Entwicklungen mit Vorsicht aufnehmen. Dass Künstliche Intelligenz als Autonomieverlust erlebt werden kann, machte Alexander Peterhansel (UdK Berlin) mit einem Kunstprojekt deutlich. Seine „Smile to Vote“-Wahlkabine zeigt, wie Maschinen Bürger*innen auf der Grundlage von Gesichtserkennung Wahlentscheidungen abnehmen könnten.

Digitalisierung mit Höhen und Tiefen

Claudia Czingon

IX. Fachtagung zur Lage der sozial- und geisteswissenschaftlichen Zeitschriften am 25. Juni 2019 in Hamburg, organisiert von Claudia Czingon (WZB) in Zusammenarbeit mit Kristin Biesenbender (ZBW-Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft)

Die Digitalisierung des wissenschaftlichen Publikationssystems hat nicht nur die wünschenswerte Folge, dass wissenschaftliche Erkenntnisse zunehmend frei im Netz verfügbar sind, sondern führt auch dazu, dass sich betrügerische editorische Geschäftspraktiken besser ausbreiten können. Raubverlage nutzen Mathis Fräßdorf (WZB) zufolge den Publikationsdruck im Wissenschaftssystem, um auf unlautere Weise Geld zu verdienen. Diese Journale unterliegen keiner Qualitätskontrolle und gefährden die Reputation der Wissenschaftler*innen. Fräßdorf empfiehlt, vor jeder Veröffentlichung die entsprechende Zeitschrift genau zu prüfen (siehe hierzu auch <https://thinkchecksubmit.org/>).

Martina Franzen (Kulturwissenschaftliches Institut Essen) vertrat die These, dass es sich bei der Debatte um „Fake Science“ um eine Scheindebatte handele. Schon die Begriffswahl sei problematisch, weil die Wissenschaft als solche unter Generalverdacht gestellt werde. Außerdem liege ihr die irreführende Annahme zugrunde, dass durch Peer Review epistemisch robustes Wissen entstehe und Pseudo-Wissenschaft nur über Fake Journale öffentlich verbreitet werde. Handreichungen für Wissenschaftler*innen hält sie im Unterschied zu Fräßdorf nicht für ausreichend, um sich vor Raubverlagen zu schützen. Das Problem sei vielmehr, dass ein großer Output mit Erkenntnisgewinn gleichgesetzt werde.

Der Industrie an Journal-basierten Rankings widmete sich Klaus Wohlrabe (ifo-Institut) in seinem Vortrag. Für problematisch hält er diese Rankings nicht nur aufgrund der schiefen Zitierungsverteilung, sondern auch, weil sie je nach verwendeter Datenbank zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können. Zudem seien Fachbereiche schwer miteinander vergleichbar, weil sich das Zitierverhalten, die Publikationshäufigkeit und die Anzahl der Forscher*innen zum Teil stark unterscheiden.

Von Wissenschaftler*innen wird heute nicht nur gefordert, möglichst viel in angesehenen Zeitschriften zu publizieren, sondern auch, dass diese Publikationen für alle frei zugänglich sind. Open-Access-Publizieren ist dabei in ein nationales wie supranationales System von öffentlichen Förderstrukturen eingebettet, etwa die Förderung durch Fachgesellschaften (zum Beispiel den Publikationsfonds der Deutschen Forschungsgemeinschaft), den Open-Access-Selbstverlag, zum Beispiel durch Universitätsbibliotheken, sowie konsortiale Modelle, bei denen sich Bibliotheken und andere Einrichtungen zur Finanzierung von Publikationen zusammenschließen. Als Beispiel für Letztere befasste sich Lena Dreher (Universität Konstanz) eingehender mit der Open Library of Humanities (OLH), einem gemeinnützigen internationalen Bibliothekenkonsortium mit ca. 250 Mitgliedern. Sven Fund (Hatje Cantz) stellte das Konsortium Knowledge Unlatched vor, das Zeitschriften bei der Transformation („Flips“) von Subskriptions- zu OA-Journalen unterstützt und dafür finanzielle Mittel insbesondere von Bibliotheken einwirbt.

Sindy Wegner (ZBW) ging in ihrem Vortrag nicht nur den Fragen nach Entstehung und Grenzen des Urheberschutzes nach, sondern warf auch einen Blick auf die für das Online-Publizieren relevanten Creative Commons (CC), Lizenzverträge, mit denen Autor*innen der Öffentlichkeit Nutzungsrechte an ihren Werken einräumen können. Um den Urhebern ein Mindestmaß an Rechten und den Nutzer*innen die größtmöglichen Freiräume zu gewährleisten, eigne sich am besten die „CC BY“-Lizenz, die auch von der DFG empfohlen werde.

Zum Abschluss präsentierte Tamilla Ziyatdinova (Universität Groningen) die Ergebnisse einer Studie, die auf Basis von Experteninterviews, Literatur- und Internetrecherchen sowie einer standardisierten Umfrage erstmalig einen Einblick in das heterogene Feld europäischer Kulturzeitschriften gibt – eines Medienformats im Grenzbereich zwischen akademischen und journalistischen Publikationen. Viele der (insgesamt ca. 4.000) Zeitschriften seien in der Nachkriegszeit gegründet worden und auf das leidenschaftliche Engagement ihrer Mitarbeiter*innen angewiesen: Circa 30 Prozent der geleisteten redaktionellen Arbeit sei unbezahlt. Die Ergebnisse finden sich auch auf der Website von Eurozine, dem Netzwerk für europäische Kulturzeitschriften (<https://www.eurozine.com/ecjs/>).

Veranstaltungen

5. November 2019

A Day to Celebrate the Social Sciences WZB Distinguished Lecture Anniversary Symposium und Preisverleihung: A.SK Social Science Award

Weltweit führende Köpfe bringt das WZB während der Berlin Science Week zusammen. Am 5. November 2019 feiert das WZB ein Festival des Geistes, von 11 Uhr morgens bis in die Nacht. Zum Auftakt des Symposiums wird der mit 200.000 US-Dollar dotierte A.SK Social Science Award 2019 verliehen. Preisträger ist der Harvard-Ökonom Raj Chetty, der die Aufstiegschancen benachteiligter Gruppen in den USA analysiert und Instrumente für eine bessere politische Steuerung entwickelt. Die Laudatio wird die ehemalige Chefredakteurin des Westdeutschen Rundfunks, Sonia Mikich, halten. Um 14, 16 und 18 Uhr schließen sich drei Distinguished Lectures an. Die Harvard-Politologin Jennifer L. Hochschild skizziert die Rolle von Ethnizität und Klasse in der amerikanischen Politik; Ökonom Charles F. Manski von der Northwestern University spricht über Unsicherheit in der Politikanalyse; aus der Perspektive der vergleichenden Politischen Ökonomie untersucht Margaret Levi (Stanford University) das Ringen der Regierungen um das Vertrauen ihrer Bürger*innen. **Veranstalter:** WZB; **Informationen bei:** Dr. Katrin Schwenk, E-Mail: katrin.schwenk@wzb.eu, und Dr. Harald Wilkoszewski, E-Mail: harald.wilkoszewski@wzb.eu

11. und 12. November 2019

Making Europe Resilient to Authoritarian and Illiberal Challenges: From Knowledge to Action Berlin Democracy Conference

Was bewegt Europäer und Europäerinnen dazu, illiberale, populistische oder autoritäre Parteien zu wählen? Wie erodieren demokratische Institutionen, und was fördert ihre Widerstandskraft gegenüber illiberalen und autoritären Herausforderungen? Zur Diskussion dieser Fragen veranstaltet das WZB gemeinsam mit dem Varieties of Democracy Institute (V-Dem), der Universität Göteborg und der Open Society Initiative for Europe (OSIFE) eine Konferenz, an der Expert*innen aus Forschung und Praxis teilnehmen, die sonst selten zusammenkommen: führende Sozialwissenschaftler aus Wissenschaft und Forschung sowie einflussreiche Vertreterinnen zivilgesellschaftlicher Organisationen und staatlicher Einrichtungen. **Veranstalter und weitere Informationen:** Professor Bernhard Weßels (WZB), E-Mail: bernhard.wessels@wzb.eu

28. und 29. November 2019

Zivilgesellschaft und Europa Kongress

Nach der Europawahl 2019 zielt der Kongress darauf, den Dialog zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu vertiefen. Am ersten Tag werden die Europawahl und die Reformfähigkeit der Europäischen Union im Kontext zunehmender Konflikte und Politisierung analysiert. Dabei wird der Blick auf die Wahlergebnisse sowie die Kampagnen von Parteien und Zivilgesellschaft gerichtet. Am zweiten Tag werden die Praktiker und Praktikerinnen aus der Zivilgesellschaft gemeinsam über mögliche Strategien zur Umsetzung einer progressiven zivilgesellschaftlichen Agenda in einem stärker von Konflikt und Divergenz geprägten Europa diskutieren. **Veranstalter:** Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung, Professor Edgar Grande (WZB); **Informationen bei** Patricia Löffler, E-Mail: patricia.loeffler@wzb.eu



Lord Ralf Dahrendorf [Foto: David Ausserhofer]

4. und 5. Dezember 2019

Dahrendorf-Symposium

Anlässlich des 10. Todestages von Lord Ralf Dahrendorf wird das WZB sein Vermächtnis ehren, aber auch kritisch entlang der Problemlagen unserer Zeit prüfen. Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik fragen nach dem Stellenwert des Werks von Ralf Dahrendorf für die Sozialwissenschaften heute. Das Verhältnis der liberalen Demokratie zum Nationalstaat und zur europäischen Integration ist ebenso Thema wie die aktuellen Entwicklungen in Osteuropa, Spaltungstendenzen und der Bindungsverlust in der Bürgergesellschaft heute. Weitere Gespräche greifen die bildungssoziologische Debatte um Bildung als Bürgerrecht auf. Organisiert von Institutionen, an denen Ralf Dahrendorf gewirkt hat, bietet das Symposium einen Ort der Begegnung und der Verhandlung gesellschaftlicher Herausforderungen. **Veranstalter:** Professor Wolfgang Merkel, Dr. Sascha Kneip (beide WZB); **Informationen bei** Gudrun Mouna, E-Mail: gudrun.mouna@wzb.eu

Das Glück am Ende der Straße Der Ökonom Raj Chetty erhält den A.SK Social Science Award 2019

Gabriele Kammerer

Die Enttäuschung war so groß, wie es zuvor die Hoffnung gewesen war. Das US-Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung hatte der räumlichen Ballung von Armut den Kampf angesagt. Tausende von benachteiligten Familien wurden mit Gutscheinen zum Umzug in Gegenden mit besserer Sozialstruktur angeregt. „Moving to Opportunities“ war ein innovatives Experiment der 1990er-Jahre mit Fällen aus dem echten Leben. Die Auswertung allerdings war ernüchternd: Nennenswerte Verbesserungen im Einkommen und den Lebensverhältnissen der Familien konnten nicht nachgewiesen werden.

Doch dann kam Raj Chetty. Der Ökonom aus Harvard war noch keine 30, als er 2009 eine unbefristete Professur in Harvard bekam. In den folgenden Jahren wurde er über sein Fach hinaus bekannt, weil es ihm gelang, einen bis dahin ungehobenen Schatz für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu bergen: Er nutzte Millionen von Datensätzen zu Steuern, Einkommen und Personenstand, die ihm zunächst Behörden in Österreich und Dänemark, später auch in den USA anonymisiert zugänglich machten. In detaillierten Einzelstudien zeigten Chetty und seine Mitstreiter*innen nun, wie Einkommensunterschiede zwischen Schwarzen und Weißen über Generationen Bestand haben. Und dass der Umzug in eine weniger arme, vielleicht gar nicht weit entfernte Gegend Menschen doch aus der Armut führen kann. Das war nur auf den ersten Blick ein Widerspruch zum 20 Jahre alten Experiment. Denn Chetty verfolgte die Entwicklung der Familien, die damals umgezogen waren, über eine längere Zeit. Und er sah: Die Kinder von damals verdienen jetzt, als Erwachsene, im Schnitt ein Drittel mehr als solche, die in schwierigen Vierteln wohnen geblieben waren. Man musste also nur lange genug warten, um die Früchte der Intervention zu ernten. Wo Kolleg*innen in den Wirtschaftswissenschaften auf Experimente als empirische Basis zurückgreifen, nutzt Raj Chetty Listen und Zahlen, riesige Mengen von Daten. Big Data ersetzt ihm das Labor – oder die Lotterie. Aus umfangreichen Datensätzen belastbare Schlüsse zu ziehen, erfordert Kreativität und einen Schuss Genialität. Nathaniel Hendren, Chettys langjähriger Kollege, sagt: „Diese Riesendatensätze in ganze feine Scheiben zu zerlegen, um überzeugende kausale Zusammenhänge zu finden – das ist Rajs große Stärke.“

An der Universität Harvard arbeitet inzwischen ein großes Team an einer starken Vision: „Uns eint die Leidenschaft, verstehen zu wollen, wie wirtschaftliche Chancen für alle in Amerika vergrößert werden können“, erklären sie auf der Website ihres Instituts opportunityinsights.org. Auf einer detaillierten Landkarte sind die Vereinigten Staaten gleichsam in Kieze eingeteilt. Eingefärbt von rot über gelbgrün bis blau, signalisieren sie das Potenzial, das hier jeweils winkt. „Die Kindheitswurzeln sozialer Mobilität“ zeige diese Karte, schreiben die Autoren. Die Ergebnisse sind intuitiv zugänglich, und auch die dahinterstehenden Daten liegen offen. Diese Forschung will Veränderung bewirken, sie will Politik informieren und Gesellschaft prägen. Allerdings ziemlich pragmatisch: „Evidenz statt Ideologie“, so lautet das Motto des politischen Denkers Chetty. Auch ihm geht es letztlich um Fragen der Gerechtigkeit. Als Ökonom liegt es ihm aber näher, nach Erträgen zu fragen: Wie viel Potenzial – und wie viel Geld – geht der Gesellschaft verloren, wenn nicht alle die größtmöglichen Entwicklungschancen haben?

Es liegt auf der Hand, dass nicht alle Menschen Gegenden mit ungünstigen Prognosen verlassen können. Die Wohngegenden selbst müssen verändert werden. Hier sind die Einsichten noch spärlich, aber erste Erkenntnisse liegen darüber

vor, was „gute Viertel“ ausmacht: gute Schulen etwa, stabile Familien, wenig Segregation, soziale Netzwerke und eine niedrige Armutsquote.

Die biografischen Motive seiner Arbeit zu entdecken, ist bei Raj Chetty nicht schwer. Er war neun Jahre alt, als er mit seinen Eltern aus dem indischen Neu-Delhi in die USA kam. Beide Eltern sind Akademiker: der Vater Ökonom, die Mutter Medizinerin. Die Mutter allerdings ist die einzige von fünf Kindern, die die Chance eines Studiums hatte. Amerika bot der jungen Familie die besten Möglichkeiten. Sohn Raj wurde Ökonom, die beiden Töchter Biochemikerinnen. Den amerikanischen Traum vom Wert der eigenen Anstrengung bringt Chetty also mit. Seine Untersuchungen allerdings zeigen, dass der Aufstieg heute deutlich schwieriger ist als vor 50 oder 70 Jahren. Sein großes Ziel, das verriet Raj Chetty kürzlich dem Magazin *The Atlantic*, sei es, den amerikanischen Traum neu zu beleben. Um den Optimismus zu verstehen, mit dem er diese Herkulesaufgabe angeht, muss man vielleicht den Naturwissenschaftler im Ökonomen sehen: Wenn man ein Phänomen wie soziale Mobilität beschreiben kann, dann kann man es auch verstehen, und wenn man es verstehen kann, kann man es beeinflussen. Das zeigt ja nicht zuletzt der Opportunity-Atlas: Die Gegend, die erfolgreichere Karrieren wachsen lässt, liegt oft nur wenige Häuserblöcke entfernt.



Raj Chetty ist William A. Ackman Professor of Economics an der Harvard Universität und Direktor des dort angesiedelten Opportunity Insights Institute. [Foto: Opportunity Insights]

Exzellenz und Praxis

Am Dienstag, dem 5. November 2019, ist es wieder so weit: Der A.SK Social Science Award wird am WZB verliehen, zum siebten Mal in zweijährlichem Rhythmus. Mit einem Preisgeld von 200.000 Dollar gehört er zu den international höchstdotierten Preisen in den Sozialwissenschaften. Die Stifter und Namensgeber Angela und Shu Kai Chan, ein chinesisches Unternehmerpaar, wollen wissenschaftliche Ansätze auszeichnen, die zur gesellschaftlichen und politischen Reform beitragen. Neben dem Hauptpreis werden auch Postdoc-Stipendien vergeben. In diesem Jahr erhalten zwei junge Wissenschaftlerinnen und ein Wissenschaftler diese Unterstützung und Auszeichnung als A.SK-Fellows:

Der Politikwissenschaftler **Brandon de la Cuesta** hat gerade seinen Ph.D. in Princeton erworben und arbeitet jetzt am King Center on Global Development der Universität Stanford. Der Afrika-Experte untersucht Muster des politischen Wettbewerbs in schwachen Staaten. Speziell interessiert ihn, weshalb Klientelismus und Stimmenkauf weit verbreitet sind, obwohl sie sich negativ auf den Ruf von Kandidat*innen auswirken.

Die Ökonomin **Amma Panin** ist dem WZB bekannt – von 2013 bis 2017 hat sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin hier gearbeitet und an der Technischen Universität Berlin promoviert. Inzwischen ist sie Beraterin des Afrika-Büros der Weltbank in Washington DC. Sie forscht zum Zusammenhang zwischen Religion und wirtschaftlichem Wandel in Entwicklungsländern. Während ihrer Fellow-Zeit wird Amma Panin eine Feldstudie in Indien vorbereiten, in der sie experimentell untersuchen wird, wie religiöse Praktiken zur Reduzierung von Stress beitragen, der durch finanzielles Risiko entsteht – eine mögliche Strategie, um der Armutsfalle zu entkommen.

Die Politikwissenschaftlerin **Mariam Salehi** hat am Zentrum für Konfliktforschung in Marburg mit einer Arbeit zu Tunesien promoviert. In ihrer Zeit am WZB wird sie sich der Untersuchung von Friedensmissionen der Vereinten Nationen und ihrer Entwicklung widmen, speziell der Situation in Haiti. 2017 zog dort die letzte Einheit der UN-Stabilisierungsmission nach 13 Jahren ab. Seitdem ist eine nicht militärische Mission zur Unterstützung der Justiz im Gange. Mariam Salehi untersucht am Beispiel Haiti das Zusammenspiel internationaler und lokaler Kräfte in Umbruchsituationen.

Personen

Gäste

Dr. **Valentin Aichele** ist von Juli bis Dezember 2019 Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe der Präsidentin und für diese Zeit vom Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin abgeordnet. Am DIMR leitet er die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention. Während seiner Zeit am WZB forscht er zu Armut und sozialer Ungleichheit aus menschenrechtlicher Perspektive sowie zu Fragen der Entschädigung von Menschenrechtsverletzungen in Deutschland.

Ab September ist **Cristina Ares Castro-Conde**, Professorin für Politikwissenschaft und Verwaltung an der Universität von Santiago de Compostela, Spanien, für drei Monate Gast der Abteilung Demokratie und Demokratisierung, um die Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des MARPOR-Projekts fortzusetzen. Das Thema ihres aktuellen Projekts lautet „Authorization, Personalization, and Partyness of Latin American Manifestos“.

Im November ist Dr. **Marie-Eve Bélanger** zu Gast im Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der European Politics Group am Center for Comparative and International Studies der ETH Zürich. Während ihres Aufenthalts am WZB wird sie an einem Paper zur Politisierung in nationalen und europäischen Parlamenten arbeiten.

Valentina Di Stasio, Assistant Professor am European Research Centre on Migration and Ethnic Relations (ERCOMER) der Universität Utrecht, wird ab Ende September für einen Monat Gastwissenschaftlerin in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt sein. Aktuell forscht sie zu Arbeitsmarktungleichheiten von Migrant*innen und Minderheiten in Europa.



(Foto: Martina Sander)

Valentina Di Stasio

Roderick Galam ist Dozent für Soziologie an der Oxford Brookes University. Während seines Aufenthalts in der Forschungsgruppe International Citizenship Law im August und September wird er Feldforschungsversuche für sein neues Projekt „Cartographies of Emotional Othering“ durchführen, das untersucht, wie philippinische Migranten auf die Anwesenheit anderer Migranten in Berlin/Deutschland reagieren.

Im Rahmen des Austauschprogramms mit dem Sydney Democracy Network der University of Sydney verbringt **Gianluca Scattu** von September bis November einen Forschungsaufenthalt in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung. Er wird vor allem mit Thamy Pogrebinski und dem LATINNO-Projekt zusammenarbeiten. Sein Promotionsprojekt „Networked Organisation: The Far Right in Australia“ widmet sich neuen politischen Parteien in Italien und Spanien, mit besonderem Blick auf innerparteiliche Demokratie und Partizipation.

Martin Seeliger von der Europa-Universität Flensburg, Institut für Gesellschaftswissenschaften und Theologie, Seminar für Soziologie, ist

von Juli bis Ende September 2019 Gastwissenschaftler in der Abteilung Global Governance. In seiner Zeit am WZB wird er an einem Buchprojekt und einem Forschungsantrag zum Thema „Strukturwandel und Öffentlichkeit“ arbeiten.

Jasper Dag Tjaden ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Global Migration Data Analysis Centre der Internationalen Organisation für Migration. Seine politisch ausgerichtete Forschung befasst sich mit internationaler Migration, ethnischer Chancenungleichheit im Bildungswesen und ethnischer Diskriminierung. Während seines einjährigen Aufenthalts in der Forschungseinheit Migration, Integration, Transnationalisierung wird er seiner Forschung zu Migrationsprozessen in Westafrika nachgehen.

Bis Februar 2020 forscht **Guillem Vidal** als Postdoc am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung über das Thema: „From Outsiders to Insiders: On the Dynamics of Cleavage Formation“. Er promovierte mit einer Arbeit über die politischen Konsequenzen der Großen Rezession in Südeuropa am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz im Rahmen des ERC-Projekts Political Conflict in Europe in the Shadow of the Great Recession (POLCON).

Carl Vikberg, Department of Political Science der Universität Stockholm, ist im Oktober und November 2019 Gastwissenschaftler der Abteilung Global Governance. Sein Forschungsthema lautet „Non-state Actor Participation and Influence in International Policymaking“.

Herman van de Werfhorst, Professor für Soziologie an der Universität Amsterdam und Co-Direktor des Amsterdam Centre for Inequality Studies (AMCIS), wird im Oktober Gastwissenschaftler in der Abteilung Ausbildung und

Arbeitsmarkt sein. Aktuell untersucht er, wie Bildungssysteme, Schulen und Interaktionen zwischen Kindern, Eltern und Lehrer*innen die Chancen von Kindern unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft beeinflussen.

Daniel Ziblatt, Eaton Professor of the Science of Government in Harvard, wurde zum Karl W. Deutsch-Professor 2019 ernannt und wird ab August für ein Jahr am WZB zu Gast sein. Daniel Ziblatts arbeitet am WZB zu einem Projekt mit dem Thema „Revolve der Rechten und Krise der Demokratie“. Mit der Karl W. Deutsch-Gastprofessur würdigt das WZB Leben und Werk seines langjährigen Institutsdirektors, indem es Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler, die sich durch besondere Leistungen oder vielversprechende Vorhaben im Umkreis der Forschungsthemen von Karl W. Deutsch auszeichnen, für mehrere Monate ans WZB einlädt.

Berufungen

Dr. **Sascha Kneip**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Demokratie und Demokratisierung, hat im Sommersemester an der Universität Kassel im Fachbereich Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel eine Vertretungsprofessur übernommen.

Dr. **Alexander Schmotz** lehrt im Sommersemester 2019 als Vertretungsprofessor an der Freien Universität Berlin im Masterstudiengang Internationale Beziehungen am Fachbereich Politik und Sozialwissenschaft. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Demokratie und Demokratisierung.

Dr. **Aiko Wagner**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Demokratie und Demo-

kratisierung, vertritt an der Universität Potsdam an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und lehrt im Sommersemester 2019 und im darauffolgenden Wintersemester Vergleichende Politikwissenschaft.

Ehrungen / Preise

Stefan Skupien wurde in die nächste Generation der Fellows Freies Wissen aufgenommen (2019/2020). Sein Projekt widmet sich dem Thema „Die Finanzierung internationaler Forschung – Beobachtung, Transparenz, Öffnung“. Das Fellow-Programm fördert die Öffnung von Forschung und Lehre im Sinne Offener Wissenschaft; unterstützt wird das Programm von Wikimedia e. V., dem Deutschen Stifterverband und der Volkswagen Stiftung.

Promotionen

Lynda Iroulo hat im Juni erfolgreich ihre Dissertation verteidigt und arbeitet im Anschluss weiterhin als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Global Governance, konkret im Cluster „SCRIPTS“. Ab Januar 2020 forscht sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am German Institute of Global and Area Studies in Hamburg.

Personalien

Seit August 2019 ist **Clara van den Berg** wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Die Doktorandin unterstützt die Pilotphase des Projekts „Die nachhaltige Bildung von Sozialkapital in der Flüchtlingskrise“, einer explorativen Studie zu Nachhaltigkeit und Institutionalisierung der

Flüchtlingshilfe in Deutschland. Während der Pilotphase sollen erste Erkenntnisse über die Bildung von Sozialkapital in Helferinitiativen und über Helfernetzwerke in mehreren deutschen Regionen, insbesondere in Oberbayern und Baden-Württemberg, gewonnen werden.

Puja Bhattacharya Ph.D. arbeitete am WZB in der Abteilung Verhalten auf Märkten und am DIW Berlin im gemeinsamen Projekt Leibniz-Campus BCCP (Berlin Centre for Consumer Policies). Sie geht zurück in die USA und wird ab Herbst Assistant Professor am Department of Economics der University of Arkansas.

Inácio Bó Ph.D., Abteilung Verhalten auf Märkten, hat zum September 2019 eine Position am Department of Economics and Related Studies an der University of York, UK, angetreten.

Benjamin Faude, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Global Governance, ist ab September 2019 LSE Fellow in Global Politics an der London School of Economics. Dort wird er in den nächsten drei Jahren im Department of Government und im Department of International Relations arbeiten.



(Foto: David Ausserhofer)

Benjamin Faude

Johannes Gerschewski ist seit Juni 2019 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Global Governance. Er ist im Theorienetzwerk des neuen Exzellenzclusters Contestations of the Liberal Script (SCRIPTS) tätig.

Carla Hornberg ist seit Juni Doktorandin in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt.

Im Rahmen des Horizont 2020-Projekts TECHNEQUALITY wird sie sich mit den Dynamiken von technologischem Wandel, Kompetenzerwerb und beruflichem Werdegang befassen.

John Keane, langjähriger Forschungsprofessor am WZB, wechselte im August 2019 vom Forschungsschwerpunkt Wandel politischer Systeme in den Forschungsschwerpunkt Internationale Politik und Recht. Er wird dort weiterhin zur Theorie, Geschichte und Zukunft der Demokratie forschen.

Dr. **Tobias König** aus der Abteilung Verhalten auf Märkten hat im August das WZB verlassen, um an der Linnaeus University in Växjö, Schweden, eine Stelle als Senior Lecturer am Department of Economics and Statistics anzunehmen.

Kriszta Kovács, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Center for Global Constitutionalism und in der Forschungsgruppe Global Public Law, wird ab September 2019 als Marie Curie Fellow am Center for Global Constitutionalism sein.

Professor **Reinhard Pollak**, Leiter der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel (NEPS), übernimmt ab 1. September 2019 bei GESIS die Leitung der Abteilung Dauerbeobachtung der Gesellschaft. Er hat den Ruf auf eine S-Professur für Soziologie an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim angenommen.

Sascha dos Santos ist seit Juli Doktorand in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt und befasst sich im Rahmen des Horizont 2020-Projekts TECHNEQUALITY mit dem Einfluss von Familien auf die Entwicklung arbeitsmarktrelevanter Skills und die Teilnahme an Weiterbildungen in Zeiten des technologischen Wandels.

Johannes Scherzinger wird ab Herbst 2019 als Stipendiat der Bielefeld Graduate School in Theoretical Sciences in die Forschungsarbeit der Abteilung Global Governance eingebunden sein. Sein Promotionsthema lautet: „The Decline of the Liberal World Order? Systematically Examining Human Rights vs. Sovereignty Discourse in the UN Security Council“.

Markus Sperl ist seit Juli 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Governance for Global Health und arbeitet zum Thema interorganisationale Beziehungen in der globalen Gesundheitspolitik. Des Weiteren forscht er zu kritischen Sicherheitsstudien und Theorien internationaler Beziehungen.

Vorgestellt

Publikationen aus dem WZB

Zäsur im Parteiensystem **Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Harald Schoen, Bernhard Weßels, Christof Wolf**

Wahlen sind ein zentrales Mittel politischer Mitbestimmung. Zum dritten Mal nach 2009 und 2013 liegt die umfassende Auswertung einer Bundestagswahl vor. Die German Longitudinal Election Study (GLES), die umfangreichste deutsche Wahlstudie, bietet den Autor*innen des von WZB-Forscher Bernhard Weßels mitherausgegebenen Bands die Datengrundlage. Mit Analysen zu Aspekten wie Wahlkampf, Kandidat*innen, Medien, Briefwahlen, Ideologien fügt sich wie aus Pixeln das Bild einer Wahl, die den Niedergang der Volksparteien und den Einzug einer neuen Partei am rechten Rand bedeutete; einer Wahl, die nach einem wenig inspirierenden Wahlkampf ungeahnt viele an die Wahlurnen lockte. *Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Harald Schoen/Bernhard Weßels/Christof Wolf (Hg.): Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017. Baden-Baden: Nomos 2019.*



Die Wählerin, das unbekannte Wesen. In die Kabinen schauen – hier zwei schlichte Modelle in einem Wahllokal in Berlin-Neukölln bei der Bundestagswahl im September 2017 – kann die Wahlforschung immer noch nicht. Aber dennoch kann das Team der German Longitudinal Election Study detaillierte Analysen zu dieser Wahl liefern. (Foto: Markus Heine/NurPhoto)

Misstrauen bei den Opfern **Anselm Hager, Krzysztof**

Krakowski, Max Schaub

Welche Auswirkungen haben ethnische Konflikte auf soziales Verhalten? Vor fast zehn Jahren kamen bei Unruhen in Südkirgistan zwischen Kirgisen und der ethnischen Minderheit der Usbeken zahlreiche Menschen ums Leben, die meisten von ihnen Usbeken. Bislang ging die Forschung davon aus, dass Gewalterfahrungen die Kooperation mit anderen ethnischen Gruppen vermindern, aber gleichzeitig die Identifikation und Kooperation mit der eigenen ethnischen Gruppe verstärken. Die Usbeken würden sich demnach von den Kirgisen distanzieren, aber ihre eigenen Landsleute unterstützen. Die Studie widerspricht diesem Befund und zeigt ein anderes soziales Verhalten der Usbeken. Die von dem Aufstand betroffenen Menschen distanzieren sich auch von ihrer eigenen ethnischen Gruppe, sind also misstrauisch gegenüber beiden Gruppen. *Anselm Hager/Krzysztof Krakowski/Max Schaub: „Ethnic Riots and Prosocial Behavior: Evidence from Kyrgyzstan“. In: American Political Science Review, 2019 (im Erscheinen).*

Arbeitskontrolle auf digitalen Plattformen **Christine**

Gerber, Martin Krzywdzinski Der Begriff „Crowdwork“ beschreibt eine neue Form der digitalen Arbeit, die von internetbasierten Plattformen organisiert und geregelt wird. Arbeitsprozesse werden auf eine Crowd, also zahlreiche virtuelle Arbeitskräfte, ausgelagert. Christine Gerber und Martin Krzywdzinski zeigen, wie Crowdwork-Plattformen das Engagement ihrer virtuellen Mitarbeiter*innen sicherstellen und ihre Leistung kontrollieren. Die Ergebnisse basieren auf Fallstudien von 15 Plattformen. Dafür wurden sowohl Plattformmitarbeiter*innen als auch Crowdworker interviewt. Sie zeigen: Auf Plattformen entstehen vielfältige Arbeitsregime, in denen Leistung nicht nur direkt kontrolliert, sondern durch Reputationssysteme und Community Building auch indirekt gesteuert wird. Die Plattformen sind somit keine neutralen Vermittler von Arbeit, sondern Organisationen, die eine aktive Rolle bei der Gestaltung des digitalen Arbeitsprozesses und damit auch der Arbeitsbedingungen übernehmen. *Christine Gerber/Martin Krzywdzinski: „Brave New Digital Work? New Forms of Performance Control in Crowdwork“*. In: Steve P. Vallas/Anne Kovalainen (Hg.): *Work and Labor in the Digital Age. Research in the Sociology of Work, Volume 33*. Bingley: Emerald Publishing Limited 2019, S. 121–143.

Krise macht Politik Swen Hutter, Hanspeter Kriesi Welche Auswirkungen haben Europas Krisen seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 auf den Parteienwettbewerb? Der Blick auf die 1930er-Jahre, als die einbrechende Wirtschaft der Politik den Boden entzog, lehrt manche das Fürchten. Einen nüchterneren Blick werfen Swen Hutter und Hanspeter Kriesi auf die Frage. Gemeinsam mit Länderexpert*innen haben sie mithilfe großer Datensätze die Struktur und Dynamik des Parteienwettbewerbs in 15 Ländern Europas untersucht. Ihre Analysen sind vielgesichtig: In Südeuropa haben die ökonomischen Turbulenzen stärker auf das System der Parteien durchgeschlagen als in anderen Teilen des Kontinents. Überall allerdings hat die Wirtschaftskrise politische und kulturelle Konflikte verschärft oder zumindest verdeutlicht. Die große Rezession seit 2008 war ein Katalysator für Veränderungen im Parteiengefüge, eine neue einheitliche Ordnung ist allerdings noch nicht auszumachen. *Swen Hutter/Hanspeter Kriesi (Hg.): European Party Politics in Times of Crisis*. Cambridge: Cambridge University Press 2019.

Wissenschaft in der Welt **Dagmar Simon, Stefan**

Kuhlmann, Julia Stamm, Weert Canzler Moderne Gesellschaften brauchen Innovation durch neue Forschung und Technologie, die Wissenschaft ihrerseits braucht eine stabile gesellschaftliche Basis. Die enge und spannungsreiche Verflechtung von Wissenschaft und Politik analysieren führende Wissenschaftsforscher*innen auf nationaler und transnationaler Ebene in diesem Grundsatzband. Wie reagieren die Wissenschaften auf den steigenden Legitimationsdruck? Wie trägt Wissenschaftspolitik zur ökonomischen und sozialen Stabilität von Staaten bei? Wie werden gesellschaftliche Bedarfe und Werte gegen die Autonomie der Forschung gewichtet? Wie verändert sich Wissenschaft, wenn neue Akteur*innen (Stichwort Citizen Science) auf den Plan treten? *Dagmar Simon/Stefan Kuhlmann/Julia Stamm/Weert Canzler (Hg.): Handbook on Science and Public Policy. Handbooks of Research on Public Policy series*. Cheltenham: Edward Elgar 2019.

Neue Konfliktlinien **Pieter de Wilde, Ruud Koopmans, Wolfgang Merkel, Oliver Strijbis, Michael Zürn**

Der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, der das 20. Jahrhundert beherrschte, hat einem anderen Platz gemacht. Die neue Kluft verläuft zwischen jenen, die die Globalisierung befürworten, und jenen, die sie ablehnen. Ein Brückenprojekt am WZB hat diese neue politisch-kulturelle Spaltung analysiert und legt mit diesem Buch die Summe seiner Erkenntnisse vor. Die Autor*innen analysieren öffentliche Diskussionen, mediale Diskurse und parteipolitische Entwicklungen in den USA, Deutschland, Polen, der Türkei und Mexiko sowie in der EU und den Vereinten Nationen. Ihr Befund: Die Auswirkungen von Globalisierung und Digitalisierung sind als soziale Revolution zu beschreiben, die eine bleibende Herausforderung für demokratische Systeme darstellt. *Pieter de Wilde/Ruud Koopmans/Wolfgang Merkel/Oliver Strijbis/Michael Zürn (Hg.): The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*. Cambridge: Cambridge University Press 2019.



Nachlese Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer, Claudia Roth, Kerstin Schneider, Harald Wilkoszewski

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Platzende Blasen

Gerade vor Wahlen taucht er auf, der Wunsch nach kontroversen, aber fairen politischen Diskussionen im eigenen Umfeld. Die meisten allerdings machen die Erfahrung, dass sie sich doch unter Gleichgesinnten bewegen und ihre Meinung eher bestätigt finden als hinterfragt. Eine kleine Gruppe von Digital Natives hatte schon 2017, vor der Bundestagswahl, eine Idee – darunter auch **Niklas Rakowski** aus der WZB-Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung und **Claire Samtleben**, mittlerweile Gastwissenschaftlerin bei der Gruppe Fürsorge und Arbeit. Eine App sollte Menschen mit unterschiedlichen Ansichten ins Gespräch bringen. Die Funktionsweise ist schnell erklärt: Wer sich per Smartphone oder Computer registriert, muss zu einigen politischen Fragen Stellung beziehen, und schon wird gematcht und geschattet. Seit zwei Jahren läuft „Diskutier mit mir“, und die Landtagswahlen verschaffen der Plattform jetzt neue Popularität. Im August war eine Offline-Diskussionsrunde zu Gast beim MDR in Magdeburg. Denn die Macher wollen am Puls der Zeit bleiben, erklärt Niklas Rakowski: „Wir wollten raus aus der Berliner Blase und gucken: Was sind die Themen, die die Menschen in Sachsen-Anhalt interessieren? Welche Themen fehlen auf unserer Plattform?“

Hin zur Politik

Jedes Jahr ist „Leibniz im Bundestag“ zunächst eine logistische Herausforderung. 95 Leibniz-Institute nennen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags ins Gespräch kommen und ihr Forschungsthema vorstellen wollen. Die MdBs wählen aus der großen bunten Wunschliste, zu der in diesem Jahr auch 30 Themen aus dem WZB gehörten. 20 Gesprächswünsche der Abgeordneten gab es diesmal – zu Themen wie unbemannte Waffensysteme, humanitäre Interventionen, bedingungsloses Grundeinkommen, lebenslanges Lernen und die Krise der Demokratie.

Über Politik

Die Arbeit in einer Großen Koalition ist zuweilen schwer. Besonders schwer scheint es, mit den eigenen Regierungserfolgen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu punkten. Das zeigt eine im August vorgestellte Studie von WZB (**Theres Matthieß**) und Bertelsmann-Stiftung (**Robert Vehrkamp**). 296 Versprechen aus dem Koalitionsvertrag hat das Autor*inteam identifiziert und auf ihre Umsetzung hin ausgewertet. Das Ergebnis klingt rekordverdächtig: In den ersten 15 Monaten ihrer Regierungsarbeit hat die GroKo bereits mehr als 60 Prozent ihrer Koalitionsvorhaben umgesetzt oder angepackt (Spitzenreiter unter den Ministerien ist übrigens das Ressort Inneres). Damit fällt die Bilanz der GroKo in Zahlen viel besser aus als ihr Ruf. Schade nur, dass dies bei den Wählerinnen und Wählern nicht ankommt. Nur jede*r Zehnte glaubt nämlich, dass die Regierung ihre Versprechen auch einlöst. Über zwei Drittel (79 Prozent) meinen hingegen, dass von solchen Vorhaben „kaum welche“ oder „etwa die Hälfte“ umgesetzt werden. Der schwere Stand des politischen Kompromisses sei eine Erklärung für diese lückenhafte Wahrnehmung, meint Autor Vehrkamp. Interessant ist aber auch, was WZB-Forscherin Theres Matthieß beobachtet hat. „Die Wahrnehmungslücke ist kein spezifisch deutsches Problem. Wir sehen dies auch in anderen Ländern, in denen Parteien ebenfalls einen Großteil ihrer Versprechen einhalten.“ Neben Sachfragen müssen bei politisch Verantwortlichen also auch Wahrnehmungsfragen auf der Agenda stehen.

Vorlese

Das nächste Heft der *WZB-Mitteilungen* hat einen gewichtigen Schwerpunkt: Wir nähern uns dem Thema „Zeit“.

Talking Stones

„Das sogenannte ‚Geheimratsviertel‘ ist großenteils aus Glindower Steinen ausgeführt, und ein ganzes ‚Berlin der Zukunft‘ steckt noch in den Glindower Bergen.“ Dieses Zitat ist unser Beitrag zum Fontane-Jahr. Und hier der WZB-Bezug: Aus Glindower Steinen, gelbgrünlichen Ziegelsteinen, war das Reichsversicherungsamt gemauert, dessen Hauptgebäude das WZB bekanntermaßen weiter nutzt. Einen Eindruck von der Weiträumigkeit des vielflügeligen Vorgängerbaus aber kann be-

kommen, wer die Hitzgalerie bis zur Sigismundstraße abschreitet. Assistentin **Barbara Schlüter** hat das getan, während am Fuß der dortigen Neubauten Rohdungsarbeiten stattfanden. Und siehe da: Die Fundamente des in den 1890er-Jahren gebauten Amts lagen plötzlich frei. Gemeinsam mit Student **Anthony Boateng** und Archivar **Dirk Reimann**, dessen Arbeitsplatzbeschreibung ja quasi das Graben ist, barg sie einige der alten Steine. Die Oberflächen sind nachgedunkelt, aber die Zuordnung ist eindeutig. 22 Billionen dieser Ziegel, so will es Wikipedia wissen, seien per Kahn nach Berlin gebracht worden. Und gerade in der Gegend um die St.-Matthäus-Kirche wurden daraus großbürgerliche Häuser errichtet, für „Geheimräte“ eben. Die Stadt der Zukunft allerdings, da irrte Fontane, sollte sich anderen Baustoffen zuwenden.

Mehr Platz

Das WZB der Zukunft ist aus roten Industrie-Backsteinen gemauert. Das ist aber fast nicht mehr zu sehen, denn die Putzarbeiten schreiten voran. Die Aufstockung des der Nationalgalerie zugewandten Bauteils E um zwei Stockwerke ist fast abgeschlossen, demnächst werden die charakteristischen Farben Blau und Rosa aufgebracht. Auch im Inneren tut sich Großes: Der Sitzbereich für die Kantine wurde nennenswert erweitert (ganz ursprünglich war hier eine Hausmeisterwohnung). Anfang September konnte die WZB-Community den neuen Ess- und Kommunikationsbereich in Besitz nehmen. Die Resonanz auf die lichten Räume mit hellen Holzmöbeln und dem typisch orangefarbenen Fußboden war positiv bis begeistert. Für Neugierige: Ab 13 Uhr sind externe Essensgäste bei uns willkommen.

Nicht höher, aber neu: der Turm

Coworking-Spaces mit Sofas oder Ruhe- und Rückzugsräume? Platz für Yoga und Pilates? Wo kommen Arbeitsplätze hin? Und wo stehen die Bücher? Gibt es noch eine freie Ecke für einen Massagestuhl? Die sieben Stockwerke des Bibliotheksturms werden während der Bauphase am WZB zum Teil als Büros genutzt. Aber wie geht es nach dem Umbau weiter? In Umfragen und mit Diskussionsrunden wurde das ganze Haus beteiligt; alle konnten Wünsche für die neue Bibliotheksgestaltung nennen. Wie können so unterschiedliche Vorstellungen wie Rückzugsräume und Platz für kleine, spontane Gesprächsrunden zusammengebracht werden? Denn die Arbeitswelt hat sich geändert – viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen nicht mehr nur am Schreibtisch sitzen, sondern in kreativer Umgebung denken, sich treffen, schreiben und arbeiten. Eine große Runde unter Federführung des Bibliotheksteams ist dabei, die Ideen zu sondieren und konkrete Vorschläge vorzulegen.

Wider die Klischees

Bei der Berufswahl stehen Talente und Interessen im Vordergrund. Möchte man meinen. Doch in der deutschen Gesellschaft spielt die Frage des Geschlechts immer noch eine große Rolle. Resultat: Berufe, die angeblich typisch für Männer oder Frauen sind. Dass das weitreichende Folgen hat, zeigen Studien

des WZB: Frauen entstehen große Nachteile bei Bewerbungsverfahren, wenn sie sich in männlich dominierten Bereichen bewerben. Gleichzeitig gibt es nicht genügend junge Männer, die sich für vermeintlich weibliche Metiers interessieren, etwa für die Erziehungsberufe. Die von der Bundesregierung geförderte Initiative „Klischeefrei“, ein Bündnis aus Bildung, Politik, Wirtschaft und Forschung, setzt sich nun dafür ein, dass junge Menschen ihre Berufsausbildungs- und Studienwahl unbelastet von überholten gesellschaftlichen Normen treffen können. Personalverantwortliche sollen sensibilisiert werden, Materialien und Medien überarbeitet und die Forschung zu Stereotypen soll vorangetrieben werden. Das WZB ist der Initiative – zusammen mit anderen Wissenschaftseinrichtungen – beigetreten. Weitere Informationen gibt es auf www.klischee-frei.de.

Wider die Entmündigung

Auch eine Generationenfrage: Wie wäre es, wenn der Begriff „Nachwuchs“ in wissenschaftlichen Einrichtungen zukünftig den Kindern der dort Arbeitenden und Forschenden vorbehalten bliebe? Jüngere Wissenschaftler*innen als „Nachwuchs“ zu bezeichnen, ist wenig wertschätzend: Es betont das Unmündige, Unerwachsene, und es erhöht die Bedeutung der „Erziehungsberechtigten“ wie Doktormutter oder -vater. Im WZB heißen die Nachwuchsgruppen seit einiger Zeit „Projektgruppen“, und konsequent fordern WZB-Präsidentin **Jutta Allmendinger** und der Leiter der Personalentwicklung, **Martin Mann**, in einem Artikel für die Wochenzeitung *Die Zeit* die gänzliche Emeritierung des Begriffs „Nachwuchs“. Zustimmung kam auf Twitter etwa von der Schader-Stiftung: Dort werde schon länger von der „nächsten akademischen Generation“ gesprochen.

Ein seltener Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch, **Shu Kai Chan**! Der Stifter des A.SK-Preises, der dieses Jahr zum siebten Mal verliehen wird (den Preisträger 2019 haben wir in diesem Heft vorgestellt), wird unglaubliche 100 Jahre alt. Als der chinesische Unternehmer gemeinsam mit seiner Frau Angela im Jahr 2007 eine Stiftung als Grundlage für den A.SK Social Science Award einrichtete und dem WZB anvertraute, zeichnete die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* die ungewöhnliche Biografie des Sozialreformers nach – unter der Überschrift: „Ein Kapitalist denkt revolutionär.“ Der Sohn eines Großgrundbesitzers studierte in den 1930er-Jahren an mehreren deutschen Universitäten Ökonomie. Jahrzehnte später knüpfte der erfolgreiche Textil-Unternehmer an Kontakte und Erfahrungen seiner deutschen Jahre an. Im Ruhestand, mittlerweile in Costa Rica lebend, stiftete er mit seiner Frau den Preis, der, wie die FAS zusammenfasst, „revolutionäres Denken fördern sollte, um Revolutionen zu verhindern“. Er selbst schreibt: „Wenn wir eine neue politische Philosophie und ein neues Wirtschaftssystem fänden, könnten wir den Wohlstand der Menschen erhöhen und zugleich viele Probleme in der Welt lösen.“

Weichzeichner Zur Gesellschaftsanalyse taugt der „Tatort“ nur bedingt

Matthias Dell

Vor kurzem saß ich abends mit einem Freund vor einer Bar. Es war voll, weshalb unmittelbar neben uns auf der Bank eine Frau Platz nahm, die wir beide nicht kannten. Ich redete relativ leise. Es wäre mir unangenehm gewesen, die Frau mit unserem Gespräch zu belästigen, und ich wollte auch nicht, dass sie etwas von den persönlichen Dingen erfuhr, die ich erzählte. Meinen Freund strengte das allerdings an: Er verstand mich schlecht.

Nun ist dieser Freund ein Fan der US-amerikanischen Sitcom „Seinfeld“ (1989 bis 1998), und am nächsten Tag schickte er mir den Youtube-Link zu einem Ausschnitt aus der Folge „The Puffy Shirt“. Darin lernt Kramer, der Freund und Nachbar der Hauptfigur Seinfeld, eine Frau kennen, die dann von Seinfeld und der gemeinsamen Freundin Elaine bei einem Abendessen getroffen wird. „Low Talker“ Leslie redet so leise, dass die beiden auf der anderen Seite des Tisches nichts verstehen. Sie versuchen höflich zu sein, nicken ermunternd, lächeln zugewandt und sagen an Stellen, an denen es ihnen geraten scheint, Ja.

Warum erzähle ich von „Seinfeld“, wenn vom „Tatort“ die Rede sein soll? Weil es mich fasziniert, welche Rolle Seinfeld im Leben meines Freundes spielt. Solche Anspielungen kommen nämlich öfter vor – gewisse Situationen lassen sich offensichtlich durch den Verweis auf die Sitcom verstehen oder kommentieren. Seinfeld stellt, darüber hat der Filmkritiker Bert Rebhandl in seinem „Booklet“ (Diaphanes-Verlag) über die Serie geschrieben, im Grunde einen Katalog zur Soziologie des Alltags zur Verfügung. Tatsächlich liefert die Serie zu unzähligen Interaktionen des sozialen Lebens filmische Entsprechungen, die solche Situationen erklärbar und erzählbar machen.

Für den Tatort gilt das nicht oder nur sehr eingeschränkt. Dabei stiftet die bald 50-jährige Krimireihe permanent Gesprächsmaterial. Ich würde sogar behaupten, dass das eine der wichtigsten Funktionen der Sendung ist und ein Grund für ihre Beliebtheit: Natürlich geht es beim Tatort (wie auch beim Polizeiruf) zuerst um die Unterhaltung. Durch den Sendeplatz am Sonntagabend und den immer glei-

chen Vorspann hat sie sich als Ritual eingebürgert. Aber gerade weil jeden Sonntag relativ viele Leute vor den Bildschirmen sitzen, ist die Chance größer als bei fast allen deutschen Fernsehsendungen, Netflix-Serien oder Kinofilmen, mit jemand anderem darüber reden zu können. Und das auch außerhalb der eigenen sozialen Gruppe, die ihre ähnlichen kulturellen Vorlieben ohnehin permanent abgleicht.

Dennoch, so meine These, lässt sich aus dem Tatort nicht viel für das echte Leben lernen wie aus Seinfeld. Das hat zuerst mit dem Genre zu tun. Sitcoms von Stand-up-Komikern wie Jerry Seinfeld widmen sich den Anstrengungen des Alltags, die komisch bearbeitet werden und dadurch fürs Publikum anschlussfähig sind. Krimis dagegen regeln den Moralhaushalt, indem sie Verbrechen aufklären und Schuld zuordnen. Wobei es in die Irre führt, den Tatort ausschließlich als Krimi zu beschreiben. Die Reihe erfüllt im deutschen Fernsehen weitere Zwecke. So werden oft explizit politisch-gesellschaftliche Themen verhandelt, was zum prominenten Sendeplatz passt – der Tatort ist zwischen der Tagesschau und dem Gesprächskreis bei Anne Will genau am richtigen Ort, weil er News in eine fiktionale Form übersetzt, die besser diskutiert werden kann.

Warum aber schafft es die Reihe, obwohl sie als gesellschaftlicher Gesprächsstoff dient, so selten, Figuren zu kreieren, in denen wir uns wiederfinden, oder Szenen des Miteinanders, die kanonisch werden? Ein Grund dafür liegt in der Unschärfe des Formats: Als Reihe sind die Filme offener angelegt, als es eine klarer umrissene Serie sein könnte (was sich in Sachen Langlebigkeit allerdings als Vorteil erweist, denn das Ermittler-Stammpersonal kann entlang wechselnder Moden ausgetauscht werden, ohne dass die gesamte Reihe Schaden nähme). Die ermittelnden Protagonistinnen sind im Grunde Moderatoren, die den jeweiligen (von wechselnden Drehbuchautoren entworfenen) Fall auf immer verschiedene Weise angehen. Das heißt häufig auch, dass sie selbst „Fall haben“: Wenn es in der Geschichte um Probleme mit Kindern geht, wird das häufig in einer privaten Nebenhandlung gespiegelt.

Eine andere Erklärung für die mangelnde Referenzfähigkeit des Tatorts bilden die nicht selten nur durchschnittlichen Drehbücher (auch das wiederum ein Vorteil der Reihe, denn nach misslungenen Folgen kann am nächsten Sonntag wieder geguckt werden, weil ein neues Team mit anderem Drehbuch an den Start geht). Auf Anhieb fallen mir tatsächlich nur wenige Figuren ein, die einen solchen Eindruck hinterlassen haben, dass sie als Schablone taugten, an der das eigene Erleben abgeglichen werden könnte. Einer wäre Gisbert Engelhardt aus dem Münchner „Tatort: Der tiefe Schlaf“ von 2012 (Buch und Regie: Alexander Adolph). Das ist jener jüngere, übereifrige Polizist, der den beiden ergrauten Stammermittlern Batic (Miroslav Nemeč) und Leitmayr (Udo Wachtveitl) abwechselnd auf die Nerven geht und sie amüsiert. Engelhardt endet tragisch, weil er im Zuge des Falls selbst zum Opfer wird, was die ausbalancierte Spleenigkeit der von Fabian Hinrichs zudem äußerst eigensinnig gespielten Figur nur noch bestärkt: Ob er überambitioniert war oder richtig lag, ließ sich nie genau sagen.

Ein Gegenbeispiel ist der etwas neuere Charakter des Kölner Assistenten Jütte (Roland Riebeling spielt ihn seit 2018). Eigentlich könnte Jütte die ideale Figur für das Angestelltenformat Tatort sein, weil jede Zuschauerin, die Kollegen hat, diesen Typus kennt: phlegmatisch und arbeitsvermeidend, wach nur im Blick auf Feierabend und Pausenzeiten. Statt Jütte in dieser Rolle konsequent als Ornament der plotgetriebenen Betriebsamkeit zu inszenieren, sich die Figur also als erzählerischen Überschuss zu leisten, um den herum sich die Routinen des Falls entwickeln, ist der Assistent am Ende doch immer wieder in die üblichen Dialog- und Informationslogiken eingebunden. Jütte soll es qua Charakter einerseits gemütlich angehen, er muss die Kommissare Ballauf (Klaus J. Behrendt) und Schenk (Dietmar Bär) andererseits aber immer mit neuesten Erkenntnissen versorgen, weil das die Rolle ist, für die er Dialog zugestanden bekommt. Ein Widerspruch in sich, der die mangelnde Souveränität der Drehbücher genauso erkennen lässt wie die Vielzahl der Zwecke, denen der Tatort dient. Beim Publikum ist Jütte durchaus beliebt. Allerdings bleibt die Figur unter ihren Möglichkeiten: Bereits die Schemen seines spezifischen Charakters werden als Andeutungen dankbar aufgenommen. Dabei ist Jütte bislang nur ein Versprechen auf mehr – erinnerbare, zitierbare Sätze und Situationen sind von ihm nicht zu erwarten.

Nennen wir dieses Symptom das „Jütte-Problem“. Verallgemeinert führt es zu der Frage, welche Gesellschaft der Tatort eigentlich abbilden soll. Die Antwort ist in den meisten Fällen

betrübtlich. Durch die Begleitliteratur zur Krimireihe schwirrt zwar der Satz des Literaturwissenschaftlers Jochen Vogt, der Tatort sei der wahre deutsche Gesellschaftsroman, aber bei genauerem Hinsehen überhöht dieser Satz den langen Erfolg der Sendung nur mit Bedeutung.

Es gab durchaus gelungene Fälle in der abgelaufenen Tatort-Saison, womöglich sogar so viele wie noch nie. Gelungen ist eine Folge für mich etwa dann, wenn sie Interesse an Milieus zeigt. Die Stuttgarter Folge „Anne und der Tod“ (2019) zeichnet eine Pflegekraft, die mit den finanziellen Möglichkeiten der Hanglage-Nachbarn mithalten will, obwohl das nicht ihre sind. Ein arbeitsloser Werftarbeiter namens Mike Liebknecht (sic) tritt in „Friss oder stirb“ aus Luzern (2018) auf; er will vom Chef der Firma, die seinen Job an die chinesische Konkurrenz outgesourct hat, den ihm dadurch bis zur Rente entgehenden Restbetrag erpressen. Eine Kino-Fantasie, die den Clash der Schichten geschickt und genau für eine spannende Kriminalhandlung ausbeutet.

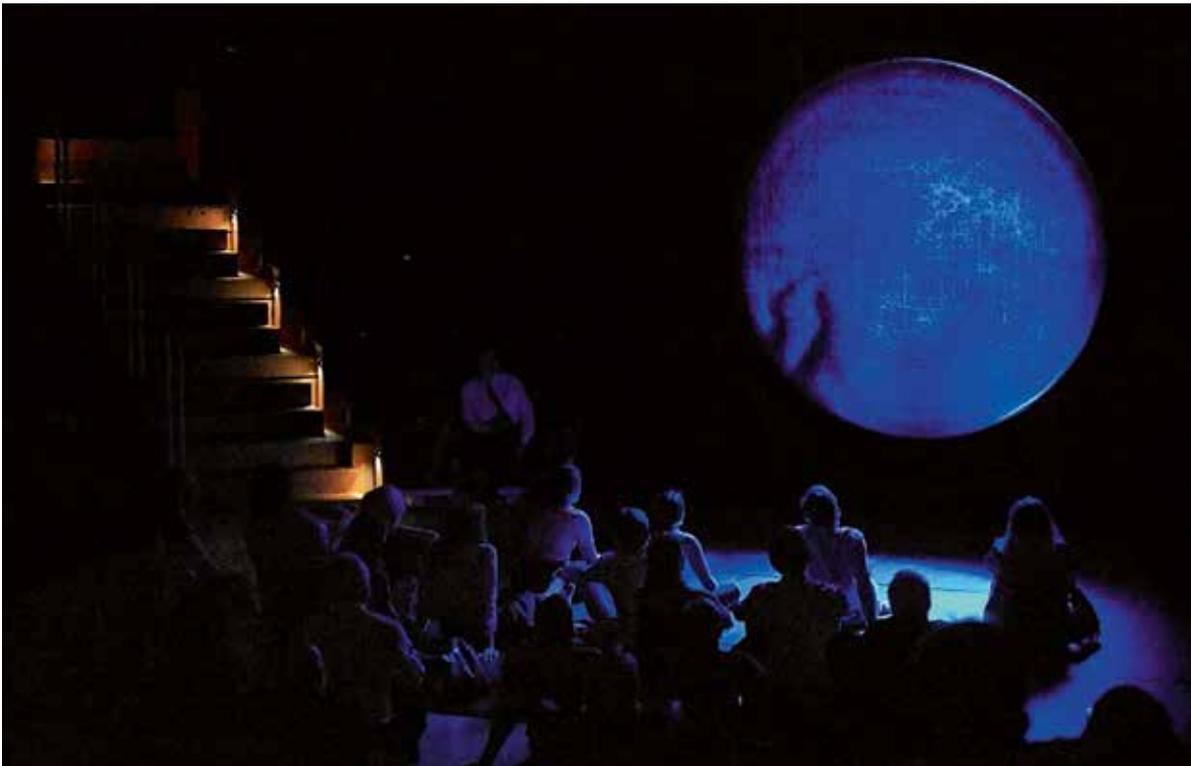
Die Regel aber sieht anders aus. Etwa so wie im Kölner „Tatort: Bombengeschäft“ (2019), der eine illustre Schar von Personen versammelt: mehrere Bombenentschärfer, geschäftsführend und angestellt, einen Spielhallen-Betreiber, einen Immobilienmakler, einen Kriegsversehrten, eine Hausfrau mit gewissen Ansprüchen an die Lebensführung. Nur: Die unterschiedlichen Lebensverhältnisse sind den Figuren nicht anzumerken – in dem Film herrscht die Uniformität eines Lebens aus dem Ikea-Katalog, das kein soziales Gefälle erkennen lässt.

Das ist die Pointe an der Idee vom „wahren deutschen Gesellschaftsroman“: dass der Tatort das höchstens ist, insofern es ihm gelingt, eine relativ große Zuschauerschaft zu gewinnen. Auf den Tatort als Seherlebnis können sich so viele Menschen in Deutschland einigen wie sonst nur auf Fußballübertragungen. Was diese Menschen damit aber teilen, ist eine Illusion von Gesellschaft: Die Geschichten auf dem Bildschirm zeichnen das Bild einer sehr breiten, tendenziell unterschiedslosen Mittelschicht.



Der freie Hörfunk- und Printjournalist Matthias Dell war im Frühjahr 2019 Gastjournalist im WZB. In seiner wöchentlichen ZEIT-ONLINE-Kolumne „Obduktionsbericht“ bespricht Dell die aktuellen Folgen von Tatort beziehungsweise Polizeiruf. (Foto: Daniel Seiffert)

matthias.dell@posteo.de



Es ist kein Blauer Mond, der hier aufgegangen ist. Es sind die „Gold Projections“, die die im abgedunkelten Rund des Berliner Pierre Boulez Saals sitzenden Betrachterinnen und Betrachter in ihren Bann ziehen. Mit seiner Installation schafft der Künstler Joe Ramirez eine Verbindung von Malerei und bewegten Bildern: Auf große, vergoldete, konvexe Holzscheiben werden stumme Filmsequenzen projiziert. So entstehen schwebende Lichtgemälde, die an Traumbilder erinnern. In der Serie „Vermilion“, die Ramirez eigens für das 50. Jubiläum des WZB produziert hat, begibt sich der Künstler auf die Suche nach den Ursprüngen der europäischen Identität und nach der Zukunft einer europäischen Gesellschaft. Die Installation war zum Festakt am 19. Juni 2019 und während einer Sonderausstellung im August im Pierre Boulez Saal zu sehen. (Foto: David Ausserhofer)